

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,90 Mk., monatlich 1,10 Mk., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Befragt für die festgesetzte Rollenzeit oder deren Raum 10 Pfg., für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Verhandlungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Angebote das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Kampf um die Steuern.

Fürst Bülow hat heute in Wiesbaden Wilhelm II. über die innere Politik berichtet. Die Gebärdensprache in der bürgerlichen Presse erklärte übereinstimmend, daß Fürst Bülow bei der Abfahrt in bester Laune gewesen sei und wir wollen ihnen gerne glauben. Denn wie verfahren augenblicklich die Finanzreform auch ist, so hat Bülow doch noch keinen Grund zur Verzweiflung. Nach den Erfahrungen, die er bisher mit den liberalen Politikern gemacht hat, braucht er auch wirklich nicht die Hoffnung aufzugeben, sie abermals hereinzulegen. Vor seiner Abfahrt hat er noch die Herren Wiemer, Müller-Meinungen und Bachmide — dieses Terzett politischer Falschspieler — zu sich beordert und mit Herrn Wassermann konferiert. Jetzt läßt er in der „Köln. Ztg.“ seinen neuen Feldzugsplan veröffentlichen. Dieser sieht so aus:

„Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß man zunächst der Aufgabe gerecht werden müsse, eine Einigung über die sog. indirekten Steuern herzustellen. Wenn auf diese Weise das Bedürfnis für etwa 400 Millionen gedeckt werden könnte, so würde man dann auf Grund der erzielten Zahlen an den zweiten Teil der Aufgabe herantreten, nämlich die Befreiung des Besitzes. Es ist durchaus verständlich und wird durchaus anerkannt, daß eine vorherige Bewilligung der indirekten Steuern unter Zurückstellung der Besitzsteuer für eine etwaige Herbstsession für die Liberalen unannehmbar ist. Andererseits ist es nicht in Abrede zu stellen, daß eine technische Erleichterung der Frage der indirekten Steuern, einschließlich der Erbschaftsteuer, aus Gründen der Geschäftsordnung und der Taktik besser vorher vorgehen können wird, ehe die Besitzsteuer zur Verhandlung kommen. Ganz naturgemäß steht einem solchen Verfahren das Mißtrauen der Liberalen entgegen, die die indirekten Steuern nur unter der Voraussetzung bewilligen wollen, daß nachher auch die von ihnen gewünschte Besteuerung des Besitzes gesichert ist. Diesem Verlangen wird man entgegenkommen müssen, und ich glaube, daß dem von Seiten der Regierung keine Bedenken entgegenstehen. Es handelt sich also darum, eine Formel zu finden, die die Liberalen davor sichert, daß sie, nachdem sie die indirekten Steuern bewilligt haben, später bei der Bewilligung der Besitzsteuer auf den guten Willen einer anderen Mehrheit angewiesen werden. Bei gutem Willen kann vielleicht ein solcher Weg gefunden werden. Man müßte Bestimmungen in die Gesetze über indirekte Steuern hineinbringen, die deren Gültigkeit von der nachträglichen Annahme der Besitzsteuer abhängig machen; man müßte also die ganze Finanzreform unter eine Art von Mantelgesetz bringen, dessen schließlicher Annahme die gesamte Finanzreform abhängig zu machen wäre. Damit wären wohl genügende Garantien gegeben, um den Liberalen zu ermöglichen, zunächst an die Erleichterung der indirekten Steuern heranzutreten...“

Gegenüber der Forderung, daß die Reichsregierung jetzt schon zu den Verhandlungen der Kommission Stellung nehmen soll, wird ausgeführt, daß die Regierung es nicht mit der Kommission, sondern nur mit dem Reichstage zu tun habe. Bei dem Wirrwarr, der augenblicklich in der Kommission herrscht, kann die Regierung in der Tat kaum Stellung nehmen; wenn sie es täte und zu irgendeinem entscheidenden Entschlusse, z. B. der Auflösung des Reichstages käme, so würde man ihr mit Recht entgegenhalten können, daß sie voreilig gehandelt habe, ohne zu wissen, wie sich der maßgebende Faktor, der Reichstag, überhaupt zur Frage der Finanzreform gestellt habe. Das ist formell und auch sachlich berechtigt. Es erklärt sich daraus das dringende Verlangen des Reichstages, die Sache aus der verfassungsmäßigen unverantwortlichen Kommission an den verfassungsmäßig verantwortlichen Reichstag zu bringen. Gelingt es, über die indirekten Steuern eine Einigung herzustellen, wobei allerdings die Liberalen, so meint man in Regierungskreisen, mehr Überlassung zeigen müßten als bisher, so würden die Konservativen vor die Frage gestellt werden, ob sie, und zwar sie allein, die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß wegen ihrer eigenbrütlichen Neigungen die ganze Finanzreform in Frage gestellt würde. Einige Konservative haben schon erklärt, daß sie diese Verantwortung nicht tragen wollen, und es ist nicht ausgeschlossen und sogar wahrscheinlich, daß wenn die Ereignisse diesen Gang nehmen, noch andere Konservative die Verantwortung für ein Scheitern des Gesetzes nicht werden tragen wollen.“

Auch die „Post“ kommt der Regierung zu Hilfe, indem sie erklärt:

„In Bezug auf die Mitteilungen der Presse über den Inhalt von Besprechungen zwischen den Vertrauensmännern der liberalen Gruppen des Reichstages und der Reichspartei ist daran zu erinnern, daß die grundsätzliche Zustimmung der Reichspartei zu der Erbschaftsteuer auf der Voraussetzung beruht, daß diese ein notwendiges Glied der Reichsfinanzreform und zwar in dem Sinne ein unentbehrliches ist, daß ohne die Erbschaftsteuer die Durchführung dieser nationalen Aufgabe nicht möglich ist. Die Schlussfolgerungen für den Fall, daß diese Voraussetzung sich nicht mehr als zureichend erweisen sollte, liegen auf der Hand.“

Das heißt aber, daß die Freikonservativen gerne auf die Erbschaftsteuer verzichten wollen und ruhig zu den Konservativen zurückkehren werden, sobald es die Regierung für angezeigt erachtet.

Bülow mutet also den Liberalen zu, sich auf die Bewilligung der indirekten Steuern festzulegen, ohne über das Schicksal der Besitzsteuer irgend eine Gewißheit zu haben. Sind die Liberalen einmal festgelegt, haben sie für die Brandtweinsteuer mit der Liebesgabe, für eine Tabaksteuererhöhung von über 70 Millionen und gar noch für die Ausdehnung der Fahrkartensteuer auf die IV. Klasse, die Erhöhung des Kaffeezolls und die Streichholzsteuer gestimmt, dann sind sie so kompromittiert, daß sie die Finanzreform um jeden Preis zu Ende führen lassen müssen, da ja dann die Reichstagsauflösung für sie die sichere Vernichtung wäre. Nach der Zustimmung zu den indirekten Steuern müßten sie also alle Bedingungen akzeptieren, die ihnen Konservative und Regierung stellen würden. Daran würde natürlich ein Mantelgesetz oder sonst irgendeine Formel nichts ändern: die Liberalen bekämen die Formel, die Konservativen den Inhalt, was allerdings echteste Blockpolitik wäre.

Ob aber die Liberalen in der gewünschten „Gebelau“ sind? Jedenfalls verlassen sich die Konservativen nicht auf die Wirkung der Bülow'schen Diplomatie und sehen größeres Vertrauen auf die bloßbewährte Prügelpädagogik. Sie haben heute in der Finanzkommission, deren Leitung auf Herrn v. Richthofen übergegangen ist, ihren bereits angekündigten „Besitzsteuer“-antrag eingebracht, der den Eindruck erweckt, daß die Konservativen den Liberalen zeigen wollen, wie gefährlich die Forderung nach Besitzsteuer überhaupt sei, wie schön es wäre, wenn man ohne jede Rücksicht auf die Sozialdemokratie einfach die Steuerfreiheit des Besitzes im Reiche als rocher de bronce der bürgerlichen Politik stabilisierte. Denn ihre Besitzsteuer ist vor allem Drohung und Einschüchterung: Ihr wagt es, wenn auch in rücksichtsvoller und ganz unzureichender Weise, unsere Erbschaften heranziehen und vor allem unser Privatvermögen auf Steuerhinterziehung antasten zu wollen? Nun, wir wollen Euch sagen, was Ihr dann von uns zu erwarten habt: Wenn schon der Besitz bluten soll, dann Curer und dann so, daß Euch auf immer die Lust vergeht, von Besitzsteuern zu reden. Und sie treffen den Liberalismus an seinem empfindlichsten Punkt, indem sie die Börse und die Terrainspekulation tüchtig zu schröpfen vorschlagen, Vorschläge, über die sich als Ersatz indirekter Steuern ja noch reden ließe, die aber natürlich den Liberalen als Ersatz für die Erbschaftsteuer großen Schaden einjagen, um so mehr, da die Konservativen unterstützt vom Zentrum, es durchgesetzt haben, daß die Finanzkommission schon morgen über diesen Gesetzentwurf in Verbindung mit dem famolen Besitzsteuerkompromiß und der Erbschaftsteuer beraten soll; ein Vorgehen, das freilich geschäftsordnungsmäßig schwereren Bedenken unterliegt, da es sich in Wirklichkeit um einen ganz neuen Antrag handelt, der vom Plenum zunächst einer ersten Lesung unterzogen werden müßte.

So ist der Liberalismus das Opfer seiner prinzipienlosen Politik geworden. Als an ihn die Forderung gestellt wurde, keine Steuern zu bewilligen ohne Durchsetzung der Wahlreform in Preußen und der Verfassungsgarantien im Reiche, da nannten die dummen Feiglinge das „Erpresserpolitik“. Nie haben Zentrum oder Konservative Steuern bewilligt ohne politische Zugeständnisse, und nur dadurch haben sie sich Macht gesichert oder erworben. Die Ablehnung der liberalen Erpresserpolitik hat nur die Bahn freigemacht für die Erpresserpolitik der Konservativen, die heute die Regierung völlig an die Wand gedrückt und nicht die geringste Luft haben, das „große nationale Werk“ vollenden zu lassen, bevor sie nicht ihre politischen Garantien haben, die Garantie, daß weder im Reich noch in Preußen ein politischer Fortschritt erzielt werden darf.

Der Verrat aber an ihrem eigenen Programm, keine indirekten Steuern für die Kosten des Militarismus und der Weltpolitik zu bewilligen, hat die Liberalen völlig jeder Widerstandskraft beraubt und sie in die jämmerliche Situation gebracht, in der sie sich jetzt befinden.

Auf der einen Seite appelliert die Regierung Bülow's, auf den die Liberalen ihre ganze Hoffnung gestellt haben, an ihre „Gebelau“, auf der anderen bedrohen die Konservativen sie mit den härtesten Steuern gegen ihre Auftraggeber, und was immer sie beschließen, es kann ihren völligen politischen Bankrott nicht mehr verhindern.

Doch der Streit der bürgerlichen Parteien ist für uns nur wichtig, weil er die Steuerfragen der Besitzenden, die Raffgier der Herrschenden vor allem Volke entblößt und unsere Aufklärungsarbeit erleichtert. Aber in erster Reihe steht uns der Kampf gegen die Belastung des Volkes durch die indirekten Steuern, die durch die Kaffeezollerhöhung und die Einführung der Streichholzsteuer noch verschärft werden soll. Den Arbeitern zu zeigen, wer ihre Interessen verrät und wer sie vertritt, dazu bietet der egoistische Interessenkampf der bürgerlichen Parteien um die Abwälzung ihrer Steuerpflicht eine glänzende Gelegenheit, die auszuüben unsere dringendste Aufgabe ist.

Aus der Finanzkommission.

Die Kommission wählte in ihrer Sitzung vom Dienstag zunächst den konservativen Abgeordneten Hrn. v. Richthofen-Bachmide zum Vorsitzenden.

Die Abstimmung über die Tabaksteuer ergab mit 13 gegen 12 Stimmen die Annahme der Wertbesteuerung; die Vandersole war damit gefallen. Dieses Resultat war nur möglich, weil der Abg. Dr. Wiemer (fr.) sich der Stimme enthielt, sonst wäre die Wertsteuer mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Die Unterredung der Freistimmigen mit dem Reichszangler fängt bereits an Früchte zu zeitigen.

Vor Eintritt in die Beratung der neuen Fahrkartensteuer entspann sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte. Die Regierung hatte eine Denkschrift ausgearbeitet, die einen richtigen Gesetzentwurf darstellte und ein Tabellenwerk enthielt, das den Betrag der Fahrkartensteuer zeigte bei einer Belastung der Fahrkarten mit 3, 3 1/2, 4 und 5 Proz. des Preises. Karten im Werte von unter einer Mark, bezüglichen Schülerkarten sollten frei bleiben. Die Steuer sollte auf alle vier Wagenklassen ausgedehnt werden. Abg. Südekum wies wiederholt darauf hin, daß diese Art der Verhandlung verfassungswidrig sei. Die Vorlage müsse erst in das Plenum gebracht werden. Die Abgg. Dr. Spahn (N.), Rommsen (fr. Bg.), Sped (Z.), Dr. Wiemer (fr. Bp.) erkannten diese Bedenken mehr oder weniger an. Schließlich meldet sich niemand zu der Vorlage zum Wort, was den Abg. Dietrich (L.) zu dem Vorwurf veranlaßte, die Kommission wolle Obstruktion treiben. Diesem von einem Erbschaftsteuerobstruktionisten erhobenen Vorwurf trat Abg. Geyer scharf entgegen. Endlich hilft Abg. Paasche aus der Verlegenheit, indem er das Wort zur Sache ergreift. Im wesentlichen wünscht er die Steuerfreiheit für die vierte Klasse. Die Nationalliberalen hielten an der bisherigen Fahrkartensteuer fest. — Abg. v. Camp tritt für die neuen Vorschläge ein; ihm sind bloß die Fahrpreise in erster Klasse zu hoch. Er ist für eine Steuer von 5 Prozent in erster und zweiter, 4 Prozent in dritter und 3 Prozent in vierter Klasse.

Abg. Südekum trat der Auffassung eines Regierungsvertreter entgegen, der den Entwurf als vorteilhaft bezeichnet hatte. Wenn der Betrag der Steuer für die vierte Klasse auch minimal erscheint, so darf nicht vergessen werden, daß der Arbeiter heute mit jedem Pfennig rechnen muß. Die jetzige Fahrkartensteuer hat die Finanzen der Einzelstaaten zerrüttet. Noch vor drei Jahren hat die Regierung den prozentualen Fahrkartenstempel als ungerecht und unsozial bezeichnet. Jetzt plötzlich sind diese Bedenken überwunden. Man müßte das Reisen verbilligen und statt der vier Klassen deren zwei einführen. Man hebe die Fahrkartensteuer auf und schaffe Ersatz durch Steuern auf den Besitz.

Abg. Wiemer (fr.), Abg. Raab (Antik.) und ein polnischer Abgeordneter sind Gegner der Fahrkartensteuer.

Staatssekretär Sydow meinte, daß er in einer kuriosen Lage sei. Wenn er die Gewißheit hätte, daß die Steuer im Reichstage eine Mehrheit fände, dann hätte er dem Plenum einen Entwurf unterbreitet.

Abg. Stücken meinte, mit derart verkehrsfreundlichen Steuern komme Sydow aber aus seiner kuriosen Lage nicht heraus. In Oesterreich zahlt man für eine Strecke von fünfhundert Kilometer in dritter Klasse Personenzug weniger als in Deutschland in vierter Klasse. Auf Kosten der ärmeren Bevölkerung sollen den Reisenden erster Klasse Vorteile zugewendet werden. Die Sozialdemokraten werden gegen jede Fahrkartensteuer als unsozial und verkehrsfreundlich stimmen. — Staatssekretär Sydow und ein Geheimrat traten Stücken entgegen. — Der konservative Abgeordnete Dietrich bemerkte, daß die Konservativen stets Gegner der Fahrkartensteuer waren. Für das Zentrum erklärten die Abgeordneten Gröber und Spahn, daß ihnen die neuen Vorschläge der Regierung sehr sympathisch seien. Spahn ermunterte den Staatssekretär, im Reichstage einen solchen Entwurf einzubringen. — Staatssekretär Sydow sagt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß er zunächst abwarten wolle, ob ein Initiativantrag aus der Mitte der Kommission komme. Er sei nicht überzeugt davon, daß sich im Reichstage eine Mehrheit für eine Besteuerung der vierten Klasse findet. Ein Beschluß konnte, weil es sich nur um eine informativische Aussprache handelte, nicht gefaßt werden.

Die nächste Sitzung findet statt am Mittwoch, den 19. Mai, mit der Tagesordnung: Erbschaftsteuer.

Der konservative Steuerantrag.

Die Regierung hat auf den konservativen Antrag, der eine Besteuerung der Wertpapiere und der Immobilien verlangte, zur Antwort gegeben, daß außerordentlich langwierige Vorarbeiten notwendig seien, um, wenn überhaupt möglich, einen solchen Gesetzentwurf fertigzustellen. Die Konservativen haben nun bewiesen, daß man ein solches Gesetz ungeheurer rasch machen kann; sie haben der Finanzkommission einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den zunächst die zum Wörsehandel zugelassenen Wertpapiere betroffen werden sollen. Der Steuerfuß steigt hier von einem bis zu fünf Prozent des ganzen zu Beginn des Steuerjahres emittierten Wertes. Vom höchsten Steuerfuß (5%) werden die Anteile von bergrechtlichen Gewerkschaften oder die darüber ausgestellten Urkunden (Kugelscheine, Bezugscheine, Abtretungsscheine) betroffen. Wieviel diese Steuer bringen soll, ist in dem Entwurf nicht gesagt. Man hat sich auch gar nicht die Mühe gegeben, dem Entwurf eine Begründung beizufügen. — Der zweite Teil des Entwurfs betrifft die Erhebung einer Umsatz- und Wertzuwachssteuer. Wer das Eigentum eines im Deutschen Reich belegenen bebauten oder unbebauten Grundstücks auf Grund einer Veräußerung oder im Zwangsversteigerungsverfahren erwirbt, hat eine Umsatzsteuer von 1/2 Proz. des Wertes des erworbenen Grundstücks zur Reichskasse zu entrichten. Der Eigentumsübergang im Enteignungs-

Verfahren gilt als Veräußerung. Ein unmittelbar auf Erbfolge beruhender Eigentumswechsel gilt nicht als Veräußerung beruhend. Die Besteuerung des Wertzuwachses steigt von 10 Proz. des Zuwachses bei einer Wertsteigerung des Bodens von weniger als 10 Proz. bis auf 25 Proz. bei einer Wertsteigerung von mehr als 150 Proz. Diese Wertsteuer wird unter anderem nicht erhoben bei Zusammenlegungen, bei dem freiwilligen Austausch von Grundstücken, soweit nicht eine bare Herauszahlung von mehr als 500 M. an einen der Kontrahenten erfolgt; bei identischen Veräußerungen zwischen Verwandten aufsteigender Linie und Verwandten absteigender Linie, sowie zwischen Ehegatten. Auf diese Weise würde der agrarische Familienbesitz von der Wertzuwachsteuer überhaupt nicht getroffen werden können. — Schatzsekretär Sydow hat bereits erklärt, daß er Sachverständige über diese Steuerart vernommen habe und daß demnächst der Finanzkommission eine Denkschrift zugehen wird, in der alle jene Momente zusammengestellt sind, die gegen eine solche Steuer sprechen. Der Schatzsekretär erklärte weiter, daß er der Beratung der konservativen Gesandten zwar aufmerksam folgen werde, daß er aber durchaus nicht in der Lage sei, irgend welche Zusicherungen zu geben.

Der Poststreik.

Die Zahl der Streikenden hat aufs neue abgenommen und es ist kein Zweifel, daß der Streik seinem Ende zugeht. Daran würde auch ein aktives Eingreifen der Arbeiter nichts ändern können. Diese Erwägungen haben auch die Organisation der Eisenbahner veranlaßt, die Proklamierung des Generalstreiks als Mittel, die Postbeamten zu unterstützen, abzulehnen. Dagegen hat das Komitee des Zentralverbandes der Arbeiterkorporationen gestern abend beschlossen, alle Pariser Vereinigungen aufzufordern, den Ausstand vorzubereiten. Heute nachmittag wird das Komitee nochmals zusammentreten, um alle für die Bewegung nötigen Entscheidungen zu treffen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß es in der jetzigen Situation zu einer größeren Ausstandsbeziehung kommen wird, die nur den Arbeitern schwere Opfer auferlegen würde, ohne den Postbeamten entscheidend nützen zu können.

Leider hat der ablehnende Bescheid der Eisenbahnerorganisation zu Hoffstigkeiten unter den Streikführern und den Gewerkschaftsleitern geführt, die in den Versammlungen der Postbeamten und Eisenbahner zu unliebsamen Ausfällen geführt haben, die die nachfolgenden Telegramme schildern:

Die Versammlung der Eisenbahner.

Paris, 18. Mai. Den Postbeamten wurde in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung von Vertretern verschiedener Arbeiterorganisationen der Vorwurf gemacht, sie hätten eine wenig einwandfreie Haltung beobachtet; denn sie hätten das Ergebnis der von den Syndikaten veranstalteten Umfragen abwarten müssen, um zu wissen, ob man ihnen folgen werde. Es wurde beschlossen, heute vormittag abermals eine Versammlung abzuhalten, in der ein endgültiger Beschluß gefaßt werden soll.

In einer von 3000 Beamten und Arbeitern des Eisenbahnersyndikats veranstalteten Versammlung, die vergangene Nacht stattfand, warfen die Sprecher der Postbeamten dem Eisenbahnersyndikat vor, sein Versprechen, die Postbeamten unerschütterlich zu unterstützen, nicht gehalten zu haben. Die Versammlung endete mit einem Tumult, ohne daß eine Entscheidung über die Tagesordnung getroffen wurde, die dem Ausschuss das Vertrauen aussprechen sollte, daß er die Postbeamten sobald als möglich unterstützen werde.

Paris, 18. Mai. Das Ergebnis der gestrigen Versammlung der Eisenbahner, in der die Redner gegenseitig den Vorwurf des Verrats und der Lüge gegeneinander erhoben, rief in der Versammlung der Postbeamten große Enttäuschung hervor, und vor der Abstimmung erklärten sich etwa 200 Postbedienstete trotz Drohungen und Beschimpfungen für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Ein Streikbeschluss.

Paris, 18. Mai. Eine Postbeamtenversammlung, an der nur 300, überdies meist entlassene Beamte teilnahmen, beschloß heute vormittag, den Streik fortzusetzen. Der Sekretär des Bauarbeiter-Syndikats soll die Zustimmung der Unternehmung seiner Korporation gegeben haben. Die Ausständigen sollen ferner auf die Unterstützung des Zentralverbandes der Arbeiterkorporationen rechnen.

Neue Maßregelungen.

Paris, 17. Mai. Es sind wiederum 46 Postbeamte entlassen worden.

Zerstörte Leitungen.

Paris, 18. Mai. In der Nähe von Arras sind 17 Telegraphenleitungen durchgeschnitten und dabei verschiedene Betriebsleistungen der Eisenbahn unbrauchbar gemacht worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Mai 1903.

Hahn und Dernburgs Fiasko.

Aus dem Reichstag, 18. Mai. Sonst pflegt es in der Ferienstimmung am letzten Tage vor einer Vertagung ohne wesentliche Erregung zuzugehen. Aus der Fülle von gesetzgeberischem Material, das heute erledigt wurde, wuchsen aber aus zwei Fragen sehr hitzige Debatten heraus.

Gelegentlich der dritten Lesung des Viehseuchengesetzes brachte der freisinnige Abgeordnete Struve einen Brief des Professor Adolph Wagner zur Sprache, worin dieser sich über eine falsche Darstellung beschwerte, die Dr. Diederich Hahn vor einigen Tagen über das Verhalten Wagners in der bekannten agrarischen Versammlung gegeben hatte. Der freisinnige Redner knipfte daran eine wenig schmeichelhafte Kritik der Hahn'schen Wahrheitsliebe. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte erwiderte sehr erregt und produzierte, um sein persönliches Fiasko zu verdeutlichen, einen Schwall von Lobpreisungen der Verdienste des Bundes der Landwirte um die deutsche Landwirtschaft und das deutsche Volk. Daraus entwickelte sich dann durch Eingreifen des freisinnigen Gothein, des Nationalliberalen Bachorst die Wente sowie des Sozialdemokraten Stolle eine lebhafte Auseinandersetzung über die Agrarzölle; alles unter der Firma „Viehseuchengesetz“. Genosse Stolle führte dem Dr. Hahn insbesondere zu Gemüte, daß die Viehhaltenden keinen Landwirte schwer geschädigt worden seien durch Verteuerung der Futtermittel. Das Viehseuchengesetz wurde schließlich in dritter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Angenommen wurden ebenso ohne wesentliche Debatte aber unter Zustimmung der Sozialdemokraten, in dritter

Lesung das Bankgesetz, das Münzgesetz und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Unermartet kam es dann noch zu lebhaften Auseinandersetzungen bei der zweiten Beratung der Ueberficht der Einnahmen und Ausgaben des Ostafrikanischen und des Südwestafrikanischen Schutzgebietes für das Jahr 1901. Die Rechnungscommission schlug vor, zwei Kosten wegen Staatsüberschreitung zu beanstanden. Es handelte sich da insbesondere um nicht-bevollmächtigte Bauten, die ein Vaurat an der Mole von Swakopmund vorgenommen hatte. Erschauerlicherweise hatte selbst das Kolonialamt anderthalb Jahr lang nichts von den Bauten erfahren. Der Staatssekretär Dernburg bemühte sich mit übermäßigem Eifer, aber wenig Geschick, den Reichstag zu bewegen, daß er diese flagrante Verfassungsverletzung ruhig hinnehme und den Kommissionsantrag ablehnen sollte. Verschiedene Kommissionsmitglieder, die Zentrumsabgeordneten Schwarze und Erzberger, der Nationalliberale Görde und für die Sozialdemokraten Ulrich traten ihm lebhaft entgegen. Genosse Ulrich betonte, daß endlich mal ein Exempel statuiert werden müsse, um den fortgesetzten Staatsüberschreitungen und Staatsverschwendungen einen Kiegel vorzuschieben. Er traf den Nagel auf den Kopf, als er das Haus warnte, sich durch den „glatten Schmus“ Dernburgs nicht umstimmen zu lassen. Bei der Abstimmung nahm das Haus denn auch einstimmig den Kommissionsantrag an. Einen solchen „Erfolg“ seiner kampfhaften Bemühungen hatte sich Dernburg wohl nicht träumen lassen.

Dann vertagte sich das Haus bis zum 15. Juni.

Der Kampf um den Vergarbeitschutz.

Im Gegensatz zu der konservativ-nationalliberalen Landtagsmehrheit, die die Vergarbeiter mit Scheinreformen abspesen will, bemühen sich die Sozialdemokraten, einen wirklichen Vergarbeitschutz herbeizuführen. Allerdings vorläufig noch ohne Erfolg, das Dreiklassenwahlrecht sorgt dafür, daß die Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus keine auch nur annähernd ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung haben.

Im Verlauf der weiteren Beratung der Novelle zum Vergesetz am Dienstag beantragte die sozialdemokratische Fraktion, an die Stelle der sogenannten Sicherheitsmänner aus der Mitte der Arbeiter in unmittelbarer und gemeinsamer Wahl zu wählende Grubenkontrolloren anzustellen, die aus der Staatskasse zu besolden sind und denen bestimmte, bis ins einzelne detaillierte Aufgaben obliegen. Der Antrag erregte den Horn des Generalsekretärs des Zentralverbandes der Großindustriellen, des Abgeordneten Dr. Deumert (natl.), der seinem Vorschlag über die Veröffentlichung des bekannten Geheimprotokolls Ausdruck verlieh und gegen die Sozialdemokratie und die Christlichen weiterte. In seinem Hof gegen die Arbeiterorganisationen ließ sich der nationalliberale Scharfmacher zu törichtsten Aeußerungen hinreißen, die Reinert, der unmittelbar nach ihm zu Worte kam, festnagelte. In frischer, temperamentvoller Weise rechnete unser Genosse mit diesem Typus der Vertretung einseitiger Unternehmerinteressen ab, mit guten Gründen plädierte er für die Einführung von Arbeiterkontrolloren, eine keineswegs sozialdemokratische Forderung, sondern eine Forderung, der jeder einsichtige Sozialpolitiker zustimmt. Mit scharfen Worten geißelte er den Unternehmerterrorismus und die Brutalität der Grubenbarone, die die Arbeiter aufs Anie zwingen wollen, treffend zeigte er, welche Folgen eine solche Scharfmacherpolitik haben, wohin notwendigerweise die Tyrannei des Kapitals führen müsse.

Die Liebe sah, Herr Deumert suchte sich freilich noch einmal zu verteidigen, aber er war bereits kleinlaut geworden und er wäre noch gründlicher abgeführt worden, wenn ihm nicht die Mehrheit zu Hilfe gekommen wäre und durch einen Schlussantrag Reinert das Wort abgeschnitten hätte. Unser Antrag wurde natürlich abgelehnt, und das gleiche Geschick widerfuhr einer Reihe anderer sozialdemokratischer Anträge.

Anstatt die zweite Lesung der Vergesetznovelle hinter einander zu erledigen, hält das Haus es für gut, am Mittwoch erst die Wahlprüfungen vorzunehmen. Dader Bericht der Kommission am Sonnabend abend verteilt ist und nach der Geschäftsordnung zwischen der Verteilung und der Beratung drei Tage liegen müssen, ist Mittwoch der früheste Termin. Diesen Termin hält das Haus, das die verhassten Sozialdemokraten gar nicht schnell genug loswerden kann, inne. Die Berliner Arbeiter werden den Fischel, Stroffer und Konjorten die Antwort erteilen, sie werden dafür sorgen, daß der Gewaltstreik des Junkerparlaments Früchte zeitigt, die den Junkern und ihren freisinnigen Hausknechten schlecht bekommen sollen.

Erbchaftsteuer und Wertzuwachsteuer.

Die nationalliberale „Alln. Ztg.“ ist, wenn sie sich auch sehr beklagt darüber fühlt, daß Müllow nicht die Reichsfinanzreform mit dem Zentrum machen will, doch höchst ungehalten darüber, mit welcher Konchalance die Regierung die Beratungen in der Finanzkommission behandelt. Sie fordert, daß die Regierung und ihre Vertreter sich sehr nachdrücklich an den Verhandlungen der Kommission beteiligen und alles aufbieten mögen, um in der Kommission jetzt schon Klarheit darüber zu schaffen, was später für die Regierung unannehmbar ist und was nicht. Besonders aber fordert sie, daß die geplanten Erbschaftsteuern nur zum Ersatz des Ausfalls bei den indirekten Steuern bestimmt werden, nicht zum Ersatz der Erbschaftsteuer. Diese müsse vielmehr in jedem Falle durchgeführt werden; denn die von den Konservativen als Ersatz für die Erbschaftsteuer geforderte Wertzuwachsteuer hätte keine Aussicht, die Zustimmung des Reichstags zu finden.

Diese Erbschaftsteuern werden sich allerdings nur auf eine Ergänzung des Planes für die indirekten Steuern beziehen können, und wenn von konservativer Seite gedacht wird, daß auch Erbschaftsteuern für die Erbschafts- oder Anfallsteuern eingebracht werden sollen, so dürften sie sich damit im Irrtum befinden, einmal weil die Höhe der Besitzsteuern sich erst mit voller Sicherheit ergeben wird, wenn man weiß, wieviel durch die indirekten Steuern aufgebracht werden kann, sodann aber, weil die Erbschaftsteuer nach keineswegs so zu den Asten gelegt ist, wie die Agrarier glauben machen möchten. Darüber wird der Kampf in der Öffentlichkeit weitergehen und wir werden auf eine Zeit der politischen Ruhe verzichten müssen.

Die Agrarier und Konservativen preisen andauernd ihre Entfindung der Besteuerung des Wertzuwachses, von der der eine unverständigste Teil, die Besteuerung der Mobilien, nur ein kurzes Leben hatte und wohl als aufgegeben betrachtet werden kann.

Hier soll nicht die ganze Frage des Für und Wider von neuem aufgerollt werden, aber es sei doch auf einen Punkt hingewiesen, der gerade gegen die konservative Auffassung über die

Vorzüge der Wertzuwachsteuer spricht. Alle diejenigen Gründe, die die Agrarier für diese Steuer anföhren, gelten auch in derselben Weise und mehr für die Erbschaftsteuer. Was ist schließlich die Erbschaftsteuer anders als die Besteuerung eines Vermögenszuwachses? Das Vermögen der Erben erfährt durch den Tod des Erblassers eine plötzliche Vermehrung, die jedenfalls von größerer und durchgreifender Bedeutung ist, als es ein Vermögenszuwachs aus Erhöhung des Wertes von Mobilien und Immobilien in normalen Fällen sein kann. Warum soll dieser Vermögenszuwachs unantastbar bleiben, während jede andere Vermögensvergrößerung steuerlich herangezogen werden soll? Wenn man dann diese Frage gar mit dem viel mißbrauchten Worte von den leistungsfähigen Schultern bequidem will, so ist damit ernstlich gar nichts anzufangen. Leistungsfähig im hervorragenden Grade ist gerade ein Erbe, für den es praktisch sehr wenig ausmacht, ob er 100 000 oder 90 000 M. erbt. Das wird er in seiner ganzen wirtschaftlichen Entwicklung kaum bemerken, und wo er es doch, wie bei den kleinen Vermögen, bemerken könnte, da ist ja zur Förderung getroffen, daß die kleinen Erbschaften steuerfrei bleiben. Von den Einsprüchen gegen die Erbschaftsteuer bleibt somit nichts anderes übrig als Redensarten, die lediglich den einen realen Untergrund haben, daß die Agrarier jederzeit für solche Steuern sind, die andere bezahlen sollen.

Das ist durchaus richtig. Diefelben Gründe, die hier die „Alln. Ztg.“ für die Besteuerung des Vermögenszuwachses anföhrt, der einem Erben zufällt, gelten aber auch für den Vermögenszuwachs, den der Inhaber von Grundstücken oder Wertpapieren durch das Steigen der Konjunktur oder infolge staatlicher Maßnahmen einsteckt — deshalb fordern wir auch nicht nur eine hohe Erbschaftsteuer, sondern zugleich eine hohe Wertzuwachsteuer.

Bayern und die Erbschaftsteuer.

Bei der gestrigen Salatfel im großherzoglichen Schloße zu Karlsruhe kam in seinem Trinkspruch der zurzeit beim Großherzog von Baden zum Besuch weilende Prinz Ludwig von Bayern auch auf die Reichsfinanzreform zu sprechen und führte nach Wolffs telegraphischem Bericht aus:

„Wir stehen jetzt in einer sehr schwierigen Zeit; es handelt sich um die Ordnung der Reichsfinanzen. Die deutschen Bundesregierungen sind alle zusammengefallen und haben alle ein Programm angenommen. Wenn es ja auch nicht verlangt werden kann, daß dasselbe in jeder Einzelheit vom Reichstag angenommen und durchgeführt wird, so ist doch zu wünschen, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung erreicht werden könne. Ein königliche Hoheit wird mir erlauben zu bemerken — ich weiß ja, daß die großherzoglich badische wie die königlich bayerische Regierung in dieser Beziehung eine sind, — daß es eine große Notwendigkeit und ein großes Glück ist, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten gewahrt werden. Wo kommen wir denn hin, und wie könnten die Einzelstaaten die großen Kulturaufgaben, die ihnen bevorstehen, erfüllen, wenn ihnen die direkten Steuern eingeschränkt würden? Und wie bei den Einzelstaaten, so ist es auch bei den Gemeinden. Die Staatsregierungen haben sich deswegen geeinigt — abgesehen von den indirekten Steuern — nur eine direkte Steuer dem Reiche zu überlassen: die Nachsch- bzw. Erbschaftsteuer, und soviel ich weiß, stehen die Staatsregierungen noch immer auf demselben Standpunkt.“

Der Zweck der Aeußerung ist klar ersichtlich, die Reichsregierung zu bestimmen, an der Nachsch- oder vielmehr der Erbschaftsteuer festzuhalten, da sonst Bayern und Baden im Bundesrat zur Opposition greifen müßten.

Vom Krankenkassenkongress.

Die gestrige Tagung des allgemeinen Krankenkassenkongresses gestaltete sich zu einem einmütigen Protest der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die geplanten Verriichtung der Selbstverwaltung und Verschlechterung der Lage der Versicherten. Die Aussprachen gaben der Regierung reichliche Gelegenheit, die Wahrheit kennen zu lernen und durch Kenntnis des Sachverhalts ihre Mitglieder vor der Verlegenheit zu bewahren, derartige unzutreffende Behauptungen aufzustellen, wie sie vorgestern beim Ministerialdirektor Caspar unterlaufen sind. Schon die nackten Zahlen der gestern veröffentlichten Präsenzliste bewiesen die Unrichtigkeit der Annahmen dieses Vertreters des Reichstages des Innern. Nicht weniger als 1000 Delegierte, die über 1000 Klassen vertreten (904 einzelne Klassen und 72 Klassenvereinigungen) weist der Kongress auf. Die vertretenen Klassen repräsentieren eine Zahl von 8 1/2 Millionen (8 743 022) Mitglieder. Ein so großes Parlament von Klassenvertretungen hat noch nie getagt. Und es waren alle Klassenarten vertreten: Orts-, Betriebs-, Innungs- und freie Hilfskassen. Von einem Vertreter der Krupp'schen Betriebskassenklasse wurde mitgeteilt, daß die Ablehnung der Beschädigung des Kongresses durch die Betriebskassenvereinigungen weder in den Betriebskassen besprochen, noch ihnen mitgeteilt worden ist. Die sogenannte Betriebskassenvereingung ist lediglich ein Verein von Unternehmern, für deren Betriebe Krankenkassen gebildet sind. Wie einige Redner treffend hervorhoben, wird die Behauptung des Ministerialdirektors, in den Ortskassen hätten die Arbeitgeber gar nichts zu sagen, schon durch die Anwesenheit von 484 Arbeitgebern aufs schlagendste widerlegt. Wiewohl ja nach dem Ministerialdirektors Behauptung die Arbeiter es in der Hand hätten, lediglich Arbeiter zu delegieren, sind von den Klassen Arbeiter in einer Anzahl entsendet, die bei weitem den Prozentsatz übersteigt, der den Arbeitgebern im Vorstände der Ortskassen zusteht. Eine Reihe Arbeitgeber bekundeten, daß die von dem Ministerialdirektor Caspar trotz aller Versicherungen wiederholte Verdrächtigung, die Arbeiter benutzten ihre Macht im Vorstände zu parteipolitischen, der Klasse fremden Zwecken, durch die Tatsachen aufs zweifelloste widerlegt sind.

Damit aber auch der Humor zu seinem Recht komme, war es einem Rathenower Arbeitgeber Peters, dem Mitgliede des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, vorbehalten, die hundertmal wiederlegten albernen Verdrächtigungen gegen die Arbeiter aus einem Manuskript vorzulesen. Als gleich darauf ein Breslauer Arbeitgeber ähnliches wiederholte, wirkte es geradezu erheitend, als unmittelbar nach ihm ein Nationalliberaler diese törichtsten Ausstellungen gegen die Arbeiter an der Hand praktischer Fälle widerlegte. Erfrischend wirkte auch die kleine Tatsachenverlesung, dieendant Kohn dem leider abwesenden Ministerialdirektor darüber hielt, daß in der Tat die Landeszentralbehörde sozialpolitisch, und zwar gegen Sinn und Vorlaut des Gesetzes, hemmend den Klassen in den Arm gefallen ist. Durch Annahme der vom Referenten vorgeschlagenen Leisätze bekundete die imposante Krankenkassenvertretung, daß sie ohne Unterschied, ob Arbeitgeber, ob Arbeitnehmer, und ohne Unterschied der politischen Richtung entschlossen ist, die Angriffe auf die Selbstverwaltung zurückzuweisen und die Versicherungsgesetzgebung in sozialem Geiste weiterzuführen.

Dieselbe Uebereinstimmung gab sich bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung kund, der die Unfallversicherung betraf. Den trefflichen Referaten der Herren Bauer und Hartmann folgte eine einstimmige Zustimmung zu deren Kritik von Mängeln der heutigen Unfallversicherung.

Bureaunkräufche Sparjamkeit.

Da nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch Preußen sich in einer Finanznotlage befindet, soll, wie von oben herab den preussischen Behörden befohlen ist, möglichst gespart werden. Wie weit diesem Befehl Folge geleistet wird, lehrt folgende der „Köln. Volksztg.“ aus der Rheinprovinz zugegangene allerliebste Mitteilung:

„In einer königlichen Erziehungsanstalt stellte sich die Notwendigkeit heraus, in einer gewissen Räumlichkeit des Hauses eine Reparatur vorzunehmen. Der beigelegene Regierungsbaumeister machte nun einen Kostenanschlag, der sich auf 300 M. belief. Dieser Vorschlag wurde nun mit den notwendigen Belegen usw. an die vorgesetzte Behörde eingereicht, die dann ihrerseits den ganzen Beamtenapparat in Tätigkeit setzte. Es kamen mehrere Vertreter der Regierung, vom Landrat bis zum Ministerialbeamten, Sachverständige usw., z. B. der Direktor einer gleichen Anstalt aus einer anderen Provinz, einige Stöße Papier wurden verschrieben und als dann endlich die unerlässlich notwendige Reparatur nach langer Zeit ausgeführt worden war, waren die Kosten auch glücklich von 300 auf 1300 M. angewachsen. Es lebe die altpreussische Sparjamkeit!“

Was Monarchenreisen für Kosten verursachen,

das kann in vollem Umfange das steuerzahlende Volk nie erfahren, da sowohl bei den Gemeinden wie bei den staatlichen Kassen (Militär, Polizei, Regierung usw.) eine klare Abrechnung niemals erfolgt, vielmehr die Ausgaben aus die Kasse der verschiedenen Ressorts verbracht werden. Wo z. B. wird man erfahren, was die folgende Veranstaltung für Unkosten verursacht hat. Aus Anlaß der Anwesenheit Wilhelms II. in Wiesbaden wurden von Köln am Sonntag ein Wachmeister und 25 Schutzeute ab, um sechs volle Tage in Wiesbaden zu bleiben. Und am Dienstag (heute) dampften weitere 25 Schutzeute mit einem Wachmeister von Köln zu einträglichem Aufenthalt ab. Ähnliche Polizeiaufgebote sind zweifellos auch aus vielen anderen Städten nach Wiesbaden abgegangen.

„Das persönliche Regiment“ vor der Erfurter Berufungskammer. Vom Schöffengericht Tennstedt waren am 18. März der Steinbrucharbeiter Oskar Wald und der Weber Hermann Spar aus Langensalza zu je 1 Woche Haft verurteilt worden, weil sie am Sonntag, den 10. Januar, in Tennstedt gemerksmäßig und auf offener Straße das Flugblatt „Das persönliche Regiment“ verteilt haben sollten. Auf Haftstrafe war deshalb erkannt worden, weil, wie es hieß, eine Geldstrafe erfahrungsgemäß von der sozialdemokratischen Partei gezahlt werde. Wald hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, über die am Montag die Berufungskammer in Erfurt verhandelte. Der Angeklagte erklärte, er habe für die Fahrt von Langensalza nach Tennstedt und für Reiskosten 250 M. erhalten, einen materiellen Vorteil also nicht gehabt; an der Flugblattverbreitung auf der Straße habe er sich nicht beteiligt. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Das Gericht beschloß, die Akten der Staatsanwaltschaft zurückzugeben, um festzustellen, ob es auch wirklich Flugblätter auf der Straße verteilt habe. Eine Gemerksmäßigkeit lasse sich nicht feststellen, auch wenn man annehme, daß der Angeklagte eine Vergütung erhalten habe.

Deutsche Regierungsjorgen.

Die „Rheinische Zeitung“ teilt mit, daß der Kaiser Mitte Juni einen etwa anderthalbtägigen Besuch in der niederrheinischen Stadt Kleve machen wird. Die Empfangsvorbereitungen sind schon in vollem Gange; unter anderem sind aus Kleve an die Regierung in Düsseldorf bereits zwei Kisten mit Sand geschickt worden, damit obrigkeitlich entschieden werden kann, welche Sandsorte beim Kaiserbesuch zum Bestreuen der Straßen verwendet werden soll . . . !

Die Hausarbeit in der Zigarrenfabrikation.

Der Gesandtschaftsrat über die Hausarbeit in der Zigarrenfabrikation wurde am Dienstag in der Kommission zur Beratung der Gewerbenovelle weiter beraten. Zu § 3 beantragten unsere Parteigenossen, unter allen Umständen einen Mindestlohnraum von 10 Kubikmeter für den Hausarbeiter vorzuschreiben, während die Regierungsvorlage nur für Wohnräume, die als Arbeitsstätte benutzt werden, 10 Kubikmeter vorschreibt, dagegen bei besonderen Betriebsstätten nur 7 Kubikmeter Mindestlohnraum verlangt. Der Antrag unserer Parteigenossen wurde abgelehnt. Zu § 6 beantragten unsere Parteigenossen, die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in der Zigarrenfabrikation nicht zu gestatten. Die Regierungsvorlage will die Beschäftigung der eigenen Kinder des Hausarbeiters vom 12. Jahre an gestatten. Mollenhuth wies auf die Gefährlichkeit der Tabakfabrikation und ihre besonderen Gefahren für die Kinder hin, für die der Saug daher dringend notwendig sei. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Angenommen dagegen wurde unser Antrag, das Gesetz auch auf die Verarbeitung, besonders das Wripfen des Tabaks in der Heimarbeit auszudehnen. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes wurden ohne erhebliche Debatten angenommen. Die erste Lesung ist hiermit beendet.

Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Am Dienstag fand im 58. Bezirk für den verstorbenen Genossen Emil Fischer eine Neuwahl statt. In dieser Stadthälfte wird noch nach dem alten Wahlverfahren gewählt (Bezirkswahl und Jenius von 1200 M.). Hier tritt erst im Jahre 1910 die Klassen-, Jenius- und Proportionalwahl in Kraft. 1904 wurde Genosse Fischer mit 258 von 484 abgegebenen Stimmen gewählt. Während damals die Zahl der eingetragenen Wähler 520 betrug, ist sie jetzt auf 640 gestiegen. Um das erledigte Mandat wird seit Wochen in Versammlungen hart gestritten. Kandidat unserer Partei ist der Gewerkschaftssekretär Karl Henke; außerdem kandidieren ein Linksliberaler und ein Reaktionär. Gewählt worden ist, wie uns telegraphisch gemeldet wird, Gen. Henke. Er erhielt 305 Stimmen, der Kandidat der Liberalen, Wül, 204 Stimmen, der Postor Straßow 80 Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion des Hamburger Parlaments trägt nun wieder 21 Mitglieder.

Nachmals der Gerichtsstand der Mannschaften des Beurlaubtenstandes an Kontrollversammlungen. Die wir kürzlich berichteten, hat am 8. März das Oberkriegsgericht des 10. Armeekorps in Hannover im Gegensatz zu der bisherigen Rechtsprechung die Inanspruchnahme der Militärgerichtsbarkeit für solche Straftaten ausgesprochen, die außerhalb der tatsächlichen dienstlichen Verriichtung resp. außerhalb der Kontrollversammlung an dem gleichen Tage begangen werden. Dieses Urteil hat das Reichsmilitärgericht in Berlin aufgehoben, gleichzeitig ist der Fall zur nochmaligen Entscheidung an das Oberkriegsgericht des 10. Armeekorps zurückverwiesen.

Immer wieder Soldatenmißhandlungen beim vierten Garde-Regiment.

Wiederholt schon haben Prozesse gegen mißhandelnde Unteroffiziere des vierten Garde-Regiments Aufsehen und Aufregung verursacht. Seinerzeit war es der „Fall Dreitenhach“, der allgemeine Sensation erregte, im vergangenen Jahre hatten sich sechs Sergeanten und Feldwebel von demselben Regiment vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Am Montag standen drei Vizelfeldwebel, denen Mißhandlungen untergebenen zur Last gelegt wurden, vor dem Kriegsgericht der Landwehrinspektion. Diesmal lag die Sache aber milder als bei den bisherigen Fällen. Unter Anklage standen die Vizelfeldwebel Gänther, Philipp und Marquardt, die bei der 1. Kompagnie des vierten Garde-Regiments standen. Heute sind sie schon längst im Altbier. Marquardt war seinerzeit Regiments-tambour. Die Mißhandlungen, die den Angeklagten zur Last gelegt wurden, gehen in die Jahre 1901 und 1902 zurück. Anfangs war eine weitgehende Untersuchung gegen die drei Angeklagten eingeleitet worden, doch im Lauf der Vernehmungen schrumpfte das

belastende Material zusammen. Auf Antrag des Vertreters der Anklage, Kriegsgerichtsrat Alsterhof, wurde die Öffentlichkeit während der Verhandlung ausgeschlossen. Dagegen fand die Verkündung des Urteils und der Begründung öffentlich statt. In der letzteren heißt es unter anderem: „Auf Grund der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die drei Angeklagten im Jahre 1901 ihre Untergebenen in einer Reihe von Fällen körperlich mißhandelt haben. Es handelt sich jedoch nicht um schwere Fälle und typische Respektmißhandlungen, sondern um Mißhandlungen leichter Art, die von den Vorgesetzten gegen ungeschickte Untergebene als Erziehungs mittel angewandt wurden. Die Mißhandlungen fielen in eine Zeit, in der die Ansichten über die Behandlung Untergebener durch die Vorgesetzten anders waren als heute. Zum Teil bildeten die zur Anklage stehenden Mißhandlungen nichts anderes als Korrekturen der Vorgesetzten an ungeschickten Untergebenen. Vizelfeldwebel Gänther wurde wegen körperlicher Mißhandlung Untergebener in sechs Fällen während der Ausbildung des Dienstes zu 21 Tagen gelinden Arrest, Philipp wegen der gleichen Delikte in drei Fällen zu 10 Tagen und Marquardt in drei Fällen zu 18 Tagen gelinden Arrest verurteilt. Bei Gänther war in zwei Fällen Mißbrauch der Waffe angenommen worden.“

Wenn die Mißhandlungen wirklich so leichter Art waren, so ist um so schwerer einzusehen, weshalb die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde! Es scheint fast, als solle diese Maßregel, die bisher bei Anklagen gegen Offiziere Regel war, nun auch bei Unteroffizieren regelmäßig angewandt werden! Die Begründung des Urteils ist sehr bedenklich. Solche Entschuldigungen für Mißhandlungen werden sicher nicht den Soldatenkindereien entgegen. Ganz unverständlich ist die Wendung, daß zur Zeit, da die Mißhandlungen begangen wurden, die Ansichten der Vorgesetzten über die Behandlung Untergebener anders waren als heute. Das mag ja sein, aber Mißhandlungen, auch solche, die unter dem Vorwande von „Korrekturen“ und „Erziehungsmitteln“ verübt wurden, waren auch damals schon verboten und strafbar!

Milde militärische Richter.

Wegen Mißhandlung Untergebener in 67 Fällen, Beleidigung und Abhaltung Untergebener von der Wache wurde verurteilt das Kriegsgericht der 81. Division in Straßburg den Unteroffizier Thomas vom Husarenregiment Nr. 9 zu sieben Wochen Gefängnis. (1) Von der Degradation wurde abgesehen, weil die Mißhandlungen „keine erheblichen“ seien. Die 67 Fälle ereigneten sich in der kurzen Zeit von Februar bis Ostern; der Unteroffizier bediente sich dazu eines Remonte-Reitstokes. Ein Soldat soll fast täglich von ihm mißhandelt worden sein. Am 7. April brachte ihm der „Soldatenrichter“ mit dem Stod ein vier Zentimeter lange Wunde in der Hüftengegend bei; die Verletzung sang an zu eitem, bis sich der Soldat schließlich krank melden mußte. Hierbei verurteilte ihn Thomas zu bestimmen, angegeben, die Wunde rühre von einer anderen Ursache her. Einmal setzte Thomas dem Soldaten den Degen auf die Brust und sagte dazu: „Ich steche Dich nieder, Du Schweinhund!“ Weil der Unteroffizier dabei gelächelt haben soll, erblickte der Anklagevertreter in der Handlung keine Bedrohung!

Die Ereignisse in der Türkei.

Kriegsgerichtsarbeit.

Konstantinopel, 18. Mai. Das Kriegsgericht forderte unter Androhung des Exekutives und der Vermögenskonfiskation die Herausgeber der Blätter „Vokan“, „Serbefin“ und „Idam“ sowie den Chefredakteur des „Idam“, Ali Kemal, auf, binnen zehn Tagen vor Gericht zu erscheinen. Der Kommandeur der kaiserlichen Palastgarde Marschall Tahir Pascha ist zum Tode verurteilt worden. Ein Buchdrucker, der die Soldaten der Lazimaserne zur Revolte aufgehetzt hatte, wurde vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Dem Amtsblatte zufolge wurden ein Major und ein Vizemajor, die am 15. April namens der Truppen der Sejmifaserne aus Anlaß des politischen Wechsels Entlassung an die Zeitungen gefandt hatten, kriegsgerichtlich aus der Armee ausgestoßen und zu drei Jahren Kerker verurteilt. Der Sultan bestätigte das Urteil.

Wie die Blätter melden, ist das türkisch-bulgarische Protokoll durch ein Trade des Sultans ratifiziert worden.

Abdul Hamids Vermögen.

Konstantinopel, 17. Mai. Es verlautet, daß es gelungen ist, den Exsultan zu bewegen, sein in auswärtigen Banken deponiertes Vermögen dem Staate zu überlassen. Die in dieser Frage gepflogenen Verhandlungen der Regierung mit den betreffenden Banken sowie die Beratungen im hiesigen Justizministerium über die Wege zur Erlangung des Vermögens sind bereits eingestellt worden.

Wandenkämpfe.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Belgrad gemeldet wird, hatte eine bulgarische Wande, welche in der Nähe der Stadt Arushewo aufstande, einen erbitterten Kampf mit bewaffneten türkischen Bauern zu bestehen. Die Türken verloren 20 Tote, die Bulgaren 12 Tote. Erst als türkische Truppen sich näherten, zog sich die bulgarische Wande ins Gebirge zurück.

Ruhe in Armenien.

Konstantinopel, 17. Mai. Eine Privatdepesche des Stambul aus Erzerum von gestern meldet, daß auf Befehl des Kommandanten des vierten Korpsbereiches, Marschall Ibrahim Pascha, die Reuterer dreier Bataillone unter Eskorte nach Derin transportiert wurden, und daß die Ruhe vollkommen wiederhergestellt ist.

Oesterreich.

Die Wahlen in Steiermark.

Graz, 18. Mai. Bei den gestrigen Landtagswahlen der Wählerklasse der Landgemeinden wurden vierzehn Christlich-soziale, zwei deutschfreiwirtschaftliche Agrarier und acht slowenische Bauernbündler gewählt; aus zwei Wahlbezirken (vier Mandate) steht das Ergebnis noch aus.

England.

Kolonialer Imperialismus.

London, 18. Mai. Wie dem „Reuterschen Bureau“ aus Toronto gemeldet wird, wurden bei einem Bankett, das aus Anlaß eines Presse-Kongresses stattfand, von australischen Delegierten imperialistische Reden gehalten. Der Leutnant-Gouverneur von Ontario, der den Vorschlag machte, erklärte, man müsse Deutschland beibringen, daß es nicht bloß mit England, sondern auch mit dessen überseeischen Besitzungen zu rechnen habe in jedem Kampfe, in dem es sich um die britische Vorrangstellung zur See handle.

Annahme der Erhöhung der Einkommensteuer.

London, 17. Mai. Das Unterhaus hat die Resolution zum Budget, betreffend die neuen Einkommensteuersätze mit 209 gegen 96 Stimmen angenommen.

Rußland.

Ein Brief Agew.

Während der Gerichtsverhandlung gegen Bopuchin wurde folgender Brief Agew's, den er nach seiner Entlassung an General Gerasimoff richtete, verlesen. Der Brief lautete:

„Die Sache sieht schlimm. Er hat alles erzählt. Er erzählte sogar, in welchem Kostüm ich bei ihm war und wie ich mich gehalten habe. Mit einem Wort, er hat alles schlaue und feine eingeschaltet. Es war ein schicksalsschwerer Fehler, daß Sie und ich bei L. gewesen sind.“ Ferner weist er darauf hin, daß das noch nicht so schlecht gewesen wäre, wenn es ihm gelungen wäre, sein Alibi nachzuweisen und zu beweisen, daß er während der infamierten Zeit nicht in Petersburg, sondern in Berlin gewesen sei. Er habe zwar versucht, das mit Hilfe von Hotelrechnungen nachzuweisen, er konnte aber nicht einmal das Zimmer beschreiben, in welchem er angeblich gewohnt hatte. „Ja, habe — so heißt es im Briefe — unvorsichtig gehandelt, indem ich auf dieses Hotel hinwies. Dort lehren bloß Spiegel ein, und dann wußte ich nicht, was ich über das Möbement sagen sollte.“

Ein diesem Briefe ist vor allem das interessant, was Agew über sein Berliner Alibi mitteilt. Bekanntlich hat er vor dem Parteigericht erklärt, daß er bei einem Zimmervermieter namens Tschernomordik logiert habe. In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß der genannte Tschernomordik, der als Uebersetzer am Polizeipräsidium fungiere, mit der preussischen Polizei in Verbindung stehe. Von „maßgebender“ Stelle wurde hiernach dementiert, daß es einen Beamten der preussischen Polizei solchen Namens gäbe, und darauf hingewiesen, daß die Berliner Polizei auf dem Standpunkt stehe, russische Spigel, die als solche erkannt werden, müßten ohne weiteres ausgewiesen werden. Es wäre nun interessant, wie sich diese maßgebende Stelle zu der Tatsache verhält, daß der Chef der russischen Nachspigel Agew darüber informiert ist, daß bei dem Zimmervermieter Tschernomordik, der am Polizeipräsidium beschäftigt wird, bloß „Spigel einlehren“.

Amerika.

Die denische Konfurrenz.

Washington, 18. Mai. Der Senat hat die Abänderungsanträge, die eine Ermächtigung des vorgeschlagenen Jolles auf Kaisermesser vorsehen, abgelehnt. In der Debatte erklärte Senator Hale, er fürchte, daß das Vordringen Deutschlands auf dem amerikanischen Markt soweit vordreite, daß die amerikanische Messerindustrie sich nicht mehr erholen könne.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(59. Sitzung vom 18. Mai.)

Nach den diesen langen Sitzungen gab es zur angenehmen Abwechslung heute eine kurze Aussprache.

Graf Oriola schlug vor, in die zweite Lesung der Besoldungsvorlage nicht früher einzutreten, als bis man wisse, wie es der Finanzkommission ergebe. In der Zwischenzeit solle die Kommission die Kernsprachegebühren, das Stützgesetz für die Schutzgebiete und den Antrag betreffend die Einfuhrschemie vornehmen. Erzberger widersprach diesem Vorschlag und verlangte die Erledigung der Besoldungsordnung unbeschadet um das Ergebnis der Beratungen in der Finanzkommission. Man müsse eben von der Annahme ausgehen, daß die Geldmittel zur Durchführung der erhöhten Gehaltsätze beschafft würden. Der Vorschlag, nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages am 15. Juni zunächst die Besoldungsvorlage zu erledigen, fand in der weiteren Debatte schließlich allgemeine Zustimmung.

Staatssekretär Sydow bemerkte, daß dem Reichstag eine Nachtragsforderung wegen des Truppenübungsplatzes auf dem Tempelhofer Felde zugeben werde, mit welcher sich jedenfalls auch die Budgetkommission werde zu beschäftigen haben.

Aus der Partei.

Nachmals die Dessauer Gewerbegerichtswahl.

Aus Anhalt wird uns geschrieben: Das „Volksblatt für Anhalt“ verlangt von uns, etwas richtig-zustellen, was wir gar nicht behauptet haben, nämlich, daß der sonderbare Kompromißgedanke von Peus ausgegangen sei. Das konnten wir nicht behaupten, weil sich der Vorsitzende des Dessauer Kartells auf der Kartellkonferenz in Weisenfels als der Vater dieser herrlichen Idee bekannt hat. Trotzdem wird kein mit den Verhältnissen Vertrauter leugnen wollen, daß sie als Produkt Dessauer Erlegungsarbeit angesehen werden muß. Es ist Weist von dem Geiste, wie er in Anhalt schon seit Jahren gepflegt wird und ist insofern auch der Genosse Peus mitverantwortlich. Er bemerkt noch, daß ihm, nachdem ihn die Parteipresse für das Kompromiß verantwortlich machte, seine Inaktivität bei der Wahl leid tue; die Redaktion würde von einem Kompromiß abgeraten haben. Auch diese Behauptung ist unanständig, nachdem im lokalen Teil des Blattes zweimal die Sache besprochen und auf der Kartellkonferenz erklärt wurde, daß die Notizen von der Redaktion stammten. Da hätte doch die Redaktion ihre Meinung äußern können. Ja es wäre in diesem Falle ihre verständliche Pflicht und Schuldigkeit gewesen. Aber diese bessere Meinung scheint erst nach der blamablen Niederlage in der Redaktion Einzug gehalten zu haben. Im weiteren wird geäußert, daß das Kompromiß im Hinblick auf die Stadtverordneten- und Landtagswahl getroffen worden sei. Zum Beweise für unsere Behauptung berufen wir uns auf die Äußerungen des Dessauer Delegierten auf der Kartellkonferenz. Was bleibt nun noch übrig, was zu einer Legendensbildung, wie Genosse Peus es nennt, Veranlassung geben könnte? Für alles, was wir behauptet, haben wir den schlüssigen Beweis erbracht.

Parteiliteratur.

Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens. Ein Vortrag, gehalten von Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein, ist jetzt in dritter durchgeleiteter Auflage erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Einteilung der Wirtschaftsformen. — Die Wirtschaft der Urböller, der Urkommunisten. — Die Wirtschaft der Romoböller. — Die Haus- und Dorfgemeinschaften. — Das Aufkommen der Stadt und der Verkehrsökonomie. — Die Wirtschaft der alten Kulturnationen. — Die Wirtschaft der Feudalzeit. — Die Wirtschaft des aufkommenden Kapitalismus. — Die Wirtschaft des entwickelten Kapitalismus. — Die Kräfte der sozialistischen Wirtschaft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 50 Pf. Vereinsausgabe 20 Pf.

Das Reichsregiment auf der Kalkgebirg. Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. E. David, nach dem amtlichen Stenogramm in der Sitzung des Reichstages vom 30. März 1900. Verlag der „Reiniger Volkszeitung“. Preis 15 Pf., in Partien bezogen: 10 000 Exemplare 500 M., 1000 Exemplare 60 M., 100 Exemplare 7 M.

Sozialistische Geistliche und die Internationale.

London, 18. Mai. (Fig. Ver.) Die Sozialisten innerhalb der Geistlichkeit der anglikanischen Kirche hielten in der letzten Woche ihren Jahreskongress in Leicester ab. Unter ihren Beschlüssen dürfte der folgende von allgemeinem sozialistischen Interesse sein: „Der Verband soll die notwendigen Schritte tun, um auf dem nächsten Internationalen Sozialistischen Kongress vertreten zu sein.“

Da aber der Verband keiner der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Englands angeschlossen ist, so muß er sich wohl beim Internationalen Sozialistischen Bureau anmelden. Die Mitglieder dieses Verbandes sind nicht mit Christlichsozialen zu verwechseln. Sie sind vielmehr Christen und Sozialisten, die also die wesentlichen Forderungen der internationalen sozialistischen Bewegung annehmen, aber gleichzeitig einer bestimmten religiösen Richtung angehören. In ihren eigenen Versammlungen propagieren sie sowohl die Lehren des Sozialismus wie des Christentums, aber in allgemeinen sozialistischen und Ar-

Betterberufungen benutzen sie ihre christlichen Lehren nur soweit, als sie der sozialistischen Agitation dienen können. Bei lokalen und parlamentarischen Wahlen unterstützen sie mit großer Eifer die sozialistischen und Arbeiterkandidaten. Scheinbar wäre das einfachste für sie, sich der Arbeiterpartei anzuschließen, allein sie halten die Arbeiterpartei noch nicht für genügend sozialistisch, um in ihre aufzehen zu können.

Innere Taten.

In Bielefeld starb der Genosse Bruno Schumann, von 1893 bis vor mehreren Jahren Geschäftsführer der Bielefelder „Volkswacht“. Er hat das Blatt in der schweren Zeit zu Anfang der neunziger Jahre, da es täglich um seine Existenz zu ringen hatte, mit Umsicht geleitet und in eine gesicherte Position gebracht. Als Stadtverordneter Bielefelds — er besetzte diesen Posten von 1897 bis 1904 — hatte er eine lange Zeugnisauszeichnung zu erdulden, auch als zeitweiser verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht“ hat er verschiedene Gefängnisstrafen erlitten. In den letzten Jahren hat Schumann sich an der Parteibewegung nicht mehr tätig beteiligt. Die Zuckerkrankheit hat ihn dahingerafft.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Breslauer Justiz.

Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Breslau war ein Lehrer außerordentlich darum bemüht, daß die „Schuldisziplin“ unter den Wählern, die in der Turnhalle des Schulgrundstückes stattfanden, keinen Schaden nehme. Als er Kinder mit Oberkörperbedrohung, erklärte Genosse Albert, der den Lehrer seines Verhaltens wegen für den Kassellan der Schule hielt: „Schlagen laßt sich die Kinder nicht; wer die Kinder schlägt, den schlage ich wieder.“ Der Lehrer fühlte sich beleidigt. Die Schuldeputation lehnt indes in zwei Sitzungen ab, Strafantrag zu stellen. Nun nahm sich die bloßfreiwillige „Breslauer Zeitung“ der Sache des Lehrers an und benutzte sie zu einem politischen Heftartikel. Die Folge war, daß die Schuldeputation in einer dritten Sitzung, es war inzwischen nahezu ein Vierteljahr vergangen, beschloß, gegen den Lehrer vorzugehen. Vor dem Schöffengericht erachtete der Staatsanwalt den Vorgang für ziemlich harmlos und beantragte 50 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte demgemäß. — Daraufhin erschien ein weiterer Heftartikel der „Breslauer Zeitung“, der die Strafe für den Sozialdemokraten zu niedrig fand. Bald nach Erscheinen dieses Artikels legte der Herr Staatsanwalt, der die 50 M. Strafe beantragt hatte, Berufung ein. Vor der Strafkammer wurden drei Monate Gefängnis beantragt; das Gericht erkannte auf einen Monat!

Ein holländischer Gastwirt fühlte sich durch eine Notiz der Breslauer „Volkswacht“ beleidigt und strengte Privatklage an. Wegen der Bestrafung des Redakteurs verlangte er 500 M. Buße wegen „Geschäftsschädigung“. Ohne über den angerichteten Schaden Beweis zu erheben, erkannte das Schöffengericht gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Schiller auf 100 M. Strafe und 150 M. Buße.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 9 haben wir hervor: Die Verfassung des Deutschen Reichs. III. Von Ludwig Frank. — Das Fest des Geistes. Von Jda Klmann. — Das Werden im Weltall (3. Die Spektralanalyse; 4. Die Sonne und die Sterne). Von Felix Link. — Schiffsjungen gesucht! Von August Freudenhal. — Wästen und Insekten (Schluß). Von Hannah Dorsch-Lewin. — Gewerkschaftliche Versammlungsbestrebungen. Von Wilhelm Janison. — Großstädtische und kleinstädtische Jugendbewegung. Von L. Radloff. — Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Der blinde Passagier (Fortsetzung). Von Max Eyth. — Morgenlied. Von C. F. Meyer. — Wäcker für die Jugend. — Der erste Tag in der Lehre. Von Th. Thomas. — Lili Jan. Von Dito Ernst.

Soziales.

Aus der Kammer 6 des Gewerbegerichts.

Gestern klagte der Feiseurgehilfe D. gegen das Passagierkassenhause auf Zahlung einer Entschädigung von 80 M. für entgangenen Lohn, Krankselberverdienst und Prozentvergütung. Kläger hatte sich zur Wahrnehmung eines gerichtlichen Termins Urlaub geben lassen und ist an diesem Tage nicht mehr ins Geschäft zurückgekehrt. Als er am nächsten Morgen kam, wurde er entlassen. Als weiteren Entlassungsgrund machte der Vertreter der beklagten Firma geltend, daß Kläger mit einem Mitarbeiter einen Streik gehabt habe, der nicht ohne Täuschungen verlief. Den letzteren Einwand bezeugte das Gericht unter Vorbehalt des Magistratsassessors Dr. Seck als unerheblich. In der unerlaubten Urlaubverlängerung sei aber ein zur sofortigen Entlassung berechtigender Grund zu erblicken. Das Gericht empfahl einen Vergleich auf 25 M., den der Kläger, um nicht ganz leer auszugehen, akzeptierte.

Die zum Ausdruck gekommene Ansicht des Gerichts ist irrig. Der § 123 der Gewerbeordnung führt als Entlassungsgrund in seiner Ziffer 3 auf: „wenn Arbeiter die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern.“ Die ganze Fassung dieser Bestimmung läßt deutlich erkennen, daß unter dem unbefugten Verlassen der Arbeit nicht ein einmaliges unerlaubtes Fernbleiben von der Arbeit, sondern ein im Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit erfolgtes Fernbleiben, das einer beharrlichen Arbeitsverweigerung gleich zu erachten wäre, zu verstehen ist. Dieser Auslegung entspricht auch die Praxis der meisten Gewerbegerichte.

Aus Industrie und Handel.

Verdingungsfrage.

Daß bei den öffentlichen Submissionen das Verfahren vielfach lediglich eine Farce ist, weil die Unternehmer sich vorher ganz genau schlüssig werden, zu welchen Bedingungen der erfolgreiche Submittent die respektive Arbeit übernimmt, ist im „Vorwärts“ schon öfter nachgewiesen worden. Meist belieben die Unternehmer es ja noch, verschiedene Preise zu fordern, um wenigstens den äußeren Schein eines Wettbewerbes zu retten. Solche Schamhälle hat die Trägervereinerung abgelegt. Kürzlich hielt die Eisenbahndirektion Essen eine Verdingung ab, bei welcher es sich um die Lieferung von 340 Tonnen Krägerreisen verschiedener Profile zu Waagenwägen handelte. Sämtliche 19 Firmen, die ihre Angebote eingereicht hatten, forderten den Einheitspreis von 49 124,45 M. Jetzt kann die Ausschreiberin hochherzig sein und dem — Schöffengericht den Zuschlag erteilen.

Partelle. Die Fahrradkonvention hat sich Anfang Mai aufgelöst, da die Verhandlungen mit den Außenfirmen nicht zu einem befriedigenden Ende geführt werden konnten. — In Strahburg hat sich ein Holzhändler-Syndikat gebildet, welches die Form einer Einkaufsgenossenschaft angenommen hat und immer mehr Interessenten an sich zieht, die durch einen Vertreter den Einkauf besorgen lassen.

Schlechte Lage am Kohlenmarkt.

Daß die ohnehin schon traurige Marktlage sich noch weiter verschlechtert hat, konstatiert die „W.-W.-Z.“ in ihrem letzten Marktbericht vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt. Es heißt da unter anderem: Die Marktlage hat sich in Kohlen nicht gebessert, in Holz sogar nicht unerheblich verschlechtert und die Aussichten beurteilt man in Rheinfreisen wenig günstig. Das ist in kurzen Worten das Gebräuge des Marktes, wie es sich zurzeit darstellt. Wir haben bereits mitgeteilt, daß das Syndikat infolge zahlreicher Aufbestellungen im laufenden Monat nicht in der Lage ist, die nach der Einschränkung abzunehmenden 60 Proz. der Kohlerzeugung unterzubringen. Am Kohlenmarkt spiegeln sich die ungesunden Verhältnisse in der Eisen- und Kohlenindustrie recht deutlich wieder. Eine Abkühlung, wie sie gegenwärtig besteht, hat man kaum jemals in solcher Schärfe gekannt, ebenso wie Lagermengen von der jetzigen Ausdehnung noch nicht dagewesen sind.

Gewerkchaftliches.

Ein Streik städtischer Arbeiter in Aussicht!

Die städtischen Arbeiter Kiels stehen in einer Lohnbewegung. Im Jahre 1907 wurde ihnen eine kleine Erhöhung der Löhne bewilligt, die durchschnittlich 20 Pf. täglich betrug. Eine Verbesserung der Lebenshaltung kann diese Lohnerhöhung aber heute nicht mehr genannt werden. Seitdem sind die Kosten für die Lebenshaltung weiter gestiegen und bei der letzten Etatberatung sind die Gemeindesteuereinzuschläge um 50 Proz. erhöht worden. Die Forderungen der Arbeiter sind folgende: Achtstundentag für die Gasarbeiter an den Retortenöfen, Neunstundentag für alle Arbeiter in städtischen Betrieben, eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter von durchschnittlich 20 Pf. den Tag. Bei der Etatberatung im März d. J. wurden die Forderungen der städtischen Arbeiter trotz der eifrigen Fürsprache der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen deren Stimmen abgelehnt. Alle späteren Versuche der Arbeiter, beim Magistrat eine Berücksichtigung ihrer Wünsche durchzusetzen, fanden beim Magistrat kein Gegenkommen. Er verließ sich stets darauf, daß die Finanzen der Stadt ein Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter nicht zuließen. Ja, in einer Mitteilung vom 23. April hat der Magistrat sogar die Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe abgelehnt. Er will also nicht einmal die von ihm selbst eingesezte Vertretung der Arbeiter hören. Montag, den 17. Mai, fand nun eine außerordentliche Versammlung der Kieler Zahlstelle des Gemeindefacharbeiterverbandes statt, in der die zu unternehmenden Schritte beraten wurden. In der Versammlung herrschte eine erbitterte Stimmung gegen die Kieler Stadtverwaltung, die noch dadurch erhöht wurde, daß das anwesende Vorstandsmitglied Riedel aus Berlin erklärte, er habe auf der Reise von Berlin nach Kiel die Mitteilung erhalten, daß sich der Magistrat auf einen Streik einrichte und schon Vorzüge für Unterbringung von Streikbrechern treffe. In der Versammlung herrschte Kampf Stimmung. Eine große Anzahl von Rednern forderte die sofortige Niederlegung der Arbeit. Schließlich wurde mit 288 gegen 49 Stimmen — die Nichtarbeiter konnten an der Versammlung nicht teilnehmen — folgende Resolution angenommen:

„Die heute am 17. Mai im „Gewerkchaftshaus“ tagende Versammlung der städtischen Arbeiter nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Haltung des Magistrats. Die Versammelten sind um so mehr über diese Ablehnung empört, als auch gleichzeitig ihrer Vertretung, den Arbeiterausschüssen, durch die nicht erfolgte Einberufung der gemeinschaftlichen Sitzung, jede weitere Förderung ihrer Angelegenheit unterbunden ist. Die Anwesenden beauftragen deshalb das Bureau der Versammlung, erneut die Forderungen des Magistrats und dem Stadtverordnetenkollegium mit der Mahngabe einer sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Gleichzeitig wird der Vorstand des Verbandes ermächtigt, im Falle einer ungünstigen Antwort Maßnahmen zur energischen Durchführung der Forderungen, eventuell einer Arbeitsniederlegung zu treffen.“

Das anwesende Vorstandsmitglied Riedel erklärte, daß der Vorstand des Verbandes mit aller seiner Sympathie hinter den Forderungen der Kieler städtischen Arbeiter stehe und im Falle ein Streik nötig werde, ihn mit allen seinen Mitteln stützen werde.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Bauklemmpner.

Die Unternehmer sehen ihre Bemühungen fort, vor der Öffentlichkeit die Streiklage als für sie günstig hinzustellen. In der bürgerlichen Presse wurde Ende voriger Woche von der Beendigung des Streikes gesprochen, es hieß, daß sich genügend Arbeitswillige gefunden hätten, daß der Zutrom aus der Provinz so zugenommen habe, daß man alle freien Plätze besetzen konnte. Wer über den Stand der Dinge nicht besser orientiert war, mußte glauben, daß der Streik verloren gegangen oder im Sande verlaufen sei. In den Rundschreiben an die Klemmpnermeister wurde ein ähnlicher Ton angeschlagen.

In dem Rundschreiben Nr. 9, datiert vom 13. Mai, heißt es: „In einer am 12. Mai er. abgehaltenen Versammlung der Zentrale der Klemmpner-Gewerke, an welcher auch die Vorstände der übrigen angeschlossenen Verbände teilnahmen, wurden über den gegenwärtigen Stand des Lohnkampfes eingehende Besprechungen gepflogen. Obwohl man hätte annehmen können, daß nach bereits sechswochenlanger Dauer des Streiks aus den Reihen der Arbeitgeber Wünsche nach Einleitung von Vergleichsverhandlungen laut werden würden, ergab sich doch aus der Diskussion die einstimmige Meinung aller Versammelten, daß an der bisher geübten Taktik unverändert festgehalten werden müsse und daß der Kampf bis zur völligen Niederlage der Arbeitnehmer fortzuführen sei. Es gereicht uns zur besonderen Freude mitteilen zu können, daß in dem gegenwärtigen Lohnkampfe die Meisterschaft ihre Interessen mit einer betriebligen Einigkeit verteidigt, wie dies noch in keinem der früheren Kämpfe der Fall war, und liefern ja auch die Angaben der gegnerischen Presse den Beweis, daß von rund 1200 selbständigen Meistern nur 89, also zirka 7 Proz., die Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt haben. Aber der Wert selbst dieser geringen Ziffer wird noch erheblich vermindert durch die Tatsache, daß unter den erwähnten 89 Meistern sich 80 befinden, die nur einen oder gar keinen Gesellen beschäftigen.“

Weiter wird dann gesagt, daß „die Zahl der Arbeitswilligen in den letzten vier Tagen rapid gestiegen ist“ und daß es in den nächsten Wochen gelingen werde, die Betriebe ohne Berücksichtigung der Organisierten voll zu besetzen.

Demgegenüber reden die Tatsachen in einer ganz anderen Sprache. Bis jetzt sind 97 Firmen dem Tarifvertrage der Arbeitnehmer beigetreten. Diese 97 Firmen beschäftigen etwa 60 Klemmpner mehr, als diejenigen Firmen beschäftigt haben, bei denen noch gestreikt wird. Von 1200 Meistern zu sprechen ist lächerlich, da es wohl kaum soviel Bauklemmpner gibt. Und gerade unter denen, wo noch gestreikt wird, befinden sich viele kleine Meister. Hebrigen kam zwei Tage nach der Herausgabe des erwähnten Rundschreibens die Anfrage an den Verband, ob er zu Verhandlungen bereit wäre. Die Antwort lautete bejahend, unter der Voraussetzung, daß Aussicht bestände, die Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen. Die Streikleitung war zuversichtlich, denn sie hatte festgestellt, daß die Zahl der Arbeitswilligen sogar im Abnehmen begriffen war. Am Montag nachmittag erhielt sie eine Telephonbotschaft, am nächsten Freitag zu Verhandlungen zu kommen. Die Einladung wurde angenommen und es bleibt abzuwarten, ob eine Einigung zu erzielen ist. Die Arbeiter sind sich klar darüber, daß sie nicht so sehr mit den Klemmpnermeistern als mit dem Unternehmerfaktel im Baugewerbe zu kämpfen haben. Wie die Situation gegenwärtig liegt, können die Arbeiter damit zufrieden sein. Sie dürfen sich durch die Aussicht auf die kommenden Verhandlungen aber nicht verleiten lassen, in ihrem Eifer zu erlahmen.

Der Kampf muß fortgeführt werden, bis er zur endgültigen Entscheidung gekommen ist.

Achtung! Lederarbeiter! Der Streik bei der Firma Gebrüder Schlägel, Lederfabrik Lichtenberg, dauert unverändert fort. Zugzug von Lohgerbern, Zurechtern und Hülsarbeitern ist streng fernzuhalten. Verband der Lederarbeiter Deutschlands. Filiale Berlin II.

Achtung! Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen. Wegen Nichtanerkennung des Tarifs ist die Firma Gebr. Hein bis auf weiteres gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Achtung, Klemmpner! In der Warmwasserapparate- und Badofenfabrik von Junkers u. Co., Dessau, wurden seit Monaten sämtliche Berufe durch Affordpreisfällungen beunruhigt. Dabei ging die Betriebsleitung namentlich in den letzten Wochen gegen die Klemmpner in der rigorossten Weise vor. Die Klemmpner waren bemüht, auf legalem Boden eine Verhandlung zu erlangen. Der Versuch scheiterte am Starrsinn des Direktors. Am Freitag, den 14. Mai, entließ man plötzlich unsere beiden Vertrauensmänner. Daraufhin reichten sämtliche 43 Klemmpner zur selben Stunde die Kündigung ein. Die Firma bemüht sich in vielen Blättern, namentlich der Postpresse, Klemmpner nach hier zu ziehen. Wir können nicht dringend genug warnen davor, auf die Gesuche der Firma hereinzufallen. Zugzug von Klemmpnern ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltung Dessau.

Dachbedeckungssperren. Am 1. April d. J. war ein im Accelfelder Dachdeckerwerk gütlicher Tarif abgelaufen und sollte nun in Verhandlungen über Verlängerung desselben eingetreten werden. Die Unternehmer suchen die ungünstige Konjunktur auszunutzen und eine Lohnreduktion durchzusetzen und zwar in der Weise, daß der Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde für Ueberlandarbeit wegfallen soll. In dem Tarif war weiter vorgeesehen, daß die jungen Gesellen von 19 Jahren den Volohn von 55 Pf. erhielten. Diesen Gehältern soll auch der Lohn um 5 Pf. gekürzt werden.

Mit einer solchen Verringerung des Tarifs waren die Gehilfen nicht einverstanden und als ein Unternehmer die Lohnreduktion vornahm, wurde dessen Betrieb gesperrt. Die Unternehmerorganisation veranlaßte darauf ihre Mitglieder, sämtliche Dachdeckergehilfen auszusperren. Einen Vertreter der Gehilfenorganisation liehen die Unternehmer zu den Verhandlungen nicht zu, sie gaben der Meinung Ausdruck, der „berche“ die Leute. Eine Einigung war mit den Unternehmern nicht zu erzielen, weil sie strikte auf ihrem Standpunkte, die Löhne in der oben bezeichneten Weise zu kürzen, beharren. Sie erklären kurz und bündig, der Tarif wäre ihnen in der Form von den Gehilfen aufgezwungen worden. Jetzt wären sie in der günstigeren Position und würden die Änderungen durchsetzen.

Bei einer derartigen Auffassung ist an eine baldige Beendigung des Kampfes nicht zu denken und ist Zugzug von Dachdeckern fernzuhalten.

Durch den Streik der Sandsteinarbeiter, die um eine geringe Aufbesserung ihrer Löhne kämpfen, soll nach den dem Vorsitzenden der Steinarbeiter gegenüber vom Stadtbaurat Möbius gemachten Äußerungen die Stadt Gemann in eine Kasse gekommen sein. Die Steinmetzarbeiten zum Bau einer Schule sind nämlich vom Rate im Betrage von 40 000 M. nach auswärts, und zwar nach Kirchheim in Baden, vergeben worden. Tagesan hatte der Vorstand der Steinarbeiter Vorstellungen erhoben, da das Verhalten des Rates einem Eingriff in den Stand des Streiks zugunsten der Unternehmer so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Der Rat ist mit der Aufgabe der Bestellung nach auswärts von seiner Praxis, städtische Arbeiten am Platze anfertigen zu lassen, damit der Verdienst hier bleibe, abgegangen. Dadurch sind natürlich die Unternehmer in ihrem Widerstand gegen die Bewilligung der minimalen Forderungen noch bestärkt worden. Diese könnten aber leicht bewilligt werden, denn bei der Kalkulation haben die Unternehmer die neuen Preise zugrunde gelegt. Ein Unternehmer hat die Forderungen auch ohne weiteres bewilligt. Anstatt nun vermittelnd bei den Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen, gibt der Rat einfach die große Arbeit nach auswärts und bringt sich damit bei dem größten Teile der Bevölkerung in den Verdacht der einseitigen Parteinahme zugunsten der bestreikten Unternehmer. So liefert der Rat einen neuen Beweis seiner so oft von ihm gerühmten Arbeiterfreundlichkeit.

Ein Streik der Maurer ist in Oberlohan bei Hof ausgebrochen. Der Grund ist die Weigerung der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen dem in Hof abgeschlossenen Tarif anzupassen — ein nur gerechtfertigtes Verlangen, da die Lebensverhältnisse in beiden Orten die gleichen sind.

Berichtigung.

Infolge undeutlicher Schrift in dem uns zugegangenen Meistert-Manuskript des Vergleichs zwischen dem Metallarbeiterverband und der Organisation der Solinger Stahlwarenarbeiter hat sich in den beiden letzten Heften des Punkts 4 der Vergleichsbedingungen ein Fehler eingeschlichen. Es muß dort nicht heißen: „... sich der Erklärung der Angeklagten zu 3 und 3 anschließen.“ sondern: „... sich der Erklärung des Angeklagten Ern zu 3 anschließen.“

Ausland.

200 Dockarbeiter in Lorient sind in den Ausstand getreten. Zwei Dampfer, welche im Hafen liegen, konnten ihre Ladung nicht löschen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nicht hoffähig.

Samburg, 18. Mai. (W. S.) Das Heineckenmal auf Korsu soll nach einer Meldung der „Neuen Hamburger Zeitung“ vom Hofmarschallamt für 10 000 M. an den hiesigen Verlagsbuchhändler Julius Kampe verkauft worden sein. Herr Kampe beabsichtigt, dem Senat das Denkmal zur öffentlichen Ausstellung anzubieten. Sollte das Anerbieten abgelehnt werden, so gelangt das Monument auf der Besichtigung des Herrn Kampe bei Blankensee zur Ausstellung.

Bei einer Pulverexplosion verwundet.

Kiel, 18. Mai. (W. Z. V.) In die Kadetten-Kasernen wurden heute nachmittags drei Matrosen eingeliefert, die bei einer Pulverexplosion in einem Schuppen der Torpedoinspktion verwundet wurden. Von den Verwundeten sind zwei schwer, einer leicht verletzt.

Vom Feuer zerstört.

Lille, 18. Mai. (W. Z. V.) In einem Alkohol- und Getreidelager auf dem Boulevard Liberté brach ein Brand aus, der einen überaus großen Umfang annahm, fünf Gebäude sind völlig niedergebrannt; der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Kingston (Jamaika), 18. Mai. (W. Z. V.) Der hiesige Ringtänzer ist durch Feuer zerstört worden.

Das Urteil in der Affäre Herzgenstein.

Terijalli (Finnland), 18. Mai. (W. Z. V.) In Rovineb fand heute eine Gerichtsverhandlung statt, in der über die Affäre der Ermordung Herzgensteins verhandelt wurde. Polonow wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, wobei ihm fünf Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden. Das Gericht beschloß ferner, den Präsidenten des Verbandes acht russischer Leute Dubrobin auf den 10. Juli vorzuladen, damit er Erklärungen in dieser Angelegenheit abgibt.

Reichstag.

260. Sitzung vom Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg. Die Verne Herrereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika betr. den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Bezüglich des Ausführungszwanges von Patenten sind die Meinungen innerhalb der Industrie geteilt; die Begründung hätte uns eine Uebersicht geben sollen, welche Industrien davon Vorteil, welche Schaden hätten. Ebenso wäre es gut gewesen, wenn uns etwas Authentisches darüber mitgeteilt wäre, ob in Amerika Neigung besteht, dem englischen Beispiel folgend den Ausführungszwang gesetzlich festzulegen. — Erwünscht wäre auch eine längere Kündigungsfrist. Wenn wir dem Vertrage zustimmen, so tun wir es unter der Voraussetzung, daß durch erhöhte Prohibitivzölle in Amerika nicht der Sinn des Vertrages illusorisch gemacht, der Vertrag geradezu umgangen wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Das Abkommen sichert beide Teile dagegen, daß durch die Ausfuhr oder rigorose Anwendung des Ausführungszwanges der Verkehr gestört wird. Das Internationale Patentrecht soll auf der Grundlage des Abkommens ausgebaut werden.

Damit schließt die Diskussion. Das Abkommen wird angenommen.

Das Ranzgesetz wird in dritter Beratung debattelos angenommen, ebenso das Waalgesetz, nachdem

Abg. Krenndt (Sp.) erklärt hat, er werde dagegen stimmen, weil die Interessen des Reiches gegenüber den Aktionären der Reichsbank nicht genügend gewahrt sind.

Debattelos wird dann in dritter Beratung das Gesetz betreffend die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und des Hinterbliebenenversicherungsfonds angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Abg. Dr. Struwe (fr. Vg.): Obwohl unsere Anträge in zweiter Lesung abgelehnt sind, werden wir dem Gesetz zustimmen in der Erwartung, daß es wirklich als Viehseuchengesetz angewendet und nicht zu künstlichen Grenzsperrern benutzt wird. Redner polemisiert dann gegen den Abgeordneten Dr. Hahn, der bei der zweiten Lesung behauptet habe, die deutsche Landwirtschaft könne Deutschland allein ernähren, und der den Liberalen vorgeworfen hat, bei den Wahlen redeten sie den Leuten nach dem Mund. Ferner hat Herr Dr. Hahn behauptet, in der bekannten Versammlung der Wirtschaftsexperten habe Professor Wagner die Unruhe selbst hervorgerufen, indem er nicht die höfliche Anrede „Sie“ gebrauchte, sondern sagte: „Ihr wollt nicht bezahlen“. Das widerspricht nach einem Briefe Professor Wagners der Wahrheit. (Hört! hört! bei den Freijüngern.)

Abg. Dr. Hahn (l.): Ich war in der Versammlung nicht zugegen und habe auch nur gesagt, mir ist das so mitgeteilt worden. Mein Gewährsmann war Herr v. Bodelschwingh, der sich vielleicht verfehlt hat. Im übrigen bleibe ich bei meinen Darlegungen: Die wirtschaftliche Blüte Deutschlands ist zurückzuführen auf die Politik des Bundes der Landwirte. (Gelächter links.)

Abg. Stolte (Soz.):

Für die Bölle auf Futtermittel ist keineswegs die ganze Landwirtschaft eingetreten, wie Dr. Hahn behauptete. Es kann auch niemals dahin kommen, daß die deutsche Landwirtschaft den ganzen Bedarf Deutschlands deckt. (Sehr richtig! links.) Die Politik des Bundes der Landwirte hat keineswegs Deutschland zur Blüte gebracht, sondern sie hat die kleinen Landwirte, welche Futtermittel brauchen, sehr erheblich geschädigt. (Sehr richtig! links.) Herr Hahn sagte, die Industrie und Landwirtschaft seien durch die Zollgesetzgebung in den Stand gesetzt, den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Die Löhne sind aber keineswegs in dem Verhältnis der gestiegenen Preise gestiegen. (Sehr richtig! links.) Am wenigsten in der Landwirtschaft. Zu der Schädigung

der kleinen Landwirte durch die Politik des Bundes der Landwirte gefüllt sich die ungeheure Schädigung der Industrie, namentlich auch durch die Repräsentanten, die das Ausland unseren Schutzzöllen gegenüber angewendet hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (fr. Vg.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Hahn. Abg. Dr. Struwe (fr. Vg.) behauptet nochmals, daß Professor Wagner die Darstellung des Abg. Dr. Hahn brieflich zurückgewiesen habe. Professor Wagner hat auch an Herrn Hahn einen Brief geschrieben. Wäre ihm die Lokalität des Dr. Hahn ganz zweifellos erschienen, so hätte er wohl nicht auch noch an den Abg. Fegter geschrieben.

Abg. Dr. Hahn (l.): Diese Unterstellung ist doch ganz unerhört. (Zustimmung rechts. Abg. Ledebour (Soz.): Sie Unschuldswurm!) Deutschlands wirtschaftliche Lage wäre noch besser, wenn der Schutz der Landwirtschaft nicht durch die unglückselige Capivi-Periode unterbrochen wäre. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.) wendet sich gegen diese Auffassung.

Abg. Dr. Struwe (fr. Vg.): Professor Wagner scheint Herrn Hahn genau zu kennen; ohne den Brief an uns wäre die Angelegenheit über den für die Konservativen blamablen Vorgang bei den Wirtschaftsexperten hier heute nicht zur Sprache gekommen.

An der weiteren Debatte über den Professor Wagner und die Schutzpolitik, die der Vizepräsident Dr. Baasche mehrmals vergeblich zum Viehseuchengesetz zurückzuführen versucht, beteiligen sich die Abgeordneten Dr. Köfide (l.), Fegter (fr. Vg.), Dr. Hahn (l.), Gothein (fr. Vg.), Bachhorst de Wente (natl.). Dann schließt die Generaldiskussion und das Gesetz wird ohne Spezialdiskussion en bloc angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs gegen den unlauteren Wettbewerb.

Die ersten Paragraphen werden debattelos angenommen.

Bei § 3 begründet

Abg. Dove (fr. Vg.) einen Antrag, die gestrichelten Worte „tatsächlicher Art“ wieder herzustellen.

Abg. Koerni (Z.) bittet, es bei dem gestrigen Beschluß zu belassen.

Geheimrat Dungs: Die verbündeten Regierungen halten ebenfalls den von dem Abg. Dove gestellten Antrag für gerechtfertigt.

Der Antrag Dove wird gegen die Stimmen der Linken mit Ausnahme einiger Nationalliberalen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird mit einem Antrage Dr. Junz (natl.), wonach das Gesetz am 1. Oktober 1909 in Kraft tritt, debattelos angenommen.

Der Bericht der Reichsschuldenkommission vom 10. März 1908 wird nach einer längeren Rede des Berichterstatters Dr. Görde (natl.) debattelos genehmigt, ebenso in zweiter Lesung die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1906.

Es folgt die zweite Lesung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen und südwestafrikanischen Schutzgebietes für 1901.

Die Rechnungskommission beantragt, die Etatsübersichtungen zu genehmigen unter Voraussetzung von a) 192 800 M. für den Bau eines Festungs nebst Ufermauer, b) 127 400 M. für die Herstellung eines Rosenquarterns im Etat für Südwestafrika.

Abg. Dr. Görde (natl.) befürwortet den Kommissionsantrag und tadelt scharf das Verhalten der Verwaltung in dieser Angelegenheit. Wenn jetzt einem — nicht mehr im Reichsdienst stehenden — Ingenieur die Schuld zugeschoben wird, warum hat man diesen denn nicht beizzeiten regreppflichtig gemacht? (Zustimmung.)

Staatssekretär Dernburg: Die Rechnungskommission des vorigen Reichstages hat Decharge erteilt. — Man hatte geglaubt, in Swatopung mit einer leichten Pinasse auszukommen; die starke Dämmung aber zur Anschaffung eines schweren Fahrzeuges, und diese Anschaffung zwang wieder zur Uebersetzung an den Hasenbäumen. Die Frage ist nun: gehört der Quercorn zur Rolle oder ist er ein selbständiger Bau? Im ersten Falle liegt eine Ueberschreitung nicht vor, wohl aber im zweiten. Die Kommission des vorigen Reichstages hat den ersten Fall, die des jetzigen den zweiten Fall angenommen. Es mag eine Unvorsichtigkeit vorliegen, aber dann ist sie bona fide geschehen. Die gegenwärtige Verwaltung trifft jedenfalls keine Schuld. — Es ist ganz richtig, wenn die Kommission durch strenge Beschlässe die Beamten zur Vorsicht in Geldausgaben mahnt; aber andererseits darf — Ab-

geordneter Größe selbst hat diesen Grundfah in der Kommission ausgesprochen — die Initiative der Beamten nicht gelähmt werden. Wenn ein Prozeß gegen den jetzt in China weilenden Erbauer des Quercorns angestrengt wird und der Fiskus fällt dabei herein, so wird das Gegenteil des von der Kommission gewollten Zweckes erreicht. Ich möchte — auf die Gefahr hin, als unbedenklicher Ratgeber zu erscheinen — den Reichstag vor einem Schritt warnen, der möglicherweise ein Schlag ins Wasser ist.

Abg. Erzberger (Z.): Der Abgeordnete Görde hat in dankenswerter Weise und ganz unvorderlich dargelegt, wie unter der früheren Verwaltung das Geld in den Kassen verpulvert worden ist. Es ist erfreulich, daß endlich die Kommission gegen den groben Unfug einschreitet. Und da kommt nun der Staatssekretär und führt hier den präzisesten Vortritt auf, den wir je erlebt haben. (Heiterkeit.) Was will das sagen, daß die Rechnungskommission zwei verschiedene Beschlässe gefaßt hat? Die Rechnungsprüfung ist eben in den letzten Jahrzehnten — erfreulicherweise! — eine schärfere geworden. Hier handelt es sich nicht um persönliche Zu- und Abneigung, sondern um die Wahrung des Budgetrechts des Reichstages. Die Initiative der Beamten soll in keiner Weise unterdrückt werden; sie darf aber die legitimen Grenzen nicht überschreiten. Geht es um die Wahrung des Budgetrechts der Beamten? In der Geschäftsordnungskommission bemüht man sich seit einem halben Jahre, ein Mehr an parlamentarischen Rechten zu erreichen. Was hilft das, wenn das allergeringste Grundrecht des Reichstages, das Budgetrecht, nicht geschützt wird. Ich bitte dringend, es beim Antrage der Kommission bewenden zu lassen. (Weißal im Zentrum und links.)

Staatssekretär Dernburg: Herr Erzberger hat selbst zugegeben, daß der betreffende Verrat, der den Rosenquercorn gebaut hat, in gutem Glauben gehandelt hat; wenn das zugegeben wird, ist ein Prozeß von vornherein aussichtslos. Mein Rat, einen Prozeß zu unterlassen, mag, wie ich schon sagte, ein unbedenklicher sein, aber er ist ein guter.

Abg. Dr. Görde (natl.): Der Staatssekretär ist ja ein geschickter Redner, aber diesmal hat er recht ungeschickt gesprochen.

Präsident Graf Stolberg: Wenn Sie „ungeschickt“ sagen, meinen Sie doch „wenig geschickt“. (Schalles Heiterkeit.)

Abg. Dr. Görde (fortfahrend): Daß ein Verrat unbewilligte Gelder verbaut, entspricht nicht unserer Auffassung der optima fides bei einem deutschen Beamten. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Erzberger (Z.): Böse Absicht können wir keinem Beamten unterstellen, denn wir sind nicht Richter, die ein Urteil abgeben; wir haben nur zu fragen, ob der Tatbestand dem Budgetrecht des Reichstages entspricht oder nicht, und wenn letzteres der Fall ist, haben wir die Ausgaben zu beanstanden.

Staatssekretär Dernburg: Ich habe schon gesagt, daß ich die Handlung des Beamten für unzulässig halte, und daß ich es für richtig halte, daß der Reichstag dagegen Stellung nimmt. Ob man den Beamten regreppflichtig machen soll, ist lediglich eine Opportunitätsfrage, die ich für mich in einem anderen Sinne beantwortet, als die Herren geneigt scheinen. Die Herren haben ja zweifellos bei dem Bau Fehler gemacht. (Abg. Ledebour (Soz.): Trotz der vielen Examina! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Machen Sie, bitte, keine Zwischenrufe, das wäre böse. (Abg. Ledebour (Z.) Ich habe nur ein paar Worte gesagt; spielen Sie doch keine Komödie!)

Präsident Graf Stolberg: Ich rufe den Abg. Ledebour zur Ordnung!

Staatssekretär Dernburg (fortfahrend): Aber eine gerichtliche Verfolgung der Beamten halte ich nicht für opportun.

Abg. Ulrich (Soz.):

Der Staatssekretär hat selbst zugeben müssen, daß das Etatrecht des Reichstages verletzt ist. Weiter sagte er dann aber, die Bauten hätten doch ausgeführt werden müssen und man dürfe durch Annahme unseres Antrages die Initiative der Beamten nicht beeinträchtigen. Das wollten wir auch nicht. Wir haben den Gaul vielmehr nach einer ganz anderen Seite geritten. (Große Heiterkeit.) Wir haben gerügt, daß der Beamte außerordentlich Gelder verausgabt hat und 1 1/2 Jahre lang nichts davon an die Zentralverwaltung berichtet hat. Der Referent Herr Schwarz sagte in der Kommission, es sei für ihn außer Zweifel, daß der Bau in anderer Weise ausgeführt wäre, wenn an die Verwaltung berichtet worden

„Was, das einzige Vergnügen, die Dienstreifen, gönnt einem der Minister auch nicht mehr? Ja, was ist denn da zu tun? Auf dem Bureau sitzt man ja vor Langeweile!“

Der verzweifelte Bernhard. Bülow (dem ein Zentrumsparthei rechts, ein Junker links auf die Hüften geritten): „Aber, meine Herren, wenn Sie schon mir auf die Hüften geritten, dann wenigstens nicht gleichzeitig — ich kann doch nicht gleichzeitig nach zwei Seiten meine Dankesverbeugung machen!“

In den Gewölben der „Bank von England“. „Schreiben Sie den Jungtürken, daß wir das Depot Abdul Hamids nicht herausgeben, und schicken Sie eine Kopie des Briefes an sämtliche europäischen Monarchen!“ „Warum das, Herr Direktor?“ „Weil sie sämtlich angefragt haben!“ (Jugend.)

Notizen.

— George Meredith, ein englischer Dichtersmann, ist — 81 Jahre alt — gestorben. Sein Schaffen ist mehr durch Quantität als durch Qualität ausgezeichnet. Novellen und Romane (einbändige, zweibändige, dreibändige) hat er in unheimlicher Menge geschrieben, desgleichen Gedichte, literarische und künstlerische Abhandlungen usw. Vor nunmehr dreißig Jahren hat der „große Psychologe“ durch die „Satire“ „The tragic comedians (Tragische Komödianten) von sich reden gemacht: ein Buch, in dem Meredith einen, den er nicht verstand, nämlich Ferdinand Lassalle, ironisieren wollte. Dieser Versuch mußte schon um deswillen kläglich scheitern, weil es mit den Ergebnissen präziswissenschaftlicher Lassalle-Forschung damals noch nicht allzuweit her war.

— Die Emser Depeche. Emile Ollivier, einstmaliger Ministerpräsident Napoleons III., behandelt zurzeit in der „Revue des deux Mondes“ die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71. Der Mann ist jetzt 81 Jahre alt — er steht mit einem Fuß im Grabe. Da pflegt man's mit der Wahrheit zu halten. . . Ollivier erzählt unter anderem, wie Bismarck die Emser Depeche fälschte — der galante Franzose nennt's „arrangieren“ —, um unter allen Umständen den Krieg herbeizuführen. Bald werden die Herrschaften, die Wilhelm Viehnecht und die Sozialdemokratie am liebsten gesteinigt hätten, als diese die Bismarcksche Depechenfälschung beim rechten Namen nannten, dem „Heros“ als bewundernswürdige Grothat anrechnen, was sie bisher — als eine Schandung seines Namens — weit von ihm wiesen.

— Der Kölner Dom befindet sich, wie der Dombaumeister Regierungsrat Hertel gestern (Dienstag) abend in der Generalversammlung des Zentraldombaumeistervereins berichtete, in einem sehr schlechten Zustande. Zwar soll der Kern des Bauwerks in allen Teilen gesund und fest sein, aber doch rechnet man damit, daß die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten viele Millionen Mark erfordern werden! — Da kann es ja, wie Anno dajamal, ein recht's Sänerer und ewiges Herumbasteln an dem Kölner Riesen geben. . .

Kleines feuilleton.

Leopold versteigert weiter. . . Noch ist der Skandal in Erinnerung, den Leopold von Belgien mit nutziger Umgehung aller Familienkonventionen durch die Versteigerung der Wälsche und der Schmuckstücke der Königin Henriette hervorrief, und schon bringt dieser geschäftstüchtige aller europäischen Monarchen die lokalistischen Gemüter aufs neue in Verlegenheit und Aufregung. Aber Leopolden sieht das nicht an. Er ist eben dabei, den höchsten Teil seiner Gemälde, wertvolle Rubens's, Dobbemans, van Dyck's zu verkaufen.

Da der alte Skandal nun dank seiner gründlichen Kongoausplünderung nicht gerade in Gelbnot ist, so fragt die öffentliche Meinung besonders neugierig nach den Beweggründen zu seinem letzten Handreich. In der Tat dürfte das Motiv weit weniger Leopolds Geldgier sein als vielmehr seine geringe Sympathie für seine Familie, der er die 250 kostbarsten Gemälde seiner Sammlung nicht hinterlassen will! Rett an der Geschichte ist ja, daß Leopold, von dem seine Lobredner immer preisen, daß er das Meiste aus dem Kongo geraubte Geld zum „Besten der Nation“ (nämlich zu geschmacklosen Bauten!) verwende, jetzt daran ist, Werke, die den Ruhm nationaler Kunst darstellen, an amerikanische Snobs zu verschachern. Der Katalog — es geht alles wie bei einem richtigen Geschäft zu! — ist eigens in englischer Sprache gedruckt, und damit die reichen Amerikaner keine Schwierigkeiten haben, wird das Verzeichnis ihnen direkt ins Haus geschickt!

Arme Belgier! Erst haben sich die Destrierer und Spanier bei ihrem Abschied aus Belgien die edelsten Kunstwerke zum Andenken mitgenommen, und jetzt verschachert ihr eigener „Landesvater“ die nationalen Kunstschätze!!

Musik.

Königl. Opernhaus: „Ein Wintermärchen“. Oper von Karl Goldmark. Die Oper „Ein Wintermärchen“, die am Montag im Königl. Opernhaus zum erstenmal für Berlin (nicht als bloße Reueinstudierung) gegeben worden ist, bringt uns einen Skorpionisten in Erinnerung, den vielleicht viele nicht mehr unter den Lebenden oder wenigstens nicht mehr unter der Tüngen suchen. — Karl Goldmark, am 18. dieses Monats in sein 80. Lebensjahr tretend, hatte seit 1875 mit seiner „Königin von Saba“ einen Weltserfolg errungen, den er seither nicht mehr einzuholen vermochte. In Berlin freuten das Gedächtnis an ihm einige Neu-Einstudierungen des sympathischen „Heinrich am Herbe“ auf. Dem Herzen des Musikfreundes kommt er wohl am nächsten durch seine zwei Symphonien „Ländliche Hochzeit“. Den Operntext, den der Wiener Dramatiker A. W. Willner nach Shakespeares „Wintermärchen“ verfaßt hat, komponierte Goldmark vor zwei oder drei Jahren.

Das klassische Vorbild führt uns die Beschämung der Eifersucht eines Königs vor, der seine Gattin und sein Töchterchen verheißt, aber nach 16 Jahren die Tochter und die unehelbige Gattin wiederfindet, die ihm erst als Statue gezeigt wird. Der Bearbeiter hat

die lustspielartigen Bestandteile des Urwerkes und den Prosa-Dialog fallen lassen, die Veremache mannigfaltiger, die lyrischen Stimmungen stärker, den Zusammenhang des Schlußes undeutlicher, aber die Auflösung der Statue mit Recht reichhaltiger gemacht, so daß hier die alte Schwierigkeit, aus einem Drama eine Oper zu gestalten, verhältnismäßig gut überwunden ist.

Der Komponist gehört nicht zu den großschöpferischen Naturen, wohl aber zu denen, die viel Mittel aufbieten, um ähnliches wie jene zu erreichen. Eine starke Geschicklichkeit, der man allerdings die Verwendung sehr typischer Saphirer anmerkt, ermöglicht ihm eine Art Hinaufsteigerung, die so lange als Ersatz eines natürlich quellenden Vornes gelten kann, bis sie gerade bei einem Höhepunkte versagt. Am interessenlosesten entfaltete sich Goldmarks Geschicklichkeit beim Anblide der Statue, bei deren Aufleben freilich der Komponist wieder die Größe der Punkte schuldig bleibt. Anders im mittleren der drei Akte: hier bewährt sich der Schöpfer der „Ländlichen Hochzeit“ durch eine musikalische Idylle, die nicht hinauffraucht, manches sogar zur simplen Einfall hinunterschaubt; hier wird uns auch das Geschmacklose der sonst unangenehm harten Klangfarben erspart, die namentlich die Bläser und die hohen Singstimmen in eine schwarrende, freischwebende Höhe treiben, der gegenüber die Instrumentierung eines weit größeren Ueberschusses, Wehrbeers, uns als ein wohlthuendes Muster von milder Farbgebung in Erinnerung kommt.

Der Erfolg beim Publikum war so geteilt, daß die jugendlichen Auser nach dem Komponisten über die Jücker und Gleichgültigen nicht sagen konnten. Um so lebhafter wandte sich die Günst des Publikums den Ausübenden zu. Wer ein paar Jahre nicht in unserem Opernhaus war, findet vorwiegend neue Leute. Die Tenore Kirchhoff und besonders MacLennan wurden mit den anstrengenden Höhenlagen verhältnismäßig gut fertig; Bischoff entfaltete einen klangreichen Bariton, und einigen Bässen würden nur bessere Partien zu wünschen sein. Im Stimmklang bewährte sich besonders der solistischartige Sopran von Fr. Hempel, im dramatischen Ausdruck besonders der Mezzosopran von Fr. Ober, und Fr. Rose fiel durch eine vorsichtige Behandlung ihres für eine „jugendlich Dramatische“ nicht sehr vollen Stimmumfangs und noch mehr durch ihre schauspielerischen Bemühungen auf. Daß wir uns des Orchesters — unter dem Dirigenten Dr. Rud. — wiederum recht erfreuen konnten, bedarf um so eher einer Betonung, als besonders die Bläser undankbare Mäßen aufbieten mußten.

Das Beethoven-Haus zu Bonn hat, wie uns von dort geschrieben wird, am 16. Mai, dem Tage, an welchem in Bonn das erste Konzert des diesjährigen Beethovenfestes stattfand, eine überaus kostbare Schenkung erhalten: die Originalhandschrift des Rondino in Esdur (für 2 Oboen, 2 Klarinetten, 2 Hörner und 2 Fagotte), das Beethoven höchstwahrscheinlich als ganz junger Mann zwischen (1785 und 1790) noch in seiner Bonner Zeit komponiert hat. Die Kenner der Partitur versichern, daß die Musik zu dem kleinen Welt alle Merkmale des frühen Beethoven aufweist.

Humor und Satire.

Die Dienstreifen. Zwei prächtige Geheimräte standen in eifrigem Gespräch beieinander.

wäre. Danach hat die Verwaltung gar kein Recht, sich hier auf das hohe Ross zu setzen (Schallende Heiterkeit) und so zu tun, als ob gar nichts vorläge. Der Staatssekretär meinte, es genüge schon, daß wir in der Rechnungs-Kommission den Antrag gestellt hätten; das würde eine gute Wirkung haben. Vielmehr wird das Gegenteil eintreten müssen, wenn wir den Antrag ablehnen. Die Beamten werden sich dann sagen, der Reichstag ist ja damit einverstanden, daß wir Hunderttausende ausgeben, ohne die Zentralverwaltung zu fragen. Wir bauen dann eben so lange, bis wir im Sande stehen und nicht mehr herauskommen, und dann berichten wir an die Verwaltung. Der Staatssekretär beruft sich auf die frühere Rechnungs-Kommission. Das ist das Steckenpferd, das er reitet. (Große Heiterkeit.) Aber die Anschauungen der früheren Kommission sind jetzt nicht mehr maßgebend. Wenn die früheren Rechnungs-Kommissionen alles haben durchgehen lassen, so war das ihre Sache. Wir meinen heute, wenn wir das Budgetrecht des Reichstages wahren wollen, müssen wir gerade in der Rechnungs-Kommission genauer prüfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Es handelt sich nicht bloß um diese beiden Posten. Zunächst finden wir in allen Rechnungen immer dieselben Eigentümlichkeiten, Fondsverwechslungen, Staatsüberschreitungen, Angreifen des Reservefonds. Das ist bei den Verwaltungen gang und gäbe und damit glauben Sie den richtigen Gaul zu reiten. (Heiterkeit.) Es ist nicht richtig, daß die Zentralverwaltung hierbei die auswärtigen Beamten best. Daß sie sagt, es kostet ja allerdings viele Millionen, aber wir haben ja dazu. Wir werden uns bei den Bahnbauten noch über ganz andere Dinge unterhalten müssen, da wird es sich um Millionen handeln. Und deshalb muß dem Staatssekretär schon hier bei der ersten Sache klar gemacht werden, daß wir auf seinen glatten Schmus nichts geben. (Große Heiterkeit.) Präsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie, einen anderen Ausdruck anzuwenden. Der Staatssekretär macht in jeder Kommissions-Sitzung den Versuch, die Handlungen der Beamten so hinzustellen, als ob nichts von Bedeutung vorläge, und sucht die Kommissionsmitglieder mit glatten Redewendungen einzuwickeln. Aber dazu lassen wir uns nicht gebrauchen. (Lebhaftes Zustimmung.) Es muß hier deutlich erklärt werden, daß wir diese Art der Rechnungslegung nicht für gut halten. Was muß denn die ganze Staatsberatung, die monatliche Arbeit in der Budget-Kommission, wenn wir nachher immer wieder das Trifolium finden: Staatsüberschreitungen, Fondsverwechslungen, Verwendung des Reservefonds. Zu liebenswürdigen Redewendungen und Stillbürgen ist die Zeit nicht angebracht. Wir müssen hier feststellen, daß wir mit dieser Wirklichkeit ein Ende machen wollen. Und die Beamten müssen sich sagen, daß sie vorsichtiger zu sein haben. Wer das wünscht, muß dem Antrag der Kommission zustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.
Abg. v. Derksen (Sp.) (zur Geschäftsordnung): Wir werden in der zweiten Lesung dem Antrage der Kommission zustimmen, wir behalten uns aber vor, in der dritten Lesung einen Antrag einzubringen, durch welchen wir die Staatsüberföhrung zwar mißbilligen, es aber ablehnen, eine gerichtliche Verfolgung der Beamten eintreten zu lassen.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.
Abg. Ledebour (Soz.): Der Erfolg des Herrn Dernburg! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Tagesordnung ist erschöpft.
Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, (Interpellation Bachmaier und Genossen (fr. Bg.) betreffend Veränderung der medlenburgischen Verfassung.)

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß sieben eine telegraphische Einladung des Oberbürgermeisters von Stuttgart eingetroffen sei, die Mitglieder des Reichstages mögen gelegentlich der Besichtigung des Juppelinschen Luftschiffes auch die Stadt Stuttgart besuchen. (Bravo.)

Darauf schließt der Präsident mit dem Wunsche für fröhliche Feiertage die Sitzung.
Schluß 5¹/₂ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung, Dienstag, den 18. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Delbrück, v. Freitenbach.
Zunächst wird der Köhlerbrand-Vertrag in dritter Lesung mit der Veränderung angenommen, daß die Vereinigung von Reus mit Wilmshausen nicht am 1. April 1910, sondern am Tage des Verlöbendens des Gesehes erfolgen soll.

Hierauf wird das Gesetz, betreffend den Bergwerksbetrieb ausländischer juristischer Personen und den Geschäftsbetrieb außerpreussischer Gewerkschaften in dritter Lesung nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Novelle zum Berggesetz.

Die Beratung über die §§ 74 bis 77, die über die Aufsichtspersonen, ihre Qualifikation usw. handeln, wird verbunden.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir haben hierzu eine Reihe Anträge gestellt. Zunächst wünschen wir, daß die Bergbehörde zu entscheiden hat, ob der einer Aufsichtsperson übertragene Geschäftsbereich die zulässige Grenze überschreitet und befugt ist, in jedem Einzelfalle entsprechende Anordnungen zu treffen. Der Herr Minister hat in der Kommission erklärt, es sei selbstverständlich Recht und Pflicht der Bergbehörde, darüber zu wachen, ob die einzelnen Aufsichtspersonen den Umfang von Geschäften erledigen könnten, der ihnen übertragen werde. Wir halten es aber für besser, wenn das ausdrücklich im Gesetz festgelegt wird. Weiter beantragen wir, daß der verlangte Nachweis der Befähigung durch die Aufsichtspersonen als erbracht anzusehen ist durch Vorbringung eines Verzeichnisses des Oberbergamtes, in dem die Aufsichtsperson beschäftigt werden soll, oder durch das Zeugnis über eine bereits innegehabte gleichartige Stellung. Es entspricht das den Wünschen der technischen Bergbeamten, die sie dem Hause übermittelt haben. Nach den Bestimmungen des Entwurfes kann die Bergbehörde einfach, wenn es ihr nicht paßt, die Qualifikation verweigern. Dieser Willkür der Bergbehörde muß ein

Regel vorgehabend

werden. Weiter sind wir nicht einverstanden damit, daß der Vergewaltigungsbefugnis über die Entziehung der Qualifikation entschieden soll, sondern beantragen, daß gegen seine Entscheidung Rekurs an das Oberverwaltungsgericht zulässig ist. Das ist notwendig schon deshalb, weil ein Beamter, dem die Qualifikation entzogen ist, zweifellos in einem anderen Betriebe nicht mehr Arbeit findet. Ich verweise darauf, daß nach der Gewerbeordnung den Gewerbetreibenden und Rechtskonsulenten das Recht gegeben ist, bis zur höchsten Instanz wegen Entziehung ihrer Konzession oder Untertragung ihres Amtes zu klagen. Weiter halten wir es für notwendig, zu bestimmen, daß die Aufsichtspersonen nicht verpflichtet sind, Anordnungen der Bergbehörde, die den Betriebsplänen und den Vorschriften der Bergpolizei nicht entsprechen, auszuführen. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß den Beamten nicht etwa auf Grund der Weigerung, solche Anordnungen auszuführen, die Qualifikation entzogen wird. Im § 76 wird dann bestimmt, daß der Bergwerksbesitzer oder seine Vertreter verantwortlich sind, insofern sie durch Handlungen oder Unterlassungen den Aufsichtspersonen die Möglichkeit genommen haben, den ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen. Hier wünschen wir, daß hinzugefügt wird: insbesondere wenn sie die Aufsichtspersonen über das Interesse des Betriebes hinaus zum Strafdienst heranziehen. Es passieren in dieser Beziehung eigenartige Dinge; die Steiger sind gewissermaßen zur Laune und Willkür der Ver-

waltungen überlassen, denn wenn sie sich weigern, müssen sie ein schlechtes Zeugnis und die Entziehung der Qualifikation befürchten. Ich habe in Bezug auf die Heranziehung zu Strafdiensten eine ganze Reihe von Briefen aus den Kreisen der Steiger erhalten. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Köhling (natl.) erklärt, daß seine Freunde gegen alle Änderungsanträge, soweit sie nicht redaktioneller Natur wären, stimmen und an den nach langer Beratung in der Kommission zustande gekommenen Beschlüssen festhalten würden.

Abg. Bruch (Z.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Der Antrag, daß die Aufsichtspersonen nicht verpflichtet sind, den Vorschriften der Bergpolizei widersprechende Anordnungen auszuführen, ist selbstverständlich. Im übrigen glaube ich nicht, daß die Wünsche der Beamten so weit gehen wie die sozialdemokratischen Anträge.

Damit schließt die Besprechung.
Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge werden die §§ 74 bis 77 unverändert angenommen.

Es folgt § 80f, welcher lautet: „Auf Steinkohlenbergwerken, auf unterirdisch betriebenen Braunkohlen- und Erzkbergwerken sowie auf Kalifolbergwerken müssen, wenn darauf in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden, Sicherheitsmänner und ein Arbeiterausschuß vorhanden sein.“

Hierzu liegt ein Antrag Borgmann (Soz.) vor, die Worte „unterirdisch betriebenen“ zu streichen, sowie die Zahl „100“ zu ersetzen durch „30“.

Ferner liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der an Stelle der Sicherheitsmänner die Einführung von aus der Mitte der Arbeiter in unmittelbarer und geheimer Wahl zu wählenden Grubenkontrollleuren, die aus der Staatskasse zu besolden sind, fordert. Der Antrag enthält weiter nähere Bestimmungen über die Aufgaben der Arbeiterkontrollleure und ihre Wahl.

Die Abg. Bruch (Z.) und Gen. beantragen ebenfalls, die Worte „unterirdisch betriebenen“ im § 80f zu streichen.

Abg. Dr. Beumer (natl.): Die Sozialdemokraten berufen sich mit großem Vergnügen auf das geheime Protokoll einer Versammlung von Bergwerksbesitzern. Nach dem Budget-Kommissionar in Nürnberg kann man es verstehen, daß die Sozialdemokraten nach geheimen Protokollen suchen, in denen sich kraftvolle Worte finden. Gewundert hat mich aber, daß auch der freisinnige Abgeordnete Wolff-Lissa mit einem gewissen Behagen in dem Wasser dieses geheimen Protokolls plätscherte. (Heiterkeit.) Wenn unsere Fraktionsverhandlungen — ich nehme keine Partei aus — stenographiert und veröffentlicht würden, dann würde eine Ministerstürzerei an den Tag kommen, über die man sich im Lande wundern würde. Würde man dagegen die Verhandlungen des Staatsministeriums veröffentlicht lassen, so würde manches interessante Wort über uns Abgeordnete bekannt werden. Als man den Fürsten Bismarck einmal durch Lachen in einer Rede unterbrach, sagte er: „Lachen kann jeder. Sie glauben gar nicht, wie ich lache, wenn Sie nicht dabei sind.“ (Heiterkeit.) Also lassen Sie das Gerede von der Ministerstürzerei! Die Bergwerksbesitzer wollen allerdings Herren im eigenen Hause sein, aber nicht in dem Sinne, daß sie Sklavenhalter mit der Peitsche in der Hand sind, sondern in dem, daß sie die verantwortlichen Leiter der Betriebe bleiben. Die Sozialdemokratie will die Arbeiterausschüsse nur zu Parteizwecken benutzen. Auch in einem Buche der christlichen Gewerkschaften heißt es: „Erste Pflicht der Arbeiterausschüsse ist Anschlag an die Organisation.“ (Hört, hört! rechts.) Im Bunde wie im Lande verlangt man, daß die Sozialpolitik auch Rücksicht nimmt auf die Konkurrenz mit dem Auslande und auch auf den Mittelstand, dem es vielfach schädlicher geht, als den Arbeitern. Keine Krankheit ist so unbedeutend, daß sie nicht durch das Hinzutreten eines Argtes lebensgefährlich werden könnte. (Heiterkeit.) Das gilt auch hier. (Beifall rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reinert (Soz.):

Die Forderung der Arbeiterkontrollleure wird immer als eine sozialdemokratische bezeichnet; sie ist es aber nicht, sondern es ist eine Forderung der gesamten Vergleute Preußens und der Welt. Auf internationalen Kongressen ist sie auch erhoben worden. Auch die christlichen Arbeiter haben früher diese Forderung erhoben. 1905 hat hier in Berlin ein Bergarbeiterdelegiertentag gefordert und eine der Hauptforderungen desselben war die Einführung von Arbeiterkontrollleuren. Das Referat darüber hatte ein christlicher Arbeiter und er forderte genau das, was wir beantragt haben. Auf der zweiten gemeinschaftlichen preussischen Bergarbeiterkonferenz in Essen am 11. und 12. Februar 1906 wurde dieselbe Forderung in einer Resolution zum Reichsberggesetz erhoben. Auch dort wurde gefordert: Die Soßen trägt das für und wider der beiden Arten von Grubenkontrollleuren überdient, muß zu dem Schluß kommen: Wir müssen für die im Arbeitsverhältnis verbleibenden Grubenkontrollleure im Sinne der Regierungsvorlage eintreten, weil nur dadurch unter den gegebenen Verhältnissen eine den Wünschen der Arbeiter entsprechende Grubenkontrolle möglich ist.“ Es ist also eine Anerkennung der christlichen Organisationen erst erfolgt, nachdem die Regierung mit ihrer Vorlage gekommen ist. Dieses

flotte Einschwenken

hat den Beratungen dieser Vorlage außerordentlich viel geschadet. Wir glauben danach immer noch berechtigt zu sein, unsere Forderung im Namen der gesamten Vergleute zu stellen. Wir wollen, daß die Kontrollbezirke nicht mehr als 2000 Mann Belegschaft umfassen, damit die Kontrollleure ihr Gebiet auch genau kennen lernen können. Die dadurch entstehenden Kosten werden für den Unternehmer nicht so erheblich sein, sie werden für jeden Arbeiter etwa eine Mark beitragen. 2000 Mark im Jahre kürzen Leben und Gesundheit der Arbeiter doch wert sein. Ueber den Terrorismus der Grubenbarone werde ich noch bei späteren Paragraphen sprechen. Herr Beumer wird sehen, daß er seine lästigen Träume noch übertrifft. Der Standpunkt des Herrn Beumer ist ja bekannt. Wir haben niemals den Unternehmern einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich in geheimen Konsultationen oder sonst über ihre Maßnahmen gegenüber den Arbeitern unterhalten. Aber ebenso wie sie Dokumente aus der Arbeiterbewegung gegen sie benutzen, können sie uns auch keinen Vorwurf daraus machen, daß wir das Stenogramm der geheimen Konferenz im Palasthotel für uns ausnützen. Tatsache ist, daß dort von den einzelnen Rednern, wie Herrn Uthemann, der

Standpunkt des Herrenkonsultations

vertreten worden ist, der die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennen will. Auch die christlichen Arbeiter werden ja von den Herren genau so behandelt wie die sozialdemokratischen Organisationen. Die Arbeiter sollten daher endlich dazu kommen, gemeinsam gegen das Grubenkapital vorzugehen. Abgesehen davon, daß die Bergbesitzer wieder an den Minister anknüpfen, nachdem sich herausgestellt hat, daß von Arbeiterfreundlichkeit im Handelsministerium nichts zu finden ist. Herr Beumer sagt, die Arbeiter haben die Freiheit, sich Arbeit zu suchen wo sie wollen. Das Gegenteil beweisen die schwarzen Listen, die die Freizügigkeit der Arbeiter in unerhöhter Weise vernichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch die vorgesehene Nichtzahlung der Arbeiter muß ihr Widerstand nur gesteigert werden. Hat doch Herr Beumer verlangt, es müsse jetzt, wenn der wirtschaftliche Aufschwung kommt, mit aller Macht dahin gearbeitet werden, die Löhne herabzusetzen. (Hört!

hört! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, daß die Arbeiter ruhig zusehen werden, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird? Die Brutalität der Unternehmern, die die Arbeiter auf die Knie zwingen wollen, führt dazu, daß die Arbeiter sich immer mehr zusammenschließen zu einer gewaltigen Macht gegen das Unternehmertum. Herr Beumer sprach von der Fürsorge der Unternehmer für die Arbeiter. Nein, die Unternehmer brauchen die Arbeiter nur, um Gewinn zu machen, sie sind ihnen völlig gleichgültig, wenn die Fabrik keinen Gewinn mehr abwirft; dann schließt eben der Unternehmer die Fabrik. Also die Verhältnisse sind wesentlich anders als Herr Beumer es darstellte. Durch die immerwährenden Klagen über die fortschreitende Sozialpolitik werden Sie es erreichen, daß die Arbeiterorganisationen der verschiedensten Richtungen endlich dazu kommen, sich zu vereinigen, daß sie sagen: „Bis hierher und nicht weiter! Jetzt haben wir die Tyrannei des Kapitals satt!“ (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Imbusch (Z.): Der gute Wille der Regierung bei der Vorlage ist anzuerkennen. Leider hat man auch diesmal wieder versucht, die Vorlage erheblich zu verächteln. Redner weist die Angriffe des Abg. Beumer gegenüber den christlichen Gewerkschaften zurück.

Minister Dr. Delbrück: Daß die Vorlage die Herren von der Sozialdemokratie nicht befriedigt, liegt in der Natur der Dinge. Würde ich einen Vorkaufsrecht bringen, der genau ihren Forderungen entspräche, so würde er auch dann ihrer lebhaften Opposition begegnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die von der sozialdemokratischen Presse geübte Kritik schließt über das Ziel hinaus. Wir können keine Gesetze für die Arbeitgeber und auch keine für die Arbeitnehmer machen; wir müssen die allgemeinen politischen und öffentlichen Interessen berücksichtigen. Wenn ein Gesetz nicht allen Wünschen der Interessenten entspricht, so beweist das noch nicht, daß es nichts taugt. Daß der Entwurf im allgemeinen das Richtige trifft, beweist die Tatsache, daß in den Hauptpunkten eigentlich nichts geändert ist. Die Sicherheitsmänner werden gewählt durch direkte und geheime Wahl und in einer Zahl, die eine sachgemäße Erfüllung ihrer Pflichten garantiert. Sie sind durch die Unkündbarkeit während der Dauer ihrer Wahlperiode geschützt gegen Maßregelungen wegen aller derjenigen Handlungen, die sie in korrekter Erfüllung ihrer Pflichten als Sicherheitsmänner vornehmen. Damit sind alle Garantien gegeben, die verständigerweise verlangt werden konnten. Wenn Sie aber immer verlangen Garantien zum Schutze der Arbeiter gegen Beeinflussung durch die Gewerkschaften, so ist es nicht ganz unbedeutend, wenn von Seiten der Arbeitgeber auch Garantien zum Schutze der Selbständigkeit der Sicherheitsmänner gegenüber den Arbeiterorganisationen verlangt werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich könnte Ihnen manches darüber erzählen, wie die Organisationen eingreifen in die Tätigkeit der Ausschüsse usw. Ich will gern zugeben, daß die einschicksvollen Führer ein derartiges Verhalten im einzelnen Falle nicht billigen. Aber es ändert an der Tatsache nichts, daß auf diesem Gebiete noch schwere Unzulänglichkeiten bestehen. Wenn die Regierung trotzdem diese Vorlage gebracht hat, so ist das ein Vertrauensbündnis gegenüber den Arbeitern. Wir wollen den Arbeitern, die auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung ihre Interessen vertreten, dabei loyal die Hand reichen. Nehmen Sie dankbar an, was Ihnen geboten wird, aber vergessen Sie nicht, daß es ein großes Vertrauen ist, was Ihnen entgegengebracht wird, wenn wir den Entwurf so annehmen, wie er aus der Kommission gekommen ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Korfanty (Pole): Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Beumer eingegangen verlohnt sich nicht. Ich wundere mich, daß Herr Reinert so stark dagegen vorgegangen ist. Die Sozialdemokratie sollte Herrn Beumer lieber als bezahlten Agitator anstellen. (Heiterkeit.)

Abg. Beumer (natl.) betont, daß er nicht gegen die Gewerkschaften gesprochen habe, sondern nur gegen das Hineinziehen von Politik und Religion in die Gewerkschaften. Die schwarzen Listen dienen in erster Linie dazu, dem Ueberhandnehmen des Kontraktbruchs zu steuern, es kommen in dieselben nur kontraktbrüchige Arbeiter hinein und das von Rechts wegen. Die Behauptung, daß Herr Bued gesagt habe, die Löhne der Arbeiter müßten bei steigender Konjunktur herabgesetzt werden, ist eine Erfindung. (Abg. Reinert (Soz.): Es hat in der „Post“ gestanden!) Nach dem stenographischen Protokoll hat Herr Bued diese Behauptung nicht getan.

Abg. Spiking (fr.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Unsere Zustimmung zum § 80f beweist, daß wir durchaus unparteiisch an das Gesetz herangetreten sind. Wieder hätten wir gewünscht, daß das Gesetz auf den Steinkohlenbergbau vorläufig beschränkt geblieben wäre.

Abg. Wolff-Lissa (fr. Bg.): Herr Beumer hat den Standpunkt der Bergbesitzer ebenso extrem vertreten, wie die Sozialdemokratie den Standpunkt der Arbeiter. Unser Standpunkt liegt in der Mitte. Grubenkontrollleure im Hauptamt wünschen wir nicht, sondern treten für die Sicherheitsmänner ein. Die Ausdehnung der Sicherheitsmänner auf den Betrieb über Tage halten wir dagegen für gerechtfertigt.

Abg. Bruch (Z.) bezieht sich gegenüber dem Abg. Beumer, daß in der Zentrumsfraktion, solange er derselben angehört, niemals von Ministerstürzerei die Rede gewesen sei.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Reinert (Soz.):

Gegenüber Herrn Beumer stelle ich fest, daß die Meinung des Herrn Bued nach der „Post“ gelaute hat: „Es sei kein Zweifel, daß in absehbarer Zeit ein wirtschaftlicher Aufschwung kommen werde. Allein, wenn angehts der erhöhten Selbstkosten die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte den Konkurrenzkampf bestehen wolle, werde es erforderlich werden, die Arbeitslöhne herabzusetzen.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß das eine Erfindung war, konnte ich nicht wissen, zumal dies seit dem 30. April in allen Blättern gestanden hat und nicht widerrufen worden ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag auf Streichung der Worte „unterirdisch betriebenen“ angenommen, da die Konföderativen aus Versehen dafür stimmten. Die anderen Anträge werden abgelehnt. Bei der Abstimmung über den ganzen § 80f stimmt die Rechte dagegen, der Paragraph wird daher abgelehnt.

§ 80f bestimmt, daß die Zahl der Sicherheitsmänner nach Steigerabteilungen unmittelbar und geheim erfolgt. Zur Wahl berechtigt sollen volljährige Arbeiter sein, die seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Die Sicherheitsmänner müssen mindestens 30 Jahre alt sein, mindestens ein Jahr auf dem Bergwerk und außerdem mindestens zwei Jahre auf gleichartigen Bergwerken desselben Bezirkes unter Tage gearbeitet haben. Sie müssen mindestens fünf Jahre als Dauer beschäftigt sein, sie dürfen nicht Knappschaftsinvaliden sein und weder selbst Gast- oder Schanzarbeit betreiben, noch denselben Hausstand mit einem Angehörigen teilen, der ein solches Gewerbe betreibt.

Die Abg. Borgmann (Soz.) und Gen. beantragen, dem zweiten Absatz des Paragraphen folgende Fassung zu geben: „Zur Wahl berechtigt sind alle zur Zeit der Wahl auf dem Bergwerk beschäftigten volljährigen Arbeiter. Die Sicherheitsmänner müssen mindestens 25 Jahre alt sein und seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Sie müssen mindestens fünf Jahre unterirdisch oder im Tagebau, davon mindestens 2 Jahre als Dauer beschäftigt gewesen sein, die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und lesen und schreiben können. Eine Unterbrechung der Arbeit liegt nicht vor, wenn Arbeiter nach Beendigung einer militärischen Dienstleistung, eines Auswanderens, einer Ausperrung oder Krankheit wieder zur Beschäftigung auf demselben Bergwerke beschäftigt gewesen zu sein. Ferner beantragen sie, daß die Sicherheitsmänner nicht auf mindestens 5, sondern auf 3 Jahre zu wählen sind, daß der Wahl-

termin vier Wochen vor der Wahl von der Oberbehörde bekanntzugeben ist, sowie folgenden Zusatz: „Die Wahl wird geleitet von einem vom Oberbergamt zu beauftragenden Kommissar, der nicht Ausschüßmitglied sein darf. Die Stimmzettel dürfen nicht von dem Betriebunternehmer bezw. der Besse geliefert werden. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein, dürfen nicht äußerliche Kennzeichen enthalten und müssen eine Größe von 12 x 12 Zentimeter haben.“

Abg. Sauermann (Z.) befürwortet einen Antrag des Zentrums, den letzten Satz der Kommissionsvorlage zu streichen, im vorletzten Satz statt „5 Jahre“ zu setzen „2 Jahre“ und dem ersten Satz folgende Fassung zu geben: „Zur Wahl berechtigt sind die vollberechtigten Arbeiter des Betriebes, welche mindestens ein Jahr Bergarbeit verrichtet haben.“ Den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Wahl von einem vom Oberbergamt zu beauftragenden Kommissar geleitet werden soll, hatten wir eher für eine Verschleierung. Den anderen Anträgen der Sozialdemokraten können wir zustimmen.

Minister Dr. Delbrück bittet, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen. Daß Knappschaftsinvaliden nicht Sicherheitsmänner sein können, ist selbstverständlich, da die Sicherheitsmänner unter Tage arbeiten müssen. Unter den „Angehörigen“ im Sinne dieses Paragraphen sollen Ascendenten, Descendenten und Geschwister verstanden sein.

Abg. Korfanty (Pole) stimmt den Anträgen des Zentrums zu und tritt außerdem für die Streichung der Bestimmung ein, wonach die Sicherheitsmänner der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein müssen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Leinert (Sog.): Ich bedauere lebhaft, daß es mir durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden ist, unsere Anträge wenigstens zu begründen. Ich habe Material zur Begründung beizubringen, das Sie bestimmen müßte, den Anträgen zuzustimmen.

In der Abstimmung wird hierauf § 80b unter Ablehnung aller Anträge in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen. — Zu § 80c wird ein Antrag Graf Strachwitz (Z.) angenommen, wonach das Oberbergamt unter besonderen Umständen die als Voraussetzung für die Wahl zum Sicherheitsmann geforderte Beschäftigungszeit auf 2 Jahre herabsetzen kann.

§ 80d bestimmt, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern gewählt werden müssen und daß auf mindestens je 500 Mann ein Vertreter entsenden muß.

Abg. Gronowitsch (Z.) befürwortet einen Antrag, die Worte „in ihrer Mehrzahl“ zu streichen und statt der Zahl „500“ die Zahl „300“ zu setzen. Redner protestiert lebhaft gegen die Ausführungen des Abg. Baumert, dessen Rede dem Klappentisch für und für geöffnet habe.

Nachdem Minister Dr. Delbrück kurz die Kommissionsbeschlüsse verteidigt hat, wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. (Vorher Wahlprüfungen, u. a. auch der 4. Berliner sozialdemokratischen Wahlen.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Im Mittelalter haben wir auch eine Frauenfrage, die mit den veränderten Verhältnissen im wirtschaftlichen und sozialen Leben sowie mit den Folgen der Kriege, Kreuzzüge, Epidemien ursächlich zusammenhängt; es ist Schicksal von Frauen unumgänglich, in der Ehe eine Versorgung oder Erwerb durch gesellschaftliche Arbeit zu finden. Einen großen Teil dieser Frauenfrage lösten in sozialer Hinsicht die Mönche, indem sie Stätten waren, die unverschuldeten und unbescholtenen Frauen durch wirtschaftliche Arbeit ihren Unterhalt holten. Tausende Frauen waren hier geborgen. Auch als Krankenpflegerinnen und Erzieherinnen der weiblichen Jugend waren sie tätig. Allerdings war der Preis eine gewisse Verklammerung des Weibes in ihnen. — Auf der anderen Seite ist ein riesiges Anschwellen der Prostitution zu verzeichnen. — Je mehr das Handwerk emporblühte und je gewaltiger der Handel wurde, je mehr hörte im reichen Haushalt der besitzenden Klassen die alte Arbeit der Hausfrau auf. Schon aus dem 13. Jahrhundert wird berichtet, daß das Spinnrad der Patriarchin der großen Stadt nur noch Schmudgegenstand sei. Der moralische Einfluß des Christentums zeigt sich darin, daß die Frau hoch geehrt wird. Die Frauen der besitzenden Kreise nehmen an den geselligen Zusammenkünften der Männer und an den Zusammenkünften der Politiker und Künstler teil. Die Zeit der Renaissance weist eine ganze Reihe von Frauen auf, die nicht nur Künstler und Gelehrte angezogen haben, sondern zum Teil auch selbst künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeit entfalteten und großen Einfluß auf das öffentliche politische Leben ausübten. Selbstverständlich ist, daß ein großer Teil der geistig hoch entwickelten Frauen in der Ehe, die ohne Rücksicht auf die Gefühle zusammengekommen war, keine Befriedigung fand. Dasselbe gilt von den Männern.

Mit dem Erstarken der Persönlichkeit beginnt die individuelle Geschlechtsliebe eine hervorragende Rolle zu spielen. Sie setzt sich durch auch gegen die Ehe, im Ehebruch, und zum Teil außerhalb der Ehe. Die Legitimität der Abstammung wurde als bedeutungslos behandelt. Die Renaissance hat das Recht der schönen und starken Person auf den Thron. Einer Persönlichkeit allerdings, die nichts war als die ästhetisch dekorierte Herrscherin. — Mit dem Zustande der Dinge setzte sich der Humanismus auseinander. Rednerin schilderte die Stellungnahme des Humanismus und der revolutionären religiösen Sekten gegenüber der Stellung der Frau und führte aus, daß die Reformatoren die Frau dem Manne gegenüber nicht gehoben haben, daß aber in prinzipieller Hinsicht die Reformation einen Fortschritt brachte, indem sie die Ehe aus einem heiligen Sakrament, das sie unauflöslich machte, in ein weltliches Geschäft umwandelte. Damit wurde wenigstens theoretisch das Prinzip der persönlichen Willensfreiheit der Ehe gegenüber anerkannt. Es steht am Ende des Mittelalters dank der Reformation und Renaissance die als Persönlichkeit gewertete Frau.

Der Vortrag wurde mit großem Interesse und lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Der dritte Vortrag der Genossin Heikin über: „Arbeit und Stellung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft“ wird am Freitag, den 21. Mai, ebenfalls in Kellers Hofsaal (Preyer), in der Kopenstraße 29 gehalten.

Aus der Frauenbewegung.

„Meine Damen!“

Unter obiger Überschrift veröffentlicht die „Oesterreichische Rundschau“ in ihrem Band XIX, Heft 2, vom 15. April eine Plauderei des hamburgischen Dichters Otto Ernst, die sich mit ihrer Spitze gegen die „politische Frau“ richtet und bei deren Lesart man sich stannend fragen muß, ob der hantbackene Zigarettenmachersohn und ehemalige Volksschullehrer schon so tief der Reaktion verfallen ist, daß er die Fühlung mit dem Volk und vor allen Dingen mit den „Frauen“ ganz und gar verloren, oder ob dieser Dichter mit seinem Kopf so hoch in den Wolken steht, daß er die Erde, wo seine Füße wandeln, überhaupt nicht mehr sieht.

So viel steht fest, wenn irgend ein namenloser Journalist sich diese Plauderei geleistet hätte, er würde weder von uns, noch von den Frauenrechtlerinnen der verschiedensten Richtungen daraufhin angefaßt werden und es erscheint sogar zweifelhaft, ob dann irgend ein Journal, das auf soziale Bedeutung Anspruch erhebt, seine Druckerwärme an diesen Artikel gewendet haben würde. Denn was im Grunde genommen in diesem Otto Ernstigen Artikel geboten wird, sind alle Kamellen, mit denen man schon vor mehr als 10 Jahren gründlich aufgeräumt zu haben glaubte und die in den Kreisen der Proletarier nur ein verständnisloses Kopfschütteln hervorgerufen können. Aber es ist Otto Ernst, der sie geschrieben, es ist ein literarischer Name, und so lohnt es sich, der Sache ein wenig näher zu treten, denn es wäre doch immerhin denkbar, daß einer oder der andere aus der poetischlebenden Gefolgschaft des Dichters ihm aus reinster Verehrung auch auf dieser dünnen Exkursion in ein dem Dichter absolut fremdes Territorium blindlings folgte.

Sagen wir es gleich von vornherein: der Dichter versteht von der Frauenbewegung nichts, gar nichts, oder sagen wir: er versteht soviel davon, wie die Krähe vom Sonntag und von der garstigen Politik erst versteht der echte teufliche Mann, nach diesem Expose zu schließen, noch weniger. Alles, was Otto Ernst hier von der „politischen Frau“ ausstrahlt, hat er den „Zeitungen“ und „Blättern“ entnommen, wie er eigenhändig mindestens fünfmal in seinem feinen Spalten langen Artikel dokumentiert. Eigenes Wissen, eigene Erfahrungen, lassen ihn hier vollständig im Stich. Die angeführten Zeitungen und Blätter aber, nennt der Dichter schlauerweise nicht mit Namen, sozialdemokratische sind es sicherlich nicht.

„Es ist ein Scherz! unter Ihnen aufgestanden, meine Damen,“ so beginnt Otto Ernst: „die Gleichmäherei. Die Gleichmäherei in ihrer fürchterlichsten Gestalt, die Gleichmäherei der Geschlechter.“ Dann zieht der Dichter zunächst über die tapferen „sinnlichen Frauen“ her, die Seite an Seite mit dem Mann in heftigstem Kampf gestanden, sich ihre Freiheit bodenständig errungen, und dann verhöhnt er die „Suffragettes“, die, wie die Zeitungen sagen, Schulleute mißhandelt, Minister bedroht und davor schau-schaubert dem Dichter. . . .

„Sagen wir, was der Dichter weiter sagt: . . . es kann keinen geben,“ sagte er, „der dem Weibe freudiger den Weg eröffnet, zu jedem Beruf und jeder Tätigkeit, die es seiner Natur nach bewältigen kann. Die aktive Teilnahme an der Politik kann man dem Weibe nicht gewähren. Ich will das zu beweisen suchen, indem ich zunächst von einer anderen Tätigkeit spreche, an der ich noch deutlicher zeigen kann, daß das Weib nicht für alle Berufe des Mannes geschaffen ist. Ich meine die Tätigkeit des Richters. Es ist oberstes Erfordernis bei einem Richter, daß er ohne Ansehen der Person urteile. Und es ist natürlichste Eigentümlichkeit des Weibes, daß es von der Person nicht absehen vermag. . . . Wo wäre das Weib, das dem Feinde seines Geliebten Gerechtigkeit widerfahren lassen könnte? Wenn es eins gibt, so ist es kein Weib mehr.“

„Wo, Herr Otto Ernst, was das Weib nach seiner Natur bewältigen kann, das Weib, das laut ihm, das bestimmt ihm — der Mann! Die Berufe, die für das Weib passen, die bestimmt ihm — der Mann! Und die Tätigkeit des Richters, die das Weib in anderen Ländern längst mit bestem Erfolge ausübt, ist Ihres Ermessens nicht dafür geeignet? Et, ei! . . .“

Dann aber läßt der Dichter eine ganze Blumenlese von Komplikationen folgen, die 'lese bittere Wille versuchen sollen. Otto Ernst schreibt: „Denn das Weib ist in die Welt gesetzt, um die Unvollkommenheit der Taten zu mildern durch Menschlichkeit.“ „Das Weib kann nicht bewandern und verehren, ohne zugleich mit Liebe zu loben. Darum sind Frauen so oft die opfermütigsten und unermüdlichsten Apostel großer Manner.“ „Liebe ist nun doch einmal so heute, wie zu Antigonens Zeiten, der Beruf des Weibes, ein edles gesundes Frauenherz ist an Liebe unerschöpflich.“ „Wer aber ein tugendhaftes Weib hat, das (um Gotteswillen) nicht nur tugendhaft, sondern auch freundlich und liebreich, der hat

alle Tage Geburtsdag.“ „Selbst den Faust gab das Weib-Weibliche hinan.“ „Und ist es nicht ein wahrhaft göttlicher Beruf, die harte Gerechtigkeit der Welt durch Liebe zu ergänzen? Sollte dieser Beruf nicht wirklich schöner und bedeutungsvoller sein, als die weibliche Teilnahme an der Politik oder das Ausstreuen weiblicher Richter, Staats- und Rechtsanwältin im Paragrafenzirkus?“

„Die Frau sei Priesterin im Tempel des Hauses, Hüterin des Gottesfriedens des Mannes, von ihrer Stirn soll allen die tödliche Beschirmung glänzen, daß in höheren Bezirken ein Glück und ein Seelenfrieden aufgehoben sind, die alle Kämpfe und Sorgen überdauern. Das, meine Damen, das sei die Politik, die hohe Politik des Weibes.“ „Es gibt nichts Stärkeres als das Weib. Das Weib ist ein Heiligtum in der Menschheit, wenn sie nicht mehr an das Weib, als an einen letzten Hort des Guten glaubt, dann glaubt sie an sich selbst nicht mehr. Das Weib ist das Gewissen der Menschheit.“ „Wenn das Weib verheiratet, hat es eigentlich nur einen Beruf: Das Glück seines Hauses. So ward Ihnen das große Glück, etwas ganz sein zu können und sich ein Leben zu bauen, das klar und entschieden, harmonisch und ruhevoll ist.“ usw.

So raffen sie uns aus Otto Ernst Artikel ins Ohr, die altbekannten, neuen, schönen Phrasen der Romantik. Nur schade, daß sie in unseren rauhen Maschinenalter nicht mehr recht Fuß fassen können. Schade, daß neben den 20 Millionen erwerbenden Männern in Deutschland bereits 10 Millionen Frauen im Erwerbleben stehen, nicht zu ihrem Vergnügen, sondern von der Not getrieben, und daß sich eine Million Frauen in Deutschland überhaupt nicht verheiraten kann, weil gerade so viel Frauen mehr da sind als Männer und daß alle diese Frauen der politischen Rechte bedürftig sind, Herr Otto Ernst.

Und dann erzählt Otto Ernst uns von einer Karikatur in einem amerikanischen Bildblatt, wonach die Frauen immer nur den schönsten Wahlkandidaten wählen würden und erzählt uns, daß politische Frauen immer fanatisch wären, wenn sie Bismarck vereherten, gingen sie mit Bismarck durch dick und dünn, und eine Frau, die Weibel verehert, würde mit dem daselbe tun, und dann erzählt er von der französischen Karikatur einer pikanten Rechtsanwältin, die sich vor den Richtern belästigte, um zu überzeugen, und schließlich meint auch noch dieser Dichter mit seltsamer Logik, weibliche Schöffen hingegen werden sehr angebracht sein, wo männliche Richter schönen Verbrecherinnen gegenüber versagen, da sollten dann die harten Weiber streng sein, und dann endlich kommt er auch auf die Quintessenz der ganzen Sache und fragt, wenn unter den Rittlichen einer politischen Frau der Haushalt nun auch gerade so trefflich weiterginge, die Kinder genau so ihr Recht bekämen (alle Achtung!) . . . wie denken Sie es sich dann, meine Damen, wenn dann der Mann die „Kreuzzeitung“ hält und die Frau den „Vorwärts“ oder umgekehrt? (Der „Vorwärts“ leser ist jedenfalls der Vorgesährtenste, ihm mag sich der andere nachentwickeln. Die Redaktion.) „Wie denken Sie es sich, wenn die Frau für eine kräftige Steuer kommt, die der Mann mit seinem sauer erworbenen Gelde bezahlen muß?“ (So dummt, so hochdummt ist gar keine Frau. Die Redaktion.) „Wie, wenn der Mann einen liberalen Kandidaten unterstützt mit dem Gelde, das durch die sorgfame Wirtschaft der ultramontanen Gattin erlöhrt wurde?“ (Wer heutzutage einen Liberalen unterstützt, ist überhaupt nicht wert, daß ihn die Sonne bescheint. Die Redaktion.) „Wie denken Sie es sich, wenn der Mann schimpft: „Euer Kandidat ist ein Feigling!“ und die Frau: „Der Gure ist ein Schwindler!“ und die wahrerechte Tochter: „Idioten sind sie beide!“ Und wie, wenn der Mann in der Urne die höchste Leistung, die Blüte und das Palladium seines Volkes erblickt, die Frau aber in eben dieser Urne nur eine Massenmordmaschine für die Zwecke des dynastischen Egoismus sieht? Wie, wenn die mater familias Schulen von freier Konfessionalfreiheit fordert, der pater familias aber mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit Ernst machen und die Religion durchaus ins Privatleben verwiesen sehen will?“ „Iwar“, fährt der Dichter fort, „der politische Ton könnte sich ja vielleicht durch die Frau verfeinern, man habe aber Beispiele vom Gegenteil. (Siel) Wo ist das der Fall, Herr Otto Ernst? Das zu beweisen möchte Ihnen schwer fallen, denn das gibt es einfach nicht, und es ist auch nicht wahr, daß die mit dem Frauenstimmrecht in den westlichen Staaten der Union geseizigten Resultate enttäuscht und gleich Null sind, wie Sie behaupten. In Amerika sowohl wie in Australien haben die Frauen höchst segensreich in die Gesetzgebung eingegriffen. Darüber müssen Sie sich mal eine Vorlesung halten lassen, aber von einem Menschen, der die Materie gründlich beherrscht, zum Beispiel von einer tüchtig vorgebildeten politischen Frau. Oder lesen Sie die Broschüre mal durch, die das Ministerium von Neu-Seeland kürzlich veröffentlicht hat. Die ist sehr zu empfehlen.“

„Bisher“, meint Otto Ernst, „hatten Mann und Weib in der Regel eine Welt- und Lebensanschauung, und der Mann (wohlverstanden, der Mann, kleiner Schärer!) fühlte sich dabei glücklich und dankbar. Wenn es nach Einführung des Frauenstimmrechts auch so bliebe, meint der Dichter-Phantast, könnte sich doch nur eine Verdoppelung aller Stimmen herausstellen, und damit wäre doch nichts geschafft.“

Aber es wird eben nicht alles so bleiben, es wird anders kommen, Herr Otto Ernst. In der Ehe der Zukunft, vielleicht in einer freien Ehe, wird sich nicht mehr, wie bisher, die Frau immer untergeordnet haben. Denn lediglich eine Unterordnung, eine Umbildung an die Ideen ihres Gatten, heißt das ungehörige bisherige Gesetz.

Und, meint dann noch der Dichter, wenn die Frauen das Wahlrecht haben wollen, um ihre Rechte zu vertreten, dann müßten es doch eigentlich auch die Kinder haben. „Wollen Sie Kinder wählen lassen und ins Parlament schicken? Das Kinderrecht wird auch oft verlehrt.“

Ei, was Sie sagen, Herr Otto Ernst, wer hat das denn besser erkannt als die Frau, und unser Jahrhundert zum Jahrhundert des Kindes gestempelt? Wer hat zuerst die Jugendgerichtshöfe verlangt? Die Männer doch nicht? Aber über das unumgängliche Kind soll bestimmt werden, doch nicht wie bisher, nur durch den Mann, sondern durch Mann und Weib gemeinsam, denn bei den bisherigen alleinigen Männerrechten, Männerbestimmungen, haben Frau und Kind ihr Recht nicht gefunden. Die Frau aber ist kein unumgängliches Kind, braucht sich nicht erst vom Mann ihre Wege zeigen zu lassen, sondern sie ist ein dem Manne gleichwertiges selbständiges Weib.

Endlich aber sagt noch dieser weisfremde Post: „Den Frauen erscheint ihre häusliche Arbeit oft banaal, die Arbeit des Mannes dagegen abwechslungsreich, poetisch usw. usw., und schließt dann sein Pamphlet mit den Worten: „Haben Sie einmal, meine Damen, zehnständige Kommissionsstunden mitgemacht? Haben Sie als Richter einmal sieben Stunden lang Wapattelsachen verhandelt? Sind Sie als Ärzte einmal einen halben Tag lang treppauf und -ab gestiegen und haben Schnupfen, Rheumatismus und Migräne behandelt? Haben Sie einmal Rekruten ausgebildet und Migräne behandelt? Haben Sie einmal Rekruten ausgebildet? Haben Sie einmal mit unfähigen Schauspielern Rollen einstudiert? Haben Sie einmal Schülerhefte korrigiert oder Puffunterricht gegeben? Sind Sie einmal Journalist gewesen?“

Aber bewahre, Herr Otto Ernst, auf solche eine Weise beschäftigen sich doch nicht die 10 Millionen erwerbstätiger Frauen! Und wie verstandnislos ist doch, wenn Sie an anderer Stelle Ihres „Damenartikels“ sagen: „Denn nicht als Maschinen sind wir in die Welt gestellt, sondern als Menschen, die eine Persönlichkeit haben!“

Gilt das nur für die Männer?

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 19. Mai, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: „Die Arbeiterbewegung und das Genossenschaftswesen“. Ref.: Adolf Ritter. Gäste willkommen.

20. Mai Ausflug nach Bielefeldwerder (Votaf, Zum alten Freund). Treffpunkt 9-1/2 Uhr in Westend im Restaurant Hohtrappe, Spandauer Chaussee. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Durch einen Haftbefehl in den Tod getrieben!

Die 6. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zeichnet sich unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel schon seit langer Zeit dadurch aus, daß sie fast jede Verurteilung bewirkt. Die Aufhebung eines amtsgerichtlichen Urteils ist bei dieser Strafkammer eine Seltenheit.

Außerdem fordert die Härte der unter Goebels Vorsitz verhängten Strafen und die Leichtfertigkeit, mit welcher selbst unbestrafte Angeklagte vom Plaze weg verhaftet werden, zur schärfsten Kritik heraus. Die gegen einen nie Vorbestraften verhängte Haft führte vor kurzem zu dessen Tode.

Vor kurzem stand der Schlosser Ernst als Angeklagter vor der Goebelschen Kammer. Er war noch niemals bestraft und jetzt wegen wissentlich falscher Anschuldigung angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate, das Gericht erkannte auf — neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Ehrenrechte auf drei Jahre und verhaftete den Angeklagten auf der Stelle. Dieser war ganz konsterniert, er hatte sich am Terminstage nur wenige Stunden freigemacht und glaubte sofort nach dem Termin wieder weiterarbeiten zu können. Auch das Gericht bemerkte den tiefen Eindruck, den die sofortige Verhaftung machte. Als die Beschwerde gegen den Haftbefehl vorgelegt wurde, erklärte das Gericht, der Angeklagte sei umso fluchtverdächtiger, da die Verkündung seiner sofortigen Inhaftnahme offenbar konsternierend auf ihn gewirkt habe!

Leider verwarf auch das Kammergericht die Haftbeschwerde. Als Ernst dies erfuhr, stürzte er sich im Untersuchungsgefängnis über das Geländer in die Tiefe und war sofort tot.

So wirkte die sofortige Verhaftung und so kann sie auch leicht auf unbescholtene Menschen wirken. Trotz dieses überaus traurigen Vorfalls beharrte die Goebel-Kammer bei ihrem Fluchtverdachte.

Gestern hatte sich vor der Goebelschen Kammer ein Angeklagter wegen Betruges zu verantworten. Das Amtsgericht hatte ihn freigesprochen. Der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis und Goebel verkündete: ein Jahr Gefängnis! und sofortige Verhaftung.

Die Rechtfertigung einer Verhaftung durch die „Höhe der Strafe“ ist außerordentlich leicht und erfordert keinerlei juristische oder sonstige Vorkenntnisse. Sie ist aber eine außerordentlich schwere Bedrohung der Freiheit und Rechtsicherheit des Bürgers. Viele Verhaftete lassen sich durch die Verhängung der Haft von der Einbringung einer durchaus gerechtfertigten Revision abschrecken, zumal ja im Fall einer Verurteilung des Rechtsmittels die bis dahin verfloßene Zeit nicht auf die Haft angerechnet wird und bis zur Entscheidung oft Monate vergehen. Ueberdies wirkt aber die Haft oft gerade auf Unschuldige psychologisch zerrütend. Die Richter der Goebelschen Kammer und des Kammergerichts huldigen der falschen Auffassung, die konsternierende Wirkung einer überraschend verkündeten Verhaftung sei ein Zeichen — des Fluchtverdachts. Der Entwurf

der Strafprozedur beseitigt die ungeheuerliche Gefahr keineswegs, mit der eine ungerechte Verhaftung die persönliche Freiheit und die Gesundheit, das Vermögen und das Leben der Bürger bedroht. Garantien gegen ungerechte Verhaftungen, vor allem durch Einführung der Haftpflicht der Richter, sind dringend erforderlich. Der Tod des Schlossers Ernst mahnt zu einem schleunigen und durchgreifenden gesetzlichen Schutz gegen Verhaftungen nicht rechtskräftig Verurteilter.

Schule und Familie.

Vor dem Amtsgericht Groß-Lichterfelde standen am Dienstag der Maurer Grabert und seine Ehefrau wegen eines Streites, den sie mit dem Lehrerkollegium der Groß-Lichterfelder fünften Gemeindeschule gehabt hatten. Sie waren angeklagt der Verleumdung des Direktors und mehrerer Lehrer sowie des Schuldieners, ferner eines Hausfriedensbruchs und ruhestörenden Lärms. Verleumdungen wurden herausgelesen aus einem Briefe, den Frau G. an den Rektor Jabel gerichtet hatte, weil sie meinte, daß ihre Kinder und besonders ihr Sohn Erich von einzelnen Lehrern aus Voreingenommenheit ungerecht behandelt und drangsalirt würden. Der Ehemann sollte damit einverstanden gewesen sein, daß dieser Brief geschrieben wurde. Die Verleumdung, Hausfriedensbruch begangen zu haben, stützte sich darauf, daß G. und seine Frau, als sie beim Rektor sich auch noch persönlich beschwerten, nicht so schnell das Amtszimmer verließen, wie der Herr Rektor es wünschte. Dabei sollten beide in Schulhaufe gelärmt haben, auch sollte Frau G. in dieser Unterredung sich noch weitere Verleumdungen des Direktors und eines Lehrers haben zu schulden kommen lassen. Die Vernehmung der beiden Angeklagten ergab, daß der Ehemann die Abhandlung des Briefes gebilligt hatte, nachdem sie bereits erfolgt war. Somit fiel bezüglich seiner Person von vornherein die Anklage, an der Verleumdung teilgenommen zu haben. Die Beweiserhebung ergab, daß er auch im Schulhaufe sich sehr viel ruhiger als seine Ehefrau benommen hatte. Der Brief enthielt eine Reihe schwerer Vorwürfe, die von Frau G. vor Gericht aufrechterhalten wurden. Es heißt darin unter anderem, ihren Kindern sei in der Schule so zugefügt worden, daß man annehmen müsse, sie seien den Lehrern ein Dorn im Auge, es werde ihnen die Schule geradezu zur Hölle gemacht usw. Den letzten Anlaß zu diesem Brief hatte eine Abstrafung des Erich G. gegeben, die vom Lehrer Otte unter dem Beistand des Schuldieners Dedel ausgeführt worden war. Die Angeklagten erboten sich, den Beweis der Wahrheit aller Vorwürfe zu erbringen. Der Junge sei blutig geschlagen worden, der Schuldiener habe mitgeprügelt und ihn „Was“ geschimpft, ein anderer Sohn sei vom Lehrer Lehmann „Dieb“ tituliert worden, einen dritten Sohn habe Lehrer Otte gefragt, ob auch er „solch Streich“ sei. Die Angeklagten trugen die Ansicht vor, es sei Pflicht der Lehrer, bei etwaigen Verfehlungen der Kinder nicht sogleich darauflos zu hauen, sondern sich mit der Familie in Verbindung zu setzen, damit diese strafend eingreifen könne. Die Vernehmung des Direktors Jabel, der Lehrer Otte, Lehmann, Wildelau, Thiers, des Schuldieners Dedel sowie des Schularztes zeigte, daß die Auffassung, die die Eheleute G. — auf Grund der Angaben ihrer Kinder — sich von den fraglichen Vorgängen gebildet hatten, sehr weit von derjenigen der beteiligten Lehrer usw. abwich. Der Zeuge Lehrer Otte bestritt, den Jungen blutig geschlagen zu haben. Auch den Ausdruck „Streich“ bestritt er zunächst sehr entschieden. Auf wiederholtes Befragen erklärte er dann, er erinnere sich nicht, ihn gebraucht zu haben, und schließlich sagte er, es könne ja sein, aber er wisse es nicht. Lehrer Klasse meinte, es sei seine Pflicht, auch die außerhalb der

Schule begangenen Uebertretungen zu bestrafen, und er habe nicht nötig, die Eltern in Kenntnis zu setzen. Gegen Erich G. wurde von allen über ihn vernommenen Zeugen alles mögliche vorgebracht, neben Eigentumsvergehen wurden auch Prügeleien mit Mitschülern und eine Schneeballtade auf ein paar Mädchen angeführt, um zu zeigen, wie „verwahrlost“ er gewesen sei. Demgegenüber stellte der Verteidiger durch eingehende Befragung der Zeugen fest, daß Erich wegen seiner eigentümlichen Kopfform viel von Mitschülern gehänselt wurde und daß er einzelnen Lehrern durch sein von der Norm abweichendes Wesen auffiel. Lehrer Thiel gab zu, ihn — mit dem er sehr unzufrieden habe sein müssen — gelegentlich gefragt zu haben, ob er denn nicht „halb ziele“. Schuldieners Dedel, den der Lehrer Otte bei der Abstrafung zugezogen hatte, versicherte, er selber habe nicht mitgeprügelt und auch nicht „Was“ geschimpft. Auf die Frage, ob er sonst schon mal Jungen seiner Schule geprügelt habe, antwortete er mit Verweigerung der Auskunft. Nach diesen Aussagen sah der Staatsanwalt alle Punkte der Anklage als erwiesen an. Der Verteidiger Rechtsanwalt Theodor Liebknecht führte aus, den Eheleuten G. müsse zugestanden werden, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelten. Nach den Angaben ihrer Kinder seien beide in dem guten Glauben gewesen, daß es ihr Recht und sogar ihre Pflicht sei, auf Abhilfe zu dringen. Das Gericht erkannte das nicht an, sondern beurteilte nach dem Antrage des Staatsanwalts beide Angeklagte wegen Hausfriedensbruchs zu je 1 Woche Gefängnis, außerdem Frau G. wegen Verleumdung zu 50 Mark und wegen Lärms zu 5 Mark. Das Ehepaar G. habe wissen müssen, daß Abhilfe durch eine Beschwerde bei der dem Lehrerkollegium vorgesetzten Behörde zu erreichen war. Diese Belehrung wird, so vermuten wir, für die Zukunft nicht nur von dem Ehepaar G., sondern auch von vielen andern Eltern beherzigt werden. Sie werden so sich vor Anklage und Beurteilung sichern, aber dem Frieden zwischen Schule und Familie wird damit nicht gedient sein.

Hinter die Kulissen einer Privathandelschule

führte eine Verhandlung, mit der sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann die 4. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 174, 1 Str.-G.-B. war der wissenschaftliche Lehrer Karl Hoppe, welcher aus der Untersuchungsanstalt vorgeführt wurde. — Der Angeklagte, ein früherer Theologe, war in einer Privathandelschule in der Dresdenstraße als Lehrer angestellt und soll hier mit verschiedenen minderjährigen Schülern in einen sträflichen Verkehr getreten sein. Auf die Anzeige der Eltern eines Schülers wurde Hoppe verhaftet. In der gestrigen Verhandlung waren circa 30 Zeugen, zumeist ehemalige Handelschüler, geladen, die über die Umgangsformen, die der Angeklagte seinen Schülern gegenüber in Anwendung brachte, mancherlei erstaunliche Einzelheiten bekunden sollten und zum Teil auch bekundeten, die die Anklagebehörde zu der Vermutung führten, daß der Angeklagte sadistische Reigungen besitze und diese bei seinen Schülern in die Tat umsetzte. Der Angeklagte bestritt entschieden, von solchen Reigungen beherrscht zu sein und wollte die Sonderbarkeiten die bekundet wurden, auf harmlose Weise erklären. Medizinalrat Dr. Hoffmann begutachtete, daß der Angeklagte zwar ein nervös überreizter und degenerierter Mensch sei, auf den aber der § 51 Str.-G.-B. nicht in Anwendung zu bringen sei. — Staatsanwaltschaftsrat Krüger beantragte nach sechsständiger Beweisaufnahme, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Gericht erkannte wegen Sittlichkeitsverbrechen in nur einem Falle auf neun Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Im übrigen wurde der Angeklagte freigesprochen.

**Heute Mittwoch, den 19. Mai 1909,
abends 8 Uhr:**

Öffentliche

Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24.

Breuer, Große Frankfurter Straße 117.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Elysium, Landsberger Allee 40—41.

Tages-Ordnung:

Der Wahlrechtsraub

Referenten:

Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch, Hoffmann.

Genossen und Genossinnen: Jedermann am Platze!

Der geschäftsführende Ausschuss.

Krankenkassenkongress.

Verhandlung am Dienstag.

Wegen der schlechten Akustik des Saales hat man das Rednerpult von der Bühne, wo es am ersten Tage stand, nach der Mitte des Saales gebracht. Der Tisch der Presse ist aber an seinem ursprünglichen Platz geblieben, jetzt also weit von der Rednertribüne entfernt. Infolgedessen kann man am Berichterstatterstisch selbst die Redner mit kräftigem und klarem Organ nur schwer, weniger laut sprechende Redner aber gar nicht verstehen. Das Verstehen wird dadurch noch mehr erschwert, ja oft ganz unmöglich gemacht, daß die meisten Redner nach einer dem Berichterstatter entgegengegesetzten Richtung sprechen und zwei bürgerliche Berichterstatter, welche unter diesen erschwerenden Umständen auf das Zuhören ganz verzichten, laute Unterhaltungen führen. Unter diesen Verhältnissen ist unserem Berichterstatter die Arbeit sehr erschwert und eine an manchen Stellen vielleicht unerwünschte Kürze erklärlich.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Frähdorf - Dresden das Wort: Der Vertreter der Regierung, Herr Ministerialdirektor Caspar, hat gestern Ausführungen gemacht, die nicht unwillkommen bleiben dürfen. Als Vorsitzender des Verbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands halte ich mich zu einer kurzen Erklärung gegen die Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors für verpflichtet. Der Herr Regierungsvorleser sagte, hier seien in der Hauptsache nur Ortskrankenkassen vertreten. Das ist nicht richtig. Es muß doch dem Herrn Regierungsvorleser bekannt sein, daß hier alle Arten von Krankenkassen vertreten sind. Die Protokolle des Verbandes der Ortskrankenkassen weisen ferner nach, daß hier auch die Arbeitgeber ihrer Zahl und den Kassenverwaltungen entsprechend vertreten sind. Ja, es gibt viele Kassen, welche nur Arbeitgeber zu unseren Kongressen entsenden. Weiter sagte der Herr Ministerialdirektor, in den Ortskrankenkassen hätten die Arbeitgeber nichts zu sagen; besonders hätten sie keine Einwirkung auf die Delegation zum Kongress, weil ja die Arbeiter die Mehrheit in den Ortsklassen hätten. Gegen diese Auffassung des Herrn Ministerialdirektors muß ich nachdrücklich Einspruch erheben. Allerdings, wenn bei der Regierung solche Ansichten herrschen, wie sie der Herr Ministerialdirektor hier vorgetragen hat, dann verstehe ich die Vorlage der Regierung. Wenn das die Auffassung der Regierung ist, daß die Arbeitgeber in den Ortsklassen majorisiert werden, dann verstehe ich es, daß die Vorlage die Rechte der Arbeitgeber beschneidet. Aber die Auffassung des Herrn Ministerialdirektors stimmt nicht überein mit den tatsächlichen Verhältnissen. Deshalb muß auch die Regierung einen anderen Standpunkt einnehmen. In den Ortskrankenkassen hat sich im letzten Jahrzehnt das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern erheblich verbessert. Wir achten und schätzen die Arbeitgeber, die uns im Interesse der Allgemeinheit ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen, obgleich sie selbst keinen Vorteil von den Krankenkassen haben.

Was die Befähigung des Kongresses betrifft, so haben sich die Ortskrankenkassen meist dahin geeinigt, daß jedem der beiden Teile die Wahl der entsprechenden Zahl von Delegierten selbst überlassen bleibt. Wenn in einzelnen Fällen die Arbeitgeber majorisiert worden sein sollten, so würde das nichts weiter beweisen, als daß einzelne Leute das nachmachen, was bei den Arbeitgebern gang und gäbe ist.

Der Ministerialdirektor sagte, die große Vertretung auf diesem Kongress sei künstlich gemacht, indem keine Kassen, die sonst keinen Delegierten schicken würden, aufgefordert seien, ihr Mandat dem Delegierten einer anderen Klasse zu übertragen. Kann denn das ein Vorwurf sein? Dadurch werden doch den kleinen Kassen Kosten erspart. Sie würden sich zweifellos durch eigene Delegierte vertreten lassen, wenn sie nicht die Kosten zu scheuen hätten. — Der Herr Ministerialdirektor sprach diesem Kongress die Bedeutung eines allgemeinen Krankenkassenkongresses ab, weil die Betriebsklassen nicht vertreten seien. Eingeladen haben wir die Betriebsklassen und auch die Herren aus Westfalen. Aber die haben ihre Teilnahme abgelehnt, sie wollen nicht mit uns zusammen tagen. Sie sagen, der Kongress sei eine sozialdemokratische Sache. Dies ist eine Unwahrheit. Den Veranstaltern des Kongresses liegt jede politische Teilnahme fern. Wenn diese Herren aus Rheinland-Westfalen nicht kommen, dann müssen wir eben auf ihre Anwesenheit verzichten. In den Betriebsklassen, wo die Arbeitgeber nicht am Kongress teilnehmen wollen, können natürlich auch die Arbeiter den Kongress nicht besuchen. Das müßte doch der Regierung bekannt sein. Dasselbe gilt auch von den Knappschaftskassen. Es kann nicht gesagt werden, daß dieser Kongress eine einseitige Vertretung ist, er hat auch mit Parteipolitik nichts zu tun, sondern er will nur die Interessen der Krankenkassen wahrnehmen. Alles andere liegt ihm fern. (Beifall.)

Kuora, Arbeitnehmervertreter der Betriebskrankenkasse der Krupp'schen Werke: Die Unternehmer haben einen Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen begründet, an dem Arbeiter nicht beteiligt sind und auch nicht zugelassen werden. Dieser Verband kann deshalb nicht als Vertreter der drei Millionen in Betriebsklassen Versicherten angesehen werden. Ich vertritt die Betriebsklasse der Krupp'schen Werke, die 33.000 Mitglieder hat, und kann dem Herrn Ministerialdirektor berichten: Die weitaus meisten in Betriebsklassen versicherten Arbeiter stehen auf dem Boden dieses Kongresses. (Beifall.)

Hierauf wurde die

Diskussion

über die am ersten Sitzungstage gehaltenen Referate eröffnet.

Anna Stein - Berlin (Ortsklasse der Kaufleute) bespricht den Entwurf zum Standpunkt der weiblichen Berichterstatter. Sie führte aus: Der Mutter- und Säuglingschutz gehört zu den wichtigsten sozialen Aufgaben, die zu erfüllen sind, nicht nur im Interesse der arbeitenden Klasse, sondern zum Wohle des ganzen Volkes. Groß ist die Sterblichkeit der Säuglinge in den Arbeiterfamilien. Die Statistik zeigt, daß Deutschland nächst Rußland die größte Säuglingssterblichkeit aufweist. 20,7 Proz. aller Lebendgeborenen sterben in Deutschland im Säuglingsalter. Die Ursache der Lebensunfähigkeit der Säuglinge ist meistens zurückzuführen auf die Gesundheitsabwägung, welche die Mütter in der Erwerbsarbeit erfahren. Die Erwerbsarbeit der Frauen nimmt immer mehr zu. Sie gefährdet die schwangere Frau, die Mutter und den Säugling. Nicht weil die Frauarbeit an sich gesundheitschädlich ist, sondern weil die Frauen durch wirtschaftliche Not gezwungen sind, Arbeiten zu verrichten, die gerade für den weiblichen Organismus besonders schädlich sind. Die Not zwingt viele Frauen, bis kurz vor der Entbindung zu arbeiten und bald nach derselben die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Tatsachen werden nicht nur von den organisierten Arbeitern anerkannt, sondern auch von wissenschaftlichen Autoritäten. Der Entwurf bringt leider keine Bestimmungen, welche einen durchgreifenden Mutterchutz gewährleisten könnten. Die Rednerin begründet diese Ansicht durch eine eingehende Kritik der betreffenden Paragraphen und bringt eine Resolution ein, welche besagt:

Im Interesse der Erhaltung von Leben und Gesundheit der Mütter und Kinder fordern die weiblichen Mitglieder der Ortskrankenkassen:

- 1. Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Lohnarbeitenden Frauen, auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Diensthöfen, Heimarbeiterinnen, sowie überhaupt auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 3000 M. nicht übersteigt.
- 2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerschaftsunterstützung im Falle der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von acht Wochen.

- 3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
- 4. Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung von 6 auf 8 Wochen, falls das Kind lebt und die Mutter willens ist, es selbst zu stillen, auf 13 Wochen.
- 5. Erhöhung des Pflegegeldes an Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende für die Dauer der Schutzfrist auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes.
- 6. Obligatorische Ausdehnung der unter 3-5 angeführten Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder.

Eine Erfüllung dieser Forderungen würde, weil sie den Gesundheitszustand der Kassenmitglieder sowie der Angehörigen der männlichen Kassenmitglieder bedeutend heben und prophylaktisch wirken würde, keine oder doch nur eine geringe Belastung der Krankenkassen bedeuten. Sie würde um so weniger empfunden werden, wenn die Krankenkassen vereinheitlicht werden. (Lebhafter Beifall.)

Schölem - Berlin tritt dafür ein, daß die Vertretung in den Ortsklassen so belassen wird, wie bisher. In den Landesversicherungsanstalten, wo ja Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten sind, sei von Selbstverwaltung keine Rede. Die Ortsklassen haben großes erreicht. Wenn ihnen ein beamteter Vorsitzender gegeben wird, dann könnten keine Fortschritte erreicht werden. Der Ministerialdirektor sagte gestern, durch die Herabsetzung der Beiträge werde den Arbeitern ein Geschenk gemacht. Die Arbeiter wollen ein solches Geschenk gar nicht. (Sehr richtig.) Die kleinen Arbeitgeber aber werden durch Erhöhung ihres Beitrages stark belastet.

Peters - Rathenow (Arbeitgeber): Ich bin hier als Vertreter der Betriebskrankenkasse der Stadt Rathenow. Ich bin dagegen, daß Betriebsklassen mit weniger als 500 Mitgliedern zugunsten der Ortsklassen eingehen sollen. Wenn man schon die Betriebsklassen mit den Ortsklassen verschmelzen will, dann soll das ohne Ausnahme geschehen. (Zustimmung.) Wir Arbeitgeber sind auch dafür, daß die Selbstverwaltung in den Ortsklassen erhalten bleibt, aber wir wollen nicht, daß die Ortsklassen zu Parteizwecken benutzt werden. Heut sind die Vorstände der Ortsklassen meist in sozialdemokratischen Händen und werden von diesen zu sozialdemokratischen Untrieben benutzt. (Heftiger Widerspruch.) Das darf ebenso wenig gestattet werden, als wenn die Kassen zu sonderbaren Parteizwecken benutzt würden. Viele Arbeitgeber wissen, daß Ortsklassen zu sozialdemokratischen Zwecken ausgenutzt werden. Ich ersuche alle Arbeitgeber, welche mit mir einverstanden sind, hinauszugehen zu einer besonderen Besprechung. (Niemand folgt dieser Aufforderung.) Nun, dann ersuche ich die Arbeitgeber nach Schluß der Verhandlung besonders zusammenzutreten. — Wenn die Regierung der Ausnutzung der Ortsklassen zu Parteizwecken ein Ende machen will, so ist das mit Freuden zu begrüßen.

Rodenstock - Breslau (Arbeitgeber): Wir wollen gern die Halbierung der Beiträge tragen, aber wir wollen auch die gleichen Rechte haben. Wir haben heute keine Gleichberechtigung in den Ortsklassen. (Lebhafter Widerspruch.) Wir Arbeitgeber sind nicht Gegner der Selbstverwaltung. Wir wollen sie aufrecht erhalten und uns keinen beamteten Vorständen aufdrängen lassen. Es kann nicht bestritten werden, daß Mißbräuche dadurch vorgekommen sind, daß die Arbeiter ihre Macht als Mehrheit ausnützten. Dadurch haben die Arbeitgeber die Lust zum Mitarbeit verloren.

Eisenhut - Köln (Kassenbeamter): Der Entwurf bringt eine erhebliche Beschränkung der Selbstverwaltung. Das muß zurückgewiesen werden. Damit nicht gesagt wird, daß ich die Forderung im sozialdemokratischen Interesse aufstelle, bemerke ich, daß ich Mitglied der nationalliberalen Jugend bin. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wird ohne Grund verächtlich, nur zum Zwecke der Hebe. In der Klasse, die ich vertritt, gehört die Mehrheit der Verwaltung den bürgerlichen Parteien an. Trotzdem hat die bürgerliche Presse in bestimmten Fällen die von der Kassenverwaltung gefassten Beschlüsse als im sozialdemokratischen Interesse gefasste bezeichnet. — Wenn der Entwurf Gesetz würde, dann wären die Kassen der Willkür der Aufsichtsbehörde preisgegeben.

Knapp - Hamburg erstattet den Bericht der Mandatprüfungskommission:

Auf dem Kongress sind vertreten: 72 Kassenvereinigungen mit 2.765.606 Mitgliedern durch 98 Delegierte (davon sind 23 Arbeitgeber, 53 Arbeitnehmer, 22 Beamte), 634 Ortskrankenkassen mit 2.946.501 Mitgliedern durch 1.282 Delegierte (394 Arbeitgeber, 508 Arbeitnehmer, 290 Beamte), 117 Betriebskrankenkassen mit 185.143 Mitgliedern durch 104 Delegierte (22 Arbeitgeber, 57 Arbeitnehmer, 25 Beamte), 38 Nummernkrankenkassen mit 65.865 Mitgliedern durch 48 Delegierte (20 Arbeitgeber, 18 Arbeitnehmer, 10 Beamte), 175 freie Hilfsklassen mit 788.418 Mitgliedern durch 164 Delegierte (25 Arbeitgeber, 66 Arbeitnehmer, 73 Beamte). Insgesamt sind demnach hier vertreten 1.036 Krankenkassen mit 6.748.622 Mitgliedern durch 1.696 Delegierte (davon sind 484 Arbeitgeber, 792 Arbeitnehmer, 420 Beamte). — Etwa 60 Kassen haben die Zahl ihrer Mitglieder nicht angegeben, sie konnten deshalb in der Aufstellung nicht mitgezählt werden. — Die Präsenzliste zeigt, daß die Arbeitgeber aus den Ortsklassen hier weit stärker vertreten sind, wie in den Verwaltungen der Ortsklassen, wo sie nur ein Drittel der Vertretung haben. Damit ist die Ansicht des Ministerialdirektors von der einseitigen Zusammensetzung des Kongresses widerlegt. (Beifall.)

Krohn - Hamburg ist am Berichterstatterstisch gar nicht zu verstehen.

Kohred - Berlin (Arbeitgeber): Ich bin seit längerer Zeit Vorsitzender der Ortsklasse der Graveure und kann aus meinen Erfahrungen sagen, daß es eine Unwahrheit ist, wenn behauptet wird, die Ortsklassen würden zu sozialdemokratischen Untrieben benutzt. (Zustimmung.) Es ist auch nicht wahr, daß die Arbeitgeber immer überstimmt würden. Sozial einseitige Arbeitgeber stimmen aus Überzeugung meistens mit den Arbeitern. Es kann gar keine Rede davon sein, daß in den Ortsklassen sozialdemokratische Untriebe gemacht werden. Die Halbierung der Beiträge muß im Interesse der kleinen Arbeitgeber, die dadurch zu sehr belastet werden, abgelehnt werden. — Ich rufe allen Arbeitgebern von dieser Stelle zu: Fort mit der Reichsversicherungsordnung! (Lebhafter Beifall.)

Schubert - Spandau (Arbeitnehmer): Mit der Halbierung der Beiträge und der Verringerung der Vertretung in den Ortsklassen soll die Selbstverwaltung derselben vernichtet werden. Wir Arbeiter verzichten auf die Herabsetzung unserer Beiträge, wenn wir dafür unser Selbstverwaltungsrecht opfern sollen. Wir wollen lieber den ganzen Beitrag zahlen, als uns die Selbstverwaltung nehmen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Drachel - Köln (Arbeitnehmer): Der Entwurf läßt die Wünsche der Gegner der Selbstverwaltung ihrer Erfüllung entgegengehen. Für die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts werden ganz unzureichende Gründe angeführt. Ohne jeden Beweis spricht auch die Begründung des Entwurfs davon, daß die Ortsklassen zu Parteizwecken ausgenutzt würden. Der Reichstag muß von der Regierung verlangen, daß sie einwandfreies Material zur Begründung ihrer Vorlage beibringt. Soziale Gesetze dürfen nicht durch politische Motive beeinflusst werden. Nur das Wohl der Versicherten muß maßgebend sein. Das aber kann man von dem vorliegenden Entwurf nicht sagen. Wer von politischem Mißbrauch der Krankenkassen spricht, der handelt aus Unkenntnis oder Völlerei. (Beifall.) Ehe der Entwurf in der vorliegenden Form Gesetz werden sollte, möge man lieber die heutigen Zustände bestehen lassen. (Beifall.)

Möll - Jertz (Arbeitgeber): In unserer Ortsklasse sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gutem Einvernehmen. Wir

Arbeitgeber schließen uns der Meinung an, die von einer Neuregelung der jetzigen Verhältnisse nichts wissen will. Unter dem gegenwärtigen Gesetz ist es ganz ausgeschlossen, daß die Krankenkassen zu politischen Untrieben benutzt werden können. Wenn sich solche Bestrebungen bemerkbar machen sollten, so hat es ja die Aufsichtsbehörde in der Hand, denselben ein Ende zu machen.

Skaller - Berlin (Apotheker) vertritt den Standpunkt, daß die Krankenkassen das Recht haben müssen, zu beschließen, welche Apotheken zur Lieferung zugelassen sind.

Widera - Breslau (Kassenangestellter) begründet die Stellung, welche die freien Hilfsklassen zu dem Entwurf einnehmen.

Scheller - Hamburg (Arbeitnehmer) tritt für die Befestigung der Betriebskrankenkassen ein.

Hänel - Dresden (Arbeitnehmer): Als Vertreter einer Innungskrankenkasse kann ich sagen, daß die Verbesserungen zugunsten der Versicherten auf die Vertreter der Arbeiter zurückzuführen sind. Von politischen Untrieben habe ich nie etwas bemerkt. Wir nehmen innerhalb der Klasse nur die Interessen der Versicherten wahr, ohne irgendwelche anderen Rücksichten zu nehmen. Wir verlangen, daß die Selbstverwaltung aufrechterhalten bleibt.

Riehl - Ruzort (Arbeitnehmer): Die Vorlage bringt nicht das, was die Versicherten erwarten mußten. Wir haben alle Ursache, gegen die Halbierung der Beiträge und die Beschneidung der Selbstverwaltung zu protestieren. Dabei befinden wir uns in sehr guter Gesellschaft, denn es haben sich gegen die Halbierung nicht nur eine Reihe von Arbeitgebern, sondern auch die ersten ihrer Sekretäre ausgesprochen, wenn auch aus anderen Gründen wie wir. Weiter führt der Redner aus, daß kein Grund für das Fortbestehen der Betriebskrankenkassen bestehe, dieselben vielmehr ein Hindernis einer wirksamen Krankenfürsorge seien und deshalb verdrängt werden müßten. Weiter tritt der Redner für obligatorische Mutterschaftsversicherung in den Ortsklassen ein. Ich wünsche auch, daß die Regierung die obligatorische Familienversicherung einführt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Schlussworte der Referenten.

Dr. Mayer: Es wäre zu wünschen gewesen, daß der Vertreter der Regierung, der gestern hier anwesend war, auch den heutigen Verhandlungen beigewohnt hätte. Wenn ihm auch über diese Bericht erstattet werden wird, so hätte ihm doch die mündliche Verhandlung ein anschaulicheres Bild geboten. Der Vertreter der Reichsregierung hat hervorgehoben, die Begründung des Entwurfs spreche nur referierend über die Behauptung, daß in den Ortsklassen politische Untriebe stattfänden. Die heutige Verhandlung hat gezeigt, wie unbedeutend derartige Behauptungen sind. Diese Behauptungen sind hervorgegangen aus Stimmungen außerhalb der Krankenkassen, die in der Wirklichkeit innerhalb der Krankenkassen keine Stütze finden. Es ist lediglich ein Gefühl der Arbeitgeber außerhalb der Krankenkassen, daß sie durch die Mehrheit der Arbeiter überstimmt, vergewaltigt würden. Wenn solche Arbeitgeber dann in die Verwaltung einer Krankenkasse eingetreten sind, dann haben sie sich von den wirklichen Verhältnissen überzeugt und sind anderer Meinung geworden. — Wenn wir das Verhältniswohlrecht bekommen, dann ist es völlig ausgeschlossen, daß eine Vergewaltigung durch die Mehrheit eintreten kann. — Wer hat denn die Reichsverwaltung belehrt. Gewisse Behörden sollen es gewesen sein. Aber von wem diese ihre Informationen bekommen haben, das wissen wir nicht. Ich schlage vor, die Regierung möge eine Erhebung bei sämtlichen Krankenkassen veranstalten, um zu erfahren, ob es wahr ist, daß sich die Arbeitgeber unterdrückt fühlen, oder ob es wahr ist, daß politische Untriebe in den Kassen herrschen. Wenn hier oder da solche Einzelfälle vorgekommen sind, so darf das nicht generalisiert werden. Wir weisen es zurück, daß derartige politische Stimmungen in der sozialen Gesetzgebung zum Ausdruck kommen. Hier ist auch die überwiegende Meinung der Arbeitgeber zum Ausdruck gekommen; ich hoffe, daß die Regierung das beachten und darauf Rücksicht nehmen wird. — Der Redner ging auf Einzelheiten der Debatte ein. Er bezeichnet die von Fräulein Stein vertretenen Forderungen als unannehmbar, da sie gegenwärtig noch nicht realisiert werden könnten.

Frähdorf berichtigt auf das Schlusswort.

Albert Koh: Ministerialdirektor Caspar hat behauptet, meine Ansicht, daß der Fortschritt der Krankenkassen durch die preussische Landeszentralbehörde gehemmt werde, sei eine grobe Unrichtigkeit. Ich bedauere, daß Herr Ministerialdirektor Caspar heute nicht anwesend ist. Er sollte doch wissen, daß wenn hier solche Behauptungen aufgestellt werden, sie auch begründet sind. Ich bin in der Lage, meine Behauptungen durch Tatsachen zu belegen. Gewiss ist es richtig, daß die Aufsichtsbehörden, wenn sie Beschlüssen ihre Zustimmung verweigern, dazu gesetzlich berechtigt waren. Aber wir wissen doch, daß die Bestimmungen des Gesetzes verschiedener Auslegung fähig sind, und daß die Behörden sich immer die reaktionäre Auffassung zu eigen machten und durch deren Tätigkeit tatsächlich den Fortschritt der Kassen hemmten. Der Redner erinnert daran, daß es den Krankenkassen untersagt worden ist, aus Kassenmitteln Gelder für Befähigung der Krankenkassenkongresse zu verwenden. Ein so hochgestellter Beamter, wie Herr Ministerialdirektor Caspar, sollte sich doch hüten, jemandem grobe Unrichtigkeiten vorzuerwerfen, wenn die Tatsachen dafür sprechen, daß die Landeszentralbehörde die Entwicklung der Krankenkassen gehemmt hat. Die preussische Landeszentralbehörde steht doch auch auf dem Standpunkt, daß es den Krankenkassen nicht gestattet ist, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krankheiten zu treffen. Ist das nicht eine Behinderung des sozialen Fortschritts der Krankenkassen? Wir haben also allen Grund, und dagegen zu wehren, daß die Befugnisse der Behörden noch weiter ausgedehnt werden. — Die Regierung zeigt und nicht das Entgegenkommen, welches uns der Herr Ministerialdirektor versichert hat. (Lebhafter Beifall.)

Zaffke polemisiert in seinem Schlusswort ebenfalls gegen die Ausführungen des Ministerialdirektors Caspar. Bei der im Saale herrschenden allgemeinen Unruhe sind die Ausführungen des Redners, der nicht über eine kräftige Stimme verfügt, im Zusammenhang nicht zu verstehen.

Eckermann - Rathenow (persönliche Bemerkung): Die Vertreter der Ortskrankenkasse Rathenow sind durch den Schluß der Debatte außerstande gesetzt, die Behauptungen zu widerlegen, welche der Fabrikbesitzer Peters-Rathenow über sozialdemokratische Untriebe in unserer Klasse gemacht hat. Die Behauptungen des Herrn Peters widerprechen den tatsächlichen Verhältnissen. Der Wert der Behauptungen des Herrn Peters wird dadurch gekennzeichnet, daß er bei der letzten Reichstagswahl als Kandidat der Konserativen mit denselben Behauptungen aufgetreten ist. Das ist auch die Quelle, aus der die Regierung ihr Material schöpft. Wenn Herr Peters sich darüber beklagt, daß ein Beamter der Ortsklasse Mitglied der Sozialdemokratie ist, so bemerke ich, daß es unser gutes Recht ist, der Sozialdemokratie anzugehören, ebenso wie es das Recht des Herrn Peters ist, Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu sein. (Beifall.)

Vorsitzender Frähdorf teilt mit, daß der Redakteur eines sozialpolitischen Blattes am Zutritt als Berichterstatter zu dem nächsten stattfindenden Kongress des Verbandes zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen ersucht habe, aber zurückgewiesen worden sei mit dem Bemerkten, es handle sich nur um interne Angelegenheiten, die Verhandlungen seien nicht öffentlich, die Verbandsleitung werde der Presse einen Bericht zusenden, so weit die Verhandlungen von öffentlichem Interesse seien. — Frähdorf bemerkt hierzu: Als Illustration des Charakters der Tagung der Betriebsklassen nehmen wir diese Mitteilung zur Kenntnis. — Nunmehr erfolgt die

Abstimmung

Aber die von den Referenten vorgelegten Leitsätze. Die Leitsätze der Referenten Mayer, Fräßdorf und Stohr werden gegen einzelne, die des Referenten Jaffe gegen etwa 50 Stimmen angenommen. — Eine Reihe von Anträgen, die aus verschiedenen Orten eingegangen sind, werden durch die Annahme der Leitsätze als erledigt erklärt. Die Resolution von Anna Stein wird der Kommission überwiesen, welche zur weiteren Verfolgung der Arbeiterinteressen bei Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung befehligt.

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung:

Unfallversicherung und Inanspruchnahme.

Der Referent Gustav Bauer-Berlin (Arbeitersekretär) ist am Berichterstatterlich nur sehr mangelhaft zu verstehen. Er führt ungefähr aus: Die Reichsversicherungsordnung bringt den Unfallversicherern keine Vorteile, aber Nachteile der schlimmsten Art. Was die Begründung als Verbesserungen bezeichnet, das stellt sich in der Tat als Verschlechterung heraus. Der Redner weist eingehend auf die Bestimmungen des Entwurfes ein und weist nach, daß die Rechte der Versicherten verschlechtert werden hinsichtlich ihrer Beteiligung an der Festsetzung der Renten und der Rechtsprechung. Der Willkür der Berufsgenossenschaften sind keine Schranken gesetzt und den Arbeitern ist kein ausreichender Schutz gegen diese Willkür geboten. Die Regierung nimmt bei der vorgezeichneten Neuerung Rücksicht auf die freudige Mitwirkung der Unternehmer, aber sie denkt nicht daran, das Gesetz so zu gestalten, daß auch die Arbeiter an der Durchführung desselben freudig mitarbeiten können. Weiter weist der Redner nach, daß auch die Art der Rentenberechnung die Interessen der Verletzten gegenüber dem heute geltenden Gesetz schädigt. — Eine haarsträubende Bestimmung ist es, die den Berufsgenossenschaften das Recht erteilt, den Verletzten eine Arbeit zuzuwiesen, und wenn er sie nicht übernimmt, die Rente zu entziehen. Wer die ärztlichen Gutachten in Unfallsachen kennt, der wird es für begreiflich halten, daß Rentenempfängern Arbeiten zugewiesen werden würden, welche sie beim besten Willen nicht ausführen können. Der Arzt aber wird trotzdem erklären, der Mann könne die Arbeit machen. Dann wird ein solcher Rentenempfänger als arbeitsfähig erklärt und die Rente wird ihm entzogen. Eine Bestimmung, die den Berufsgenossenschaften solche Rechte überträgt, muß ja die Arbeiter geradezu aufreizen. — So schränkt der Entwurf in verschiedenen Beziehungen die Rechte der Arbeiter ein, während wir eine Erweiterung ihrer Rechte fordern. Diese Reform verdient nicht den Namen einer Reform. Wir müssen Front gegen die Vorschläge der Regierung machen, denn diese vertreten nur die Interessen, welche im Zentralverband der Industriellen vertreten werden. Darüber müssen die Arbeiter aufgeklärt werden. (Lebhafte Beifall.)

Der Redner empfahl die Annahme der folgenden Leitsätze:

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung bringt der Entwurf außer einer unzureichenden Ausdehnung der Versicherungsspflicht nur Verschlechterungen des bisherigen Rechtszustandes für die Versicherten.

Die Gestaltung des Rechtsweges (Wegfall der Rekursinstanz, Ausschluß der höchsten Instanz für den größten Teil der Streitfälle); die Bestimmungen über den Begriff der Erwerbsunfähigkeit (§ 640), Festsetzung der Rente bis zu 20 Proz. auf Zeit (§ 654), Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes (§§ 657—664), Ruben der Rente (§ 704, Abs. 2 und 3), die Befristung (§ 706) bedingen eine so wesentliche Verschlechterung der Versicherten, daß sie als vollkommen unannehmbar bezeichnet werden muß.

Der Kongreß protestiert gegen jede Verschlechterung der unzureichenden Rechte der Versicherten, insbesondere gegen das in dem Entwurf zum Ausdruck kommende Streben, die Entschädigung für Erwerbsunfähigkeit-Einbuße in eine Entschädigung für Erwerbsfähigkeits-Einbuße umzugestalten und die Verletzten unter das Ausnahmerecht des Arbeitszwanges zu stellen.

Der Kongreß ist der Meinung, daß die Neuregelung der Unfallversicherung nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Leistungen bringen soll.

Der Kongreß fordert insbesondere: Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften, Hebertragung der Rentenfestsetzung an eine unparteiische Stelle unter paritätischer Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Aufrechterhaltung der Rekursinstanz.

Rentengewährung für alle durch die Betriebsfähigkeit hervorgerufenen Gesundheitschädigungen (Gewerbekrankheiten) und alle Betriebsunfälle, auch der auf dem Wege zu und von der Arbeit sich ereignenden.

Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft hat mit dem Tage des Unfalles zu beginnen. Der Rentenberechnung ist der von dem Verletzten erzielte Jahresarbeitsverdienst in voller Höhe zugrunde zu legen.

Die für die Dauer der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente (Vollrente) ist von Zweidrittel auf Dreidrittel (75 Proz.) des Jahresarbeitsverdienstes, die Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten von 20 auf 25 Proz. und der Höchstbetrag der an die Hinterbliebenen zu gewährenden Rente auf Dreidrittel des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen.

Da die Bestimmungen des Entwurfs den vorstehenden Grundsätzen in keiner Weise entsprechen, ersucht der Kongreß die gesetzgebenden Körperschaften, dem Entwurf eine Fassung im Sinne dieser Forderungen zu geben.

Der zweite Referent zu diesem Punkt, Gustav Hartmann-Berlin (Vorsitzender des Zentralrats der Gewerksvereine, S.-D.), berückte sich zunächst über den Teil der Vorlage, welcher sich auf die Unfallversicherung der Land- und Forstarbeiter bezieht. Er führte u. a. aus: Der Entwurf bringt für diese Arbeiter keine Verbesserungen. Sie sind schlechter gestellt wie die Arbeiter anderer Berufe. Wir fordern, daß die Land- und Forst- und in der Seefahrt beschäftigten Arbeiter in Versicherungsweisen mit den übrigen gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden. Die Unterscheidung zwischen Forstarbeitern und Nichtforstarbeitern bei Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes ist unangebracht. — Nicht der ordentliche, sondern der tatsächliche Arbeitsverdienst muß für die Bemessung der Rente maßgebend sein. Dabei muß auch der Wert von Naturalleistungen mitgerechnet werden. — Die Bedürfnisse der Unternehmer scheinen der Regierung höher zu stehen, wie die Bedürfnisse der Versicherten. Durch die Bestimmung, daß einem durch Unfall im Erwerb Beschränkten bei einem neuen Unfall nur das beschränkte Einkommen angerechnet werden soll, werden gerade die ärmsten der Arbeiter in unerhörter Weise benachteiligt. — Es muß verlangt werden, daß die Berufsgenossenschaften nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sind, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen. Was dabei herauskommt, wenn eine solche Verpflichtung nicht besteht, das sehen wir an der Knappschaftsberufsgenossenschaft, die bis heute noch keine Unfallverhütungsvorschriften erlassen hat. — Es muß durch das Gesetz selbst bestimmt werden, in welcher Weise die Unfallverhütungsvorschriften zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden. Der Auftrag, noch dazu an einer mehr oder weniger verstedten Stelle, genügt nicht. Jedem Arbeiter müßte ein Exemplar der Unfallverhütungsvorschriften ausgeschrieben werden, damit er sie zu Hause lesen und sich danach richten kann. Eine Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften muß eingeführt werden. An dieser Kontrolle müssen auch Arbeiter teilnehmen. Heute ist die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten viel zu gering, eine ausreichende Kontrolle ist deshalb nicht möglich. Es gilt, hinsichtlich der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften nicht nur den Widerstand der Unternehmer zu brechen, sondern auch die Arbeiter, die oft nachlässig sind in der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften, aufzuklären. Das kann am besten geschehen, wenn Gewerbeaufsichtsbeamte aus den Reihen der Arbeiter angestellt werden.

Der Redner empfiehlt folgende Leitsätze:

Für die Gesamtversicherung und die land- bzw. forstwirtschaftliche Unfallversicherung ist im gleichen Maße wie für die Gewerbeunfallversicherung festzulegen, daß vom Beginn der 5. Woche ab der Unfallzuschuß bis zu Zweidrittel des Lohnes zu leisten ist.

Auf die Gewährung dieses Zuschusses darf der Bezug von Krankengeld, das die versicherte Person als Mitglied einer Erwerbslosen-Versicherung oder solcher bezieht, keine Einwirkung haben.

Für die Versicherten in der Land- und Forstwirtschaft darf bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes kein Unterschied gemacht werden zwischen „Forstarbeitern“ und „Nichtforstarbeitern“. Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes muß nach einheitlichen Grundsätzen für alle Versicherten und bei allen drei Unfallversicherungsarten nach dem wirklichen Verdienst, einschließlich des Bezugs von Naturalien, erfolgen.

Für die gesamte Unfallversicherung ist der Jahresarbeitsverdienst über 1500 M. voll in Anrechnung zu bringen und nicht nur mit einem Drittel.

Die in § 1016 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebene verkürzte Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes für solche Personen, die schon vor dem Unfall teilweise erwerbsunfähig waren, ist zu streichen.

Den Gewerbeaufsichtsbeamten, deren Zahl entsprechend erhöht werden muß, sind zur Durchführung geeigneter Unfallverhütungsvorrichtungen größere Vollmachten zu geben, die aber erst dann von wesentlicher Wirkung sein werden, wenn bei Kontrolle dieser Einrichtungen geeignete Personen aus dem Kreis der Versicherten herangezogen werden. Dies muß durch Arbeiterkontrollen im Bergbau, auf Bauten aller Art und bei allen anderen Betriebsarten durch Arbeiterassistenten, die den Gewerbeaufsichtsbeamten beigegeben werden, geschehen.

Hierauf wurden die Leitsätze der beiden Referenten ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Herr Fräßdorf: Herr Peters hatte die Delegierten, die seine Meinung teilen, aufgefordert, zu einer besonderen Besprechung im oberen Saale zusammenzutreten. Dieser Aufforderung sind die Vertreter von 36 Kassen mit 10 000 Mitgliedern gefolgt. Sie verhandelten für sich, als wir bei den Abstimmungen über die Leitsätze zum ersten Punkt der Tagesordnung waren. Die Herren sind der Meinung, wenn sie dabei gewesen wären, dann hätte die Abstimmung ein anderes Resultat gehabt. Damit uns nicht der Vorwurf gemacht wird, wir hätten die Abwesenheit der Herren benutzt, um sie zu majorisieren, bringe ich einen Antrag zur Abstimmung, den mir die Herren zur Abstimmung überreicht haben. Der Antrag — den Fräßdorf vorliest — besagt im wesentlichen, daß Betriebskrankenkassen mit weniger als 500, jedoch mindestens 50 Mitgliedern, das Recht des Weiterbestehens haben sollen, sofern ihre Leistungen den für den Betrieb bestehenden Ortsklassen gleichkommen.

Der Antrag wird mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt.

Damit war die Sitzung beendet. Auf der heutigen Tagung gelangt der auf die Invaliden-, Hinterbliebenen- und Waisenversicherung bezügliche Teil der Reichsversicherungsordnung zur Beratung.

Berichtigung. Der mit ins Bureau des Kongresses gewählte Arbeitgeber aus Düsseldorf heißt nicht Giese, sondern Piesen.

18. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Gifenaach, den 18. Mai 1908.

(Zweiter Tag.)

Satzte erstellte Sache den Geschäftsbericht

für die beiden letzten Jahre. Während das Jahr 1907 noch in die Zeit der Hochkonjunktur fiel, machten sich im Jahre 1908, besonders in seinem zweiten Teile, bereits Anzeichen des wirtschaftlichen Niederganges bemerkbar. Im Bergbau zeigen sie sich nicht so plötzlich, wie in anderen Zweigen der Produktion. Es geht bei uns nicht so rapide zurück, sondern nur langsam. So ist es zu erklären, daß in den Hüttenzweigen im vorigen Jahre noch eine ganze Reihe Ueberschichten gemacht werden konnten. Dagegen zeigte sich der wirtschaftliche Niedergang in den reinen Hütten zu spät. In Westfalen mußten auf manchen Zechen 4 bis 6 Hektarflächen im Monat gemacht werden. (Hört, hört!) Das ist ein Zustand, den wir vom Standpunkt unserer Organisation aus nicht mit Freuden begrüßen können. Die Gerechtigkeit erfordert es, daß unter der Krise alle Bergarbeiter gleichmäßig zu leiden haben. Das sehen jetzt auch die Zechenverbände ein, die Maßnahmen ergreifen wollen, damit nicht nur die reinen Hütten unter der Krise zu leiden haben. Was die Streiks anlangt, hatten wir 1907 52 Streiks, 1908 30 Streiks auszusuchen. Von den Streiks im Jahre 1907 waren von Erfolg sechs, mit teilweisem Erfolg 21, ohne Erfolg 24, unbekannt 1. Von den Streiks 1908 waren mit vollem Erfolg 2, mit teilweisem Erfolg 2, ohne Erfolg 15, unbekannt 1. An Streikunterstützungen wurden ausgegeben 1907 98 793 M., 1908 65 709 M. Der längste Streik war der im Senftenberger Braunkohlenrevier, der 19 Wochen dauerte. In Niederschlesien kam es zu Lohnbewegungen, die sich zum Streik auszuwickeln drohten. Aber es kam nicht dazu, weil nur 26 Proz. der Bergarbeiter organisiert waren und weil wir die Zustimmung zum Streik unter solchen Umständen nicht geben konnten. Die erste soziale Anerkennung unseres Verbandes ist in Bayern erfolgt. Auf der Grube „Leonberg“ wurde der erste Tarifvertrag im Beisein von Vertretern der Staatsbehörden abgeschlossen. Freilich, als nachher Stinnes, der Räteführer dieser Zeche, von dem Tarifabschluß etwas erfuhr, hat er alles aufgebieten, um den Tarifvertrag zu brechen. Die Zeche wurde dann auch tarifmäßig und die Bergarbeiter antworteten mit einem Streik, der leider erfolglos verlief. Eine Anzahl von disziplinarischen Streiks, die nicht bei den Bezirkleitern oder der Hauptverwaltung angemeldet waren, gingen im Leipziger Revier vor sich. Manche verliefen infolge der günstigen Konjunktur 1907 noch erfolgreich; aber wir mußten 1908 mit der Anerkennung der Streiks sehr vorsichtig sein, wenn sie sich schließlich an uns wandten. Nur wegen Lohnreduktionen dürfen wir jetzt in einen Streik nicht eintreten. Erlauben wir das einer Zeche, müssen wir es allen Zechen erlauben, und dann hätten wir den allgemeinen deutschen Bergarbeiterstreik. Alles können sich natürlich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Im Leipziger Revier wurde uns, als wir kreuzten, vorgehalten, wir maßen daselbst, was die Leitung des Reichsarbeiterverbandes beim Rieterstreik in Slettin und beim Relaisarbeiterstreik in Mannheim getan hätte, nämlich wir verletzten das demokratische Prinzip. Ich nenne es eine Verletzung des demokratischen Prinzips, wenn einige hundert Arbeiter darüber bestimmen zu dürfen glauben, ob zehn, ja hunderttausende Arbeiter gesperrt werden sollen oder nicht. (Sehr richtig!) Wenn man richtig demokratisch vorgehen wollte, dann müßte man alle die Arbeiter, die unter solchen Umständen von der Generalausperrung betroffen würden, fragen, ob der partielle Streik auch aufrecht erhalten werden soll oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Da wir aber die Hunderttausende nicht fragen können, muß eine Instanz da sein, die in solchen Momenten zu bestimmen hat, und das ist der von den Mitgliedern gewählte Zentralvorstand. (Sehr richtig!) Bemerkenswert ist, daß nach dem Abbruch des letzten großen Bergarbeiterstreiks auch die Redakteure der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, Düweli und Hänisch, und ähnliches vorgeworfen haben. Nach den Ereignissen in Slettin, Mannheim haben sie eingeschrien, daß sie unrecht hätten, und Düweli hat jetzt auch einen recht vernünftigen Artikel im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht.

Konkurrenzen sehen wir allenthalben, im Kaliberberg, im Niederschlesischen Braunkohlenrevier, in Oberschlesien, dem Kassischen Lande der Konkreten, und in Rheinland und Westfalen, Sie

richten sich nicht nur gegen unsere Verbandsmittelglieder, sondern auch gegen Polen, katholische Bergarbeiter und die Hütten-Dunkelkinder. Vor allem wird in Oberschlesien, wo die frommen katholischen Unternehmer wohnen, mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Arbeiterorganisation vorgegangen. Da wird kein Unterschied gemacht, da wird jeder Arbeiter gemahnt, der sich unangelegentlich bemerkbar macht. Auch ein sehr frommer Zechenbesitzer, Herr Burtz im Dresdener Gebiet, hat die gegenwärtige Krise dazu benutzt, um alle Arbeiter, die unserer Organisation angehören, zu entlassen. (Lebhafte Pfuirufe.) Die Zeche „Deutscher Kaiser“ im Lugauer Bezirk hat 14 Mann gemahnt, nur deshalb, weil sie im Interesse ihrer Kollegen als Kassenervertreter gewählt waren. (Erneute Pfuirufe.) Von den schwarzen Listen mußten wir schon sehr lange Jahre etwas, wir konnten nur nicht beweisen. Im vorigen Jahre hatten wir Glück, es fielen uns einige schwarze Listen aus dem Halle-Magdeburger Revier, aus dem rheinischen Braunkohlenrevier und dem rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier in die Hände. An der Hand dieser Listen konnten wir nachweisen, daß nicht nur kontraktbrüchige Bergarbeiter auf die Liste gesetzt wurden, sondern auch alle Arbeiter, die sich irgendwie bemerkbar machten. Auf der Liste war hinter dem Namen dann verzeichnet: Heber, Verbandsmitglied usw. (Hört, hört!) Wir haben den Prozeßweg beschritten und wir kommen hoffentlich durch. Wenn solche Listen im Urteile angewendet werden, dann ist dagegen nichts einzubringen. Aber wenn sie zur Friedendzeit angewendet werden, dann muß, wie zwischen den Völkern das Völkerrecht gilt, im wirtschaftlichen Leben das Gesetz gelten, und die schwarzen Listen widersprechen dem Gesetz. Bei den Knappschaftswahlen haben wir gut abgeschnitten. Auch im Königsberg Sachsen ist es gelungen, die Majorität aufrecht zu erhalten. Was unsere Agitation anlangt, haben wir 1907 nicht weniger als 1 650 000 Flugblätter verteilt und 1908 gar 2 445 000. Unsere Mitgliederzahl betrug 1906: 110 247, 1907: 111 478 und 1908: 112 513. Für unsere Mitglieder haben wir ein Rechtshilfsbureau eingerichtet und jetzt machen auch die christlichen Vereine und die vaterländischen Arbeitervereine und diese Bureaus nach. Sogar die Kommunen haben Rechtshilfsbureaus stellen eingerichtet und bekommen dafür vom Staat und Reich Zuschüsse. Unsere Rechtshilfsbureaus wurden 1907 von 60 398 und 1908 von 100 600 Rechtsfugenden aufgesucht. Das Verhältnis zu den anderen freien Organisationen ist das denkbar beste. Zu den christlichen Organisationen ist das Verhältnis im letzten Jahre recht schlecht geworden nach Auflösung der Siebenerkommision. Die Siebenerkommision wollte die Haltung des Berges zum Sprachparagrafen möglichst vertuschen und davon wollten wir nichts wissen. (Sehr richtig!) Es kam zu einem gespannten Verhältnis, und die Christlichen lehnten die Teilnahme an dem glänzend verlaufenen Berliner Bergarbeiterkongreß ab. Sie sagten, sie hätten eine Petition an den preussischen Landtag geschickt und das genüge. (Hört, hört!) Die Geschichte hat uns recht gegeben, denn wir haben von Anfang an gesagt, daß von diesem Landtag nichts zu erwarten ist. Die Kommission, die für die Vergesehensvolle eingeseht wurde, hat dann ja auch eine Verschlechterung an dem Gesetz vorgenommen, so daß jetzt auch die Christlichen den Gesetzentwurf ablehnen. (Hört, hört!) Zum Schluß behandelte Sache den Fall Spaniol-Heinen. Spaniol und Heinen waren zwei Verbandsangehörige, die wegen unamerikanischen Verhaltens und anderer Verstöße gegen die Disziplin ausgeschlossen werden mußten, und mit denen der Verband eine Reihe Prozesse zu führen gezwungen ist. Die Angelegenheit wurde der Beschwerdekommision unterbreitet und die Generalversammlung wird später dazu Stellung nehmen. Ferner beschäftigte er sich mit den Angriffen des „Christlichen Bergknappen“, der die Verbreitung eines Flugblattes auf den Landtagsabgeordneten Brust vorwirft, er sei mit 8000 M. von den Zechenbaronen bestochen worden und der dafür den Verbandsvorstand verantwortlich macht. Sache erklärt dazu, daß er sofort alles getan habe, um die Verbreitung des Flugblattes zu inhibieren. Er habe, nachdem es zu spät war, auch ein Gegenflugblatt losgelassen; denn der Verband verschmähe es, derartige anonyme Flugblätter mit persönlichen Angriffen zu verbreiten. (Lebhafte Beifall.) — Horn-Vodum erstellte den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse sind gut. Am Schlusse des Jahres 1908 war ein Vermögen von 2 816 944 M. vorhanden, so daß auf das einzelne Mitglied ein Vermögen von 25 M. entfällt (gegen das Vorjahr ein Mehr von 7,83 M.). Auch der Kassenbericht, den Schrotter-Vodum für die Druckerei des Bergarbeiterverbandes erstellte, bot ein erfreuliches Resultat. Es konnten erhebliche Abschreibungen vorgenommen werden und es blieb immer noch ein Reingewinn übrig. Im Namen der Kontrollkommission beantragte R u n s d o r f -Vodum Decharge. — Am Schlusse der Vormittagssitzung teilte der zweite Vorsitzende Schröder-Vodum mit, daß von der Zeche „Höllern“ in Röhlinghausen schon wieder ein Delegierter wegen Teilnahme an der Generalversammlung gekündigt worden sei. (Lebhafte Pfuirufe.)

In der Nachmittagsitzung wurde über die drei Referate ausführlich debattiert. Es lagen mehrere Anträge vor, darunter auch solche, die das Verhältnis zum christlichen Gewerbeverein betrafen und von denen einer trotz aller Weibungsflächen den Versuch machen will, mit dem christlichen Gewerbeverein zusammenzuarbeiten. — Weikert-Vodum meinte, daß zwar der Kassenbericht ein glänzendes Resultat zeige, daß man aber den Hauptwert nicht auf den guten finanziellen Stand des Verbandes legen müsse, sondern auf eine möglichst große Mitgliederzahl. (Sehr richtig!) Zu betonen sei, daß die Ausländer sich meist gegen die Bestrebungen des Verbandes so sehr wehren. — Weich-Gelsenkirchen: Ich halte es nicht für richtig, daß auch die Knappschaftsältesten auf Anraten des Verbandsvorstandes dem neuen Knappschaftsstatut zustimmen. Ich meine, daß das Oberbergamt gar nicht die Befugnis hatte, die bestehenden Rechte wegzunehmen. Ich gebe zu, daß den Vorstand bei der 30 000 Mark-Angelegenheit keine Schuld trifft, aber die Christlichen haben am wenigsten Ursache, sich darüber zu enträsten, angesichts des schmutzigen Kampfes, den sie gegen uns führen. (Zustimmung.) — Brand-Marienberg: Der Neubildung einer Siebenerkommision müßten wir uns entgegenstellen. Wir müssen es in Zukunft unter unserer Würde halten, noch mit solchen Reuten zusammenzuarbeiten. — Ein Delegierter aus Gelsenkirchen führte aus, daß auch unter dem neuen Vergeseh nach Uebersichten gemacht werden, trotzdem das eigentlich verboten sein sollte. Aber durch eine eigenartige Auslegung haben es die Vergherren verstanden, das Gesetz in diesem Sinne zu interpretieren. — Aus dem Braunkohlenrevier Halle-Zeich-Kneufelwitz führen mehrere Delegierte Klage über die Zunahme der Frauennarbeit in den Zwickelfabriken, die unbedingt beseitigt werden müßte. Die Männer sind arbeitslos und müßten das Haus besorgen; die Frauen dagegen würden für niedrigen Lohn in den Fabriken ausgedient. Das müßte in Zukunft verboten werden, und die Reichstagsfraktion müsse sich der Sache annehmen. — Ein Delegierter aus dem Senftenberger Bezirk kritisiert die Ausföhrungen Sachses, man müsse sich in der jetzigen Krise Lohnreduktionen gefallen lassen. Das sei nicht richtig, denn sonst müßten wir ja bei jeder Hochkonjunktur von vorn anfangen. Die Mitglieder hätten die Pflicht, sich gegen Lohnreduktionen zu wehren. (Sehr richtig!) — M a c h e -Vodum: Ich habe den Vorstand in Verdacht, daß er dem sogenannten Revisionismus in der Partei Konzessionen macht. Diesen Verdacht füge ich darauf, daß, obwohl zwar Unterstützungsanträge aus den Reihen der Mitglieder kommen, ich den Vorstand doch in Verdacht habe, daß er die Mitglieder beim Stellen solcher Anträge unterstützt. Ich bin der Meinung, daß wir eine Kampforganisation sind, und daß wir den Knappschaftscharakter unserer Organisation nach keiner Richtung hin abschwächen lassen dürfen. Das würde aber geschehen, wenn wir dem Unterstützungsweisen so viel Konzessionen machen. Sollten die Gegner aus meiner Neuerung Kapital schlagen, so erkläre ich, daß ich dem Vorstand nichts Schlechtes habe nachsagen wollen. (Zur: Sehr gut!) Ich wollte nur auf das Bedenkliche der Haltung des Verbandes für den Kampfcharakter unserer Organisation hinweisen. — M i m m a r n -Vodum: Wir in Oberschlesien haben nicht nur mit den Bergherren zu tun, sondern auch mit den Polen. Ich richte meine Anklage gegen den Reichstagsabgeordneten Kapieralski, den man gewisser-

mögen einen polnischen Zeitungsdirektor nennen muß, und der uns mit allen Mitteln zu bekämpfen sucht. Dagegen stehen wir mit der Reichstagswahl gut, wenn wir auch beklagen, daß sie bei der letzten Reichstagswahl nicht für den Kandidaten der Arbeiter, sondern für den Grubenkandidaten Volk eingetreten sind. — **Kartenberg-Gelsenkirchen:** Auch ich habe an dem neuen Knappschaftstatut vieles auszusehen, aber unsere Knappschaftsältesten mußten ihm zustimmen. Solange keine Einigung unter den Bergarbeitern vorhanden ist, müssen wir aber mit dem vorlieb nehmen, was erreichbar ist. Lieber eine Verschmelzung aller Bergarbeiter zu einem Verband sollte man einmal eine Urabstimmung bei allen Bergleuten vornehmen, dann würde sich zeigen, daß die Bergarbeiter in ihrer großen Masse bereit sind, in einem großen Verbande zu arbeiten. Was Mayer über die Förderung des Revisionismus durch den Verbandsvorstand sagte, halte ich nicht für richtig. Ich sehe nicht im Verdacht, ein Revisionist zu sein, aber gegen den Revisionismus Mayers muß ich mich verwahren. (Sehr richtig!) Wenn Mayer den Ausbau des Unterstützungswesens eine besondere Eigenschaft des Revisionismus nennt, wird er in den radikalen Kreisen damit wenig Gegenliebe finden. Unsere Unterstützungseinrichtungen müssen nach Maßgabe unserer finanziellen Kräfte noch weiter ausgebaut werden. (Sehr richtig! und lebhafter Widerspruch.)

Saupein (Lugau): In unserem Revier hat man 40 Kameraden aufs Pfloster gesetzt um zu erzielen, daß wir in den Streik eintreten sollen. Man wollte diesen Streik provozieren, damit unsere Verbandskasse geplündert werde. Aber wir haben das Passiv durchschaut und uns darauf nicht eingelassen. Die Christlichen haben auch versucht, Jwisz in die Bergarbeiterschaft zu

tragen, aber sie haben noch nicht einmal 20 Männlein um ihre Fahne scharen können, und sie werden auch nie mehr bekommen.

Weiße (Gelsenkirchen): Was in Wirklichkeit die Anschauungen der christlichen Gewerksvereine sind, mag daraus hervorgehen, daß bei der letzten Stadtverordnetenwahl ein Vertrauensmann des Christlichen Gewerksvereins mit dem Generaldirektor der Zechen zusammen auf einer Liste standen. (Hört, hört!) Das sind dieselben Leute, die Sonntags bei anderen Gelegenheiten in die Mediere hinauszugehen und den Arbeitern Hoch gegen die Unternehmer predigen. Wie sie in der Praxis handeln, mag aus dem mitgeteilten Vorkommnis hervorgehen. — Ein Delegierter aus Essen schilberte mehrere Fälle, in denen Kapläne die Agitation des Christlichen Gewerksvereins unterstützen. Er teilte weiter Fälle mit, in denen Bergleute nur wegen ihrer Tätigkeit für den Verband auf die schwarze Liste gesetzt worden sind. Er beurteilte die schosse Kampfmethode des Christlichen Gewerksvereins und meinte: Wir sind stark genug, wir können allein unseren Weg gehen. Mit einer solchen Organisation, die im Dienste des Kapitals steht und den Zechenverwaltungen Handlangerdienste leistet, können wir nie und nimmer zusammengucken. — Von mehreren anderen Rednern werden Fälle angeführt, wo Pfarrer mit der Verweigerung der Absolution gedroht haben, wenn die Bergleute nicht dem Christlichen Gewerksverein beitreten würden. Weiter wurde ein Fall mitgeteilt, in dem sogar ein evangelischer Pastor zum Beitritt zum Christlichen Gewerksverein aufgefordert. Wenn sich die Bergarbeiter einmal organisieren wollten, so mühten sie sich bei dem Christlichen Gewerksverein aufnehmen lassen. In die freien Gewerkschaften dürften sie nicht gehen, denn dort würden sie bei Verordnungen rote Kränze bekommen und der geistlichen Seelsorge entbehren müssen. — Auch

weitere Redner sprachen scharf gegen ein Zusammenarbeiten mit den Christlichen, die sehr häufig bei den Berggewerkschaftswahlen und Knappschaftswahlen mit den Zechenverwaltungen zusammengegangen sind. Auch wurden Fälle mitgeteilt, in denen der Gewerksverein dem Verband Lokale abgetrieben hat.

Nachdem etwa 40 Redner gesprochen hatten, wurde ein Schlußantrag angenommen und die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch verlegt.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 17. 5. um 10. 1/2 Uhr	am 16. 5. um 10. 1/2 Uhr	Wasserstand	am 17. 5. um 10. 1/2 Uhr	am 16. 5. um 10. 1/2 Uhr
Remel, Elbe	211	—	Saale, Großh.	83	+10
Regel, Spandau	9	—	Saale, Spandau	84	+4
Weiße, Elbe	262	—	Mathemow	135	—
Oder, Rasthor	265	—	Spree, Spremberg	70	-2
• Krosien	267	—	Breslau	108	-2
• Frankfurt	262	+1	Weser, Ründen	—	—
• Berlin, Scharn	88	—	• Ründen	—	—
• Landsberg	114	-6	Rhein, Maxiliansau	394	+1
• Rega, Vordamm	52	-6	• Raab	163	-4
• Elbe, Zeitzsch	8	-2	• Köln	156	-7
• Dresden	—100	+4	• Redar, Heilbrunn	56	+5
• Barby	154	-12	• Rain, Wertheim	114	-4
• Magdeburg	138	-12	• Rosel, Trier	38	-2

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpendel, —) höchster Wasserstand: 263 cm vom 16. 6 Uhr nachmittags bis 17. 6 Uhr früh. Die preussische Weiße Elbe wird in einigen Tagen, wahrscheinlich übermorgen, wieder etwas steigen, vermutlich aber nicht wesentlich über Anstauungshöhe.



Sunlicht Seife

verbindet mit absoluter Unschädlichkeit und Schonung des Materials enorme Reinigungskraft. Die Dessins von Linoleum behalten die Frische der Farbe und die Oelanstriche bleiben wie neu. Daher verwende man auch für diese Zwecke nur Sunlicht Seife, welche in immer gleichbleibender Güte überall zu haben ist!



Theater.
Freie Volkshöhne.
Mittwoch, abends 8 Uhr: 1. Akt im Thalia-Theater: Hans Gudebein.
Donnerstag, nachm. 8 Uhr: 7. Akt im Thalia-Theater: Der Fied auf der Ehr.
abends 8 Uhr im Thalia-Theater: 2. Akt: Hans Gudebein.
Freitag, abends 8 Uhr, im Neuen Schauspielhaus II. (13. Abendabteilung: Maß.
abends 8 Uhr im Thalia-Theater: 3. Akt: Hans Gudebein.
Sonabend, abends 8 Uhr, im Thalia-Theater (4. Akt): Hans Gudebein.
Mittwoch, den 19. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Fledermaus.
Königl. Schauspielhaus. Die Karolinger.
Deutsches Haus.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. Anf. 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
A. Russ. Hofball. Die Zauberflöte.
Lesing. Die Dollarprinzessin.
Schiller. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. Wagner (Theater.)
Doktor Klaus.
Zehn E. Charlottenburg. Narziß.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Die Siebzehnjährigen.
Neues Schauspielhaus Maß.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Wachen. Der Jockeiklub.
Neues. Tricoche und Cacolet.
Thalia. Das Theater erzählt.
Hilfens. Kümmer dich um Kuruz.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Luisen. Krone und Fessel.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Der Zigeunerbaron.
Berliner Operetten-Theater SW.
Gastspiel der Legation. Der Dorfparce. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Role. Der Weichmann und sein Pflegekind.
Gastspiel-Theater. Die Frau Schän. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Darslein. Er oder Es. Spezialitäten.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Daberland. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Allein — endlich. Ungerader Tage. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kessino. Das Opferlamme. Spezialitäten.
Parodie. Siegel hegeß alles. — Alles sind Kind. Oder: Die Folgen eines Nendepous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Günau Schreind. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kompagnieball.
Urania. Tanzstube 48/49.
abends 8 Uhr: Von Abbagia bis Korfu.
Sterzwarte. Invalidenstr. 67/68.

Lessing-Theater.
Gastspiel S. Neuen Operetten-Theaters.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.
heute 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.
Berliner Theater.
heute 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.
Neues Theater.
abends 8 Uhr:
Tricoche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricoche und Cacolet.
Theater des Westens.
heute nachmittags 3 Uhr Operenaufführung des Simebergischen Konservatoriums. abends 8 Uhr: Der Jockeiklub.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 19. Mai, Anfang 8 Uhr:
Die Siebzehnjährigen.
Donnerstag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Der Kilometerfresser.
Freitag: Der Kilometerfresser.
Hebbel-Theater
Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. abends 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Lustspielhaus.
abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.
Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Kümmer dich um Amelie.
Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Hebbel.
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellg. Sommerprelle.
Luisen-Theater.
abends 8 Uhr:
Krone und Fessel.
Donnerstag nachm. 3 Uhr: Rübchen von Heilbrunn. abends: Krone und Fessel.
Freitag: Gastspiel des Berliner Operetten-Theaters: Jockeiklub.
Sonabend: Erste Opernaufführung des Brandenburgerischen Konservatoriums.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Rübchen und Liebe. 8 Uhr: Krone und Fessel.
Gastspiel-Theater
Käpenster Straße 68.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Frau Gräfin.
Unsere Abonnement haben auf allen Plätzen die bekannte Ermäßigung.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Aufspiel in 5 Akten v. H. P. Kronge. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Narziß.
Trauersp. in 5 Akten v. H. E. Straßboegel. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, nachm. 3 Uhr:
Rechts herum.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Narziß.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Inh.: Ernst Liebling.
::: Schönster Parkgarten und größter Konzertsaal Berlins. :::
Jeden Dienstag, Mittwoch, Nachmittags
Kaffee - Frei - Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger und Hamburger Sänger.
(Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.)

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
WINTERGARTEN
„Durga“
das fliegende Piano.
Felice Lorraines
lebende Kunstwerke.
Liane d'Eve
Excentrique française
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.
Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe)

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der
Azteken!
Ohne Extra-Entree!
Experiments der IV. Dimension.
Neapol. Brigantes.
Alles ohne Extra-Entree!
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Bogen vollständig
Neuvierung
der Gesandten geschlossen!
Wiedereröffnung:
1. Pfingstfesttag.
Casino-Theater
Lothringstr. 37. — Täglich 8 Uhr.
Schrämischer Vortragsfolge!
Über 100 mal vor ausverl. Häusern
gehört der tolle, lustige Schwan
Das Opferlamme.
Schlußvorstellung den 24. Mai
Sonntag 4 Uhr: Ademann.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
„Mein Freund Hugo.“
Bucleste von Moyal.
Anfang
wochentags
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.
Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/16.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Vrt. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Freitag und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Reste
Damenstübe, schwarz und farblich, Costumes-Stoffe, neuere Muster, Trikot-Stoffe, Seiden, Linnen, Kammele, Seide etc.
Confection
Paletots, Jaquetts, Staubmäntel, Costumes und Costumes in großer Auswahl.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große Mal-Programm.
Grete Gallus, die beliebte
Soubrette, u. die übrigen Spez.
Im Garten: **Freikonzert.**
heute: **Tanz-Reunion.**

DOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Hamburger Str. 132
abends 8 Uhr:
Der Feiermann u. sein Pflegekind.
Vollständ. in 5 Akten von Charlotte Sch. Pfeiffer.
Sachentagsprelle
Donnerstag: Das Mädchen ohne Ehr.
Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Ranchen gestattet.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Beginn der
Sommer-Saison:
30. Mai.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Sanssouci, Köthener Str. 6.
Direktion Wilhelm Kömer.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Stets neues Programm.
Elite-Soiree
Frühlings-Kränzchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Beg. Sonnt. 8. wochent. 8 U.
Eintrittspreise: Gr. Elite-Extra-Soiree. Tanzg.

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.
Der Kenner
raucht
№ 61
hochfeine
6 Pf. Cigarre
vorzüglichem würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken — 103 Filialen
Cigarren-Fabriken. Begründet 1850
In 100 Zweiggeschäften
gleiche Nummern zu gleichen
Preisen.

Passage-Theater.
Walter der eigenartige Vortragskünstler.
Schneider
Bruns-Lebrun
der fahrende Sänger
Jaka Jshad
Maur. Schlangentänzerin.
2ter Monat.
Das neue Mal-Programm ein voller Erfolg!
Königstadt-Kasino.
Polzmarstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Bellermanns Brautstau.
Schwan in 1 Akt
Neues Spezialitäten-Programm.
The Marrows, Hoo & Shoo, Marco & Tadjana, Paulsen, Loro, etc. etc.
Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr,
wochentags 7 1/2 Uhr.
Haben Sie Stoff?
Ich ferre davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dauerhaft. Zusatzen
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade, II. (Südstr. 100).

Apollon Theater
9 1/2 Uhr: Gastspiel 9 1/2 Uhr:
Hartstein
in seiner Vorrede
Er oder Er.
ab 8 Uhr:
Die phänomenalen Attraktionen.

Passage-Theater.
Walter der eigenartige Vortragskünstler.
Schneider
Bruns-Lebrun
der fahrende Sänger
Jaka Jshad
Maur. Schlangentänzerin.
2ter Monat.
Das neue Mal-Programm ein voller Erfolg!
Königstadt-Kasino.
Polzmarstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Bellermanns Brautstau.
Schwan in 1 Akt
Neues Spezialitäten-Programm.
The Marrows, Hoo & Shoo, Marco & Tadjana, Paulsen, Loro, etc. etc.
Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr,
wochentags 7 1/2 Uhr.
Haben Sie Stoff?
Ich ferre davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dauerhaft. Zusatzen
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade, II. (Südstr. 100).

Passage-Theater.
Walter der eigenartige Vortragskünstler.
Schneider
Bruns-Lebrun
der fahrende Sänger
Jaka Jshad
Maur. Schlangentänzerin.
2ter Monat.
Das neue Mal-Programm ein voller Erfolg!
Königstadt-Kasino.
Polzmarstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Bellermanns Brautstau.
Schwan in 1 Akt
Neues Spezialitäten-Programm.
The Marrows, Hoo & Shoo, Marco & Tadjana, Paulsen, Loro, etc. etc.
Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr,
wochentags 7 1/2 Uhr.
Haben Sie Stoff?
Ich ferre davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dauerhaft. Zusatzen
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade, II. (Südstr. 100).

Damms Volkspark-Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
bei
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüßet sich täglich.

Der Kenner
raucht
№ 61
hochfeine
6 Pf. Cigarre
vorzüglichem würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken — 103 Filialen
Cigarren-Fabriken. Begründet 1850
In 100 Zweiggeschäften
gleiche Nummern zu gleichen
Preisen.

Parteilgenossinnen und Genossen!

Am heutigen Tage wird das Junkerparlament den Wahlrechtsraub sanktionieren und jedenfalls die Landtagsmandate der Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch und Ad. Hoffmann kassieren.

Die Wähler des 5., 6., 7. und 12. Berliner Landtagswahlbezirk werden — hoffentlich nur für kurze Zeit — der ihnen selbst auf Grund der elenden Dreiklassenwahl zustehenden Vertretung beraubt und vergewaltigt.

Wir berufen

zum heutigen Abend,

Mittwoch, den 19. Mai, 8 Uhr, vier Volksversammlungen in den „mandatslosen“ Bezirken ein und zwar in den Lokalen:

- Noabiter Gesellschaftshaus, Bielestr. 24.
Breuer, Große Frankfurter Str. 117.
Sandjanci, Kottbuser Str. 6.
Ehstun, Landsberger Allee 40-41.

Tagesordnung: Der Wahlrechtsraub.

Referenten: Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch, Hoffmann.

Wir erwarten, daß die Genossen und Genossinnen in Massen zur Stelle sind und flammenden Protest gegen die brutale Entrechtung der sozialdemokratischen Wählerschaft einlegen.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Leser- und Diskutterklub „Südost“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Reichardt, Schillerstr. 58: Sitzung. Gäste willkommen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Treptow ist uns das Lokal der Wittne Grahnmann, Eisenstraße, Ecke Köpenicker Landstraße, entzogen worden. Das Grundstück gehört der Großen Berliner Straßenbahn.

In Rudow bei Johannisthal sind noch wie vor sämtliche Saallokale gesperrt. Verkehrslokal ist: August Palm, Köpenicker Straße.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß in Grünau das Restaurant „Vellebue“, Friedrichstraße 22, Jnh. August Knuth, der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht.

Folgende Lokale sehen uns neu zur Verfügung: In Wannsee: Gustav Koch, Chausseestr. 2a; in Reinickendorf-Nr.: Hubertusfälle (Jnh. R. Schmidt), Probingstr. 77/78; in Gröner: Restaurant „Zum Eisenbahnhotel“ (Jnh. Fieker, vorm. Seidenfäher); dagegen ist das Lokal „Neues Schützenhaus“ an der Bittauer Chaussee dortselbst streng zu meiden.

In Märkrise (Frankfurt-Verder) sind folgende Lokale frei: Roads Gasthof (mit Saal), am Markt, und Restaurant Hurlitz.

Die Lokalkommission.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Vorträge der Genossin Betkin über die Frauenfrage finden am

Freitag, den 21. Mai, 8 Uhr abends

ihre Fortsetzung.

Eintrittskarten zum Preise von 10 Pfennigen für jeden der noch stattfindenden Abende sind vor dem Vortrage in Kellers Lokal, Köpenstr. 29, zu haben.

Der Zentralvorstand.

Fünfter Wahlkreis. Donnerstag, den 20. Mai, Himmelstags: Ausflug nach Bergfelde. Abfahrt 8.53 morgens vom Vorortbahnhof der Stettiner Bahn nach Hermsdorf. Treffpunkt dortselbst für Radfahrer bis 1/11 Uhr vorm. im Restaurant „Forsthaus“, D. Heidenreich, Auguste-Viktoria-Str. 18. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Sonnabend, den 22. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Linke, Grunowstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Frauen im öffentlichen Leben. Referentin: Frau A. Friedländer, Berlin 2. Die Gemeindevertretung in Mahlsdorf. Referent: Genosse Robert Dertel.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Aug. Mayer, Wuchhorster Straße, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die neuen Steuern, ein Raubzug auf die Taschen der Unbemittelten. Referent: Stadtverordneter Emil Böcke. 2. Die letzten Vorgänge in unserem Ort. 3. Diskussion. Die Nieder-Schönhauser Genossen, die daran teilnehmen wollen, treffen sich bei Bratvogel, Nordend. Abmarsch um 2 Uhr. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Protestiert gegen den Viermandatsraub!

Als am Dienstag nachmittags dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Antrag der Wahlprüfungs-Kommission, die 4 sozialdemokratischen Mandate für ungültig zu erklären, auf die Tagesordnung für Mittwoch gesetzt wurde, war die Berliner Parteileitung sofort in der Lage, durch ein Extrablatt des „Vorwärts“ den Genossen mitzuteilen, daß bereits am andern Tage der Schlag gegen die sozialdemokratische Partei geführt werden sollte.

der vier Wahlkreise, werden Veranlassung nehmen, das unerhörte Vorgehen der Majorität der Welschadverteiler mit gebührender Schärfe zu kennzeichnen! Sache der Arbeiterschaft selbst ist es, durch massenhaftes Erscheinen für eine wuchtige Kundgebung gegen den an ihren Vertretern und damit an ihnen selbst verübten Gewaltstreich zu sorgen.

Von heute ab beginne der Wahlkampf! Tue jeder seine Pflicht!

Wie Behörden die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Zu einem öffentlichen Skandal hat sich die oft gerügte, trotzdem aber immer wiederkehrende Unsitte herausgewachsen, bei Umzügen von Privatpersonen Feuerwehreute zu beschäftigen. Vom gestrigen Tage liegt wieder eine hierauf bezügliche Meldung vor. Die Bekleidungs-Firma Gebrüder Jlle in der Brüderstraße 2 hatte, um ihren Geschäftszug zu bewältigen, 10 Feuerwehreute angenommen. Diese Tatsache war auf einigen Arbeitsnachweisen bekanntgeworden und es dauerte nicht lange, so sammelten sich in dem Hofe des Hauses Brüderstr. 2 und vor dem Hause gegen 800 bis 400 arbeitslose Transportarbeiter an, die gern die Arbeit verrichten hätten, nun aber zusehen mußten, wie von der Stadt bezahlte Beamte ihnen das Brot wegnahmen.

Wir gehören nicht zu denen, die etwa den Feuerwehreuten den Verdienst nicht gönnen; wir sind immer dafür eingetreten, daß die Feuerwehreute eine Bezahlung erhalten, die ihrer schweren Tätigkeit entspricht und ihnen eine auskömmliche Existenz gewährt. Prolet muß aber eingelegt werden, daß aus Mitteln der Gemeinde erhaltene Beamte arbeitslosen Bürgern das Brot wegnehmen.

Es muß ernstlich die Frage aufgeworfen werden: Wer trägt die Verantwortung für die immer wiederkehrende Unsitte der Verwendung von Feuerwehreuten zu anderen als dienstlichen Zwecken? Unsere Feuerwehr ist königlich. Die Stadt Berlin hat zwar die Verpflichtung, die Mittel für die Wehr herzugeben, hat aber im übrigen nichts zu sagen. Die Feuerwehr untersteht dem Polizeipräsidenten und dieser dem Minister des Innern. Uns ist aber mitgeteilt worden, daß in dieser Beziehung die einzelnen Abteilungen der Feuerwehr freie Hand hätten, doch also nicht einmal der Branddirektor die Erlaubnis zur anderweitigen als dienstlichen Verwendung von Feuerwehreuten erteile. Ist das der Fall, so wäre ja für die Feuerstärke Berlins schlecht gesorgt. Durch die von uns gerügte Tätigkeit von Feuerwehreuten werden diese ihren eigentlichen Zwecken entzogen, selbst wenn das in der dienstfreien Zeit geschieht. Die dienstfreie Zeit ist da zur Ruhe, die gerade Feuerwehreute sehr nötig gebrauchen.

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, sind am gestrigen Nachmittag auf höhere Anordnung hin die Feuerwehreute zurückgezogen worden und es ist mit dem Unternehmer eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher Transportarbeiter vom Arbeitsnachweis zur Bewältigung dieser Arbeit in Anspruch genommen werden. Das ist ja gewiß zu begrüßen, ändert aber nichts daran, daß für die Zukunft Garantien geschaffen werden müssen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu vermeiden. Der Branddirektor bzw. der Polizeipräsident sollten generell verfügen, daß Feuerwehreute zu anderen als dienstlichen Zwecken nicht herangezogen werden dürfen, soll nicht die Erklärung der Minister im preussischen Abgeordnetenhause, nach Möglichkeit für Binderung der Arbeitslosigkeit zu sorgen, mit den Tatsachen in gar zu kraffem Widerspruch stehen.

Geschlechtskrankheiten-Ausstellung.

Anlässlich des Krankenkonferenzen hat die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Goppoldischen Lokale, Hagenheide 32/38, eine Ausstellung ihrer Sammlung von Wachmodellen veranstaltet. Die Ausstellung ist am Montagabend durch den Generalsekretär der Gesellschaft, Prof. Dr. Blaschko, mit einer Ansprache eröffnet worden, in welcher er auf die Beziehungen der Geschlechtskrankheiten zum Volkswohl sowie auf die ungesunden gesundheitlichen, materiellen und ideellen Schädigungen hinwies, welche aus der großen Verbreitung dieser Krankheiten der Bevölkerung erwachsen. Hauptschuld an diesen Zuständen trägt die große Unkenntnis aller Volksschichten über Wesen, Bedeutung und Verbreitungsweise dieser Krankheiten. Die D. G. G. hat es sich zur Aufgabe gestellt, durch Belehrung in Wort und Schrift, und jetzt auch durch bildliche Darstellung aufklärend zu wirken.

Die angebotenen Objekte und Tabellen geben ein anschauliches Bild von den schweren Verstörungen, welche die venerischen Krankheiten in den verschiedenen Gegenden und Bevölkerungsschichten Deutschlands anrichten. Durch Erläuterungsvorträge, die in den Abendstunden von 6-8 alljährlich von sachkundigen Vorträgen gehalten werden, soll dem Publikum das Verständnis für die Ausstellung nähergebracht und der Ernst und die Tragweite der Gefahren, welche besonders der Jugend durch die venerischen Krankheiten drohen, in anschaulicher Form eingepreßt werden. Damit dieses Ziel erreicht wird, wäre der Ausstellung, die bis zum 22. d. M. geöffnet bleibt, ein zahlreicher Besuch zu wünschen.

Aus der Verkehrsdeputation.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Ritscher fand gestern eine Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation statt, in der das amtliche Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten über das Genehmigungsverfahren in Sachen der Nord-Südlinie: Victoria-Park-Schillerhain bekannt gegeben wurde. Danach waren die Leitungsmaßnahmen verfrüht und die Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ von einer königlichen Genehmigung unzutreffend. Das Schreiben des Polizeipräsidenten hat folgenden Wortlaut:

„Der städtischen Verkehrsdeputation mache ich ergebenst die vorläufige Mitteilung, daß der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten dahin Entschcheidung getroffen hat, daß die städtische Nord-Südlinie bei ihrer Kreuzung mit dem von der Großen Berliner Straßenbahn geplanten viergleisigen Tunnel in der Leipziger Straße die obere Lage erhalten soll, ebenso wie bei der Kreuzung mit dem Tunnel in der Straße Unter den Linden.“

Da sonstige Bedenken gegen die Nord-Südlinie bei den Genehmigungsbehörden nicht mehr bestehen, so werde ich dem Genehmigungsverfahren nunmehr beschleunigten Fortgang geben.“

gez. v. Stubenrauch.

Gleichzeitig wurde von der Deputation der Plan einer städtischen Straßenbahn vom Urban durch die Gröfestr. über die Kottbuser Brücke durch die Rammn, Wanteuffel, Wangel-, Eisenbahnstraße, über die neue Brommbrücke, durch die Mühlen-, Frucht- und Königsbergerstraße und dem Weidenweg nach dem Voltenplatz mit Anschluß an die schon im Betriebe befindliche städtische Straßenbahn beraten und beschlossen, die Gleise für diese Bahn beim Van der

Bromm-Brücke schon jetzt dort zu lagern, um später diese Verbindung herstellen zu können. Der Festlegung der zurzeit gültigen Tarife für die mit Pferden bespannten Omnibusse der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft wurde auf ein weiteres Jahr zugestimmt. Ferner genehmigte die Deputation die beantragte Änderung der Gleisanlagen auf dem Voltenplatz, wo kürzlich zwei Straßenbahnwagen in einer Kurve zusammengestoßen und mehrere Personen schwer verletzt worden waren. Der Platz soll in der Mitte eine Schumdanlage erhalten und die Gleise um den Platz herumgeführt werden. Die Kosten trägt die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft.

Ein netter Eiertischbesuch ist der frühere herrschaftliche Aufseher Karl Mendel aus Lichtenberg. Der Mann hatte keine Freude mehr an seinem Berufe und legte sich mit großem Eifer auf die Bekämpfung der Unsitte. Er besuchte als Missionar Besale und Wohnungen, um Gefallene aufzurichten und auf den Weg der Besserung zu lenken. Auch auf der Straße suchte er das Laster auf, um es zu bekämpfen. Am Sonnabend aber wurde er mit einem anderen in einer Bedürfnisanstalt am Schöneberger Ufer in einer Lage getroffen, die einen dritten veranlaßte, ihn feststellen zu lassen. Als man ihm Erläuterungen darüber ausdrückte, daß gerade er solche Schmutzerien treibe und noch dazu öffentlich, erwiderte er salbungsvoll, wer das Laster mit Erfolg und gründlich bekämpfen wolle, müsse selbst erst tief hineinsteigen, um es und die Mittel zu seiner Bekämpfung kennen zu lernen.

Vom eigenen Fahrwerk totgefahren. Ein aufregender Unglücksfall mit tödlichem Ausgang trug sich vorgestern nachmittags in der Brunnenstraße zu. Der Kutscher Erwin König aus der Schönholzer Straße 1 hatte Fleisch vom Zentralviehhof abgeholt und bei einem Schlächtermeister in der Brunnenstraße abgeladen. In dem Augenblick, als er wieder auf den Wagen steigen wollte, scheuten die Pferde durch ein vorübergehendes Automobil und gingen durch. Er wurde vom Bod geschleudert und fiel unglücklichweise unter die Räder, die ihm über die Brust hinweggingen. Dem Bedauernswerten wurden fast sämtliche Rippen gebrochen und die Lunge zerrissen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die dabonraufenden Pferde konnten durch beherrzte Männer angehalten werden, bevor weiteres Unheil angerichtet wurde.

Die Saison der „Platterfahrer“ steht gegenwärtig in voller Blüte. Täglich laufen bei der Polizei zahlreiche Meldungen über größere Vandalenstücke ein. Zu regelrechten Banden haben sich die Spezialisten auf dem Gebiete des „Platterfahrens“ organisiert, um die Einbrüche in größerem Umfange betreiben zu können. Von großer Dreistigkeit zeugt ein Fall, der uns aus der Wilhelmstraße gemeldet wird. Am Montagnachmittag mühten die Bewohner des Hauses Wilhelmstraße 20 die unangenehme Entdeckung machen, daß sämtliche Wände erbrochen und ausgeraubt waren. Heberall waren die Schloffer an den Verschlüssen aufgebrochen worden. Die Dieber haben dann selbst zu, wie die dreisten Einbrecher die in großen Ballen zusammengebundene Beute die Treppen heruntergeschleppt, ohne Argwohn zu schöpfen. Dem im Hause wohnhaften Karikaturzeichner Woy wurden unter anderem wertvolle Stizzen und Bilder sowie ein japanisches Porzellanervice entwendet.

Von der Plattform eines Eisenbahnwaggons abgestürzt ist in der vorletzten Nacht der Kanalarbeiter Alexander Bogsch aus Charlottenburg, der in Merneuchen gewesen war und den um 12 Uhr nachts auf dem Schlesischen Bahnhof eintreffenden Briegerer Zug zur Rückfahrt benutzte. Als sich der Train der Hauptstadt näherte, verließ A. sein Abteil und begab sich auf die Plattform. Beim Verlassen einer Weiche bei Rummelsburg verlor der Kanalarbeiter das Gleichgewicht und stürzte auf den Dachstuhl. Der Unfall wurde sofort bemerkt und Bahnbeamte davon benachrichtigt, die den Verunglückten nach dem Rummelsburger Krankenhaus brachten. Bogsch hatte einen schweren Schädelbruch sowie auch innere Verletzungen davongetragen.

Bei einem Sturz auf dem Bürgersteig den Tod gefunden hat ein unbekannter etwa 40 Jahre alter Mann. Er wollte vor dem Grundstück Müllerstraße 63 vom Bürgersteig auf den Fahrweg treten, glitt aber an der Bordwand aus und kam so unglücklich zu Fall, daß der Kopf gegen die harte Bordwand geschleudert wurde. Es trat ein Schädelbruch ein, an dessen Folgen der Verunglückte bald darauf starb. Die Leiche des Unbekannten wurde zur Nekropsierung nach dem Schauhaus gebracht.

Zur Vorsicht mahnt ein schwerer Radfahrerunfall, der sich, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am Sonntagnachmittag im Grunewald ereignet hat. Der 17 Jahre alte Gymnasiast Willi Vender, Gieselerstraße 4, hatte auf seinem Zweirade einen Ausflug nach dem Grunewald unternommen. In der abschüssigen Hubertuskalle ließ er die Maschine frei laufen und suchte die Geschwindigkeit dadurch zu erhöhen, daß er sich mit dem Oberkörper auf die Lenkstange stützte. Diese brach plötzlich, Vender stürzte von dem Rade und erlitt einen schweren Schädelbruch. Hinzukommende Ausflügler brachten den Verunglückten nach Berlin. Hier wurde der Gymnasiast nach einem Krankenhause übergeführt, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Einen Leichensund sucht die Polizei aufzuklären. In dem Gausfür des Grundstücks Grüner Weg 32 wurde vorgestern nachmittags von einem Bewohner ein Paket gefunden, das die Leiche eines mehrere Tage alten Knaben enthielt. Es wird angenommen, daß hier ein Kindesmord vorliegt. Die Leiche, die in braunes Packpapier und in einen hellen Pappkarton eingehüllt war, wurde polizeilich beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht.

Eine Revolverkassette wird aus der Turmstraße gemeldet. Dort ließ sich vorgestern abend ein junger Mann mit einer Kraftdrose umherfahren und gab endlich als Ziel ein Café an. Als der Wagenführer hier Zahlung verlangte, wollte ihm der Fahrgast statt des Geldes eine Revolverkassette verabreichen. Zum Glück ging der Schuß fehl und die Kugel richtete keinen Schaden an. Jetzt entfloh der Schütze. Der Chauffeur aber turdelte rasch an und verfolgte ihn. Als der Flüchtige sah, daß es kein Entrinnen mehr gab, schoß er sich selbst eine Kugel in den Kopf und brach besinnungslos zusammen. Nach dem Krankenhaus wurde er gebracht, starb er bald nach der Entlieferung. Wer er ist, weiß man nicht.

Religiöser Wahnsinn. Am Montagmittag begab sich der 37 Jahre alte Arbeiter Georg Bohne in einem Anfall von religiösem Wahnsinn nach seinem Pachtland in der Laubenkolonie „Grünland“ an der Paul-Geyse-Straße, entkleidete sich dort vollständig und zerstörte seine Laube, wobei er wirre Predigten hielt. Seine Frau benachrichtigte die Polizei, die den Unglücklichen abholte und nach Untersuchung durch den Kreisarzt der Irrenanstalt Herzberge zuschickte.

Aus Not in den Tod. Der Polizeibericht meldet: Der 83 Jahre alte Möbelpolierer Paul Schmidt wurde nachmittags in seiner Wohnung in der Cotheniusstraße von seiner von einem Geschäftsgange heimkehrenden Ehefrau an Kleiderkrank erkrankt aufgefunden. Wiederbelebungsbemühungen sind erfolglos geblieben. Nach einem hinterlassenen Briefe sind Arbeitslosigkeit und Krankheit die Beweggründe zu der Tat gewesen. Die Leiche ist dem Schauhaus zugeführt worden.

Wer ist der Tote? Am Montagnachmittag zwischen 3 und 4 Uhr kam ein Mann von 61 bis 65 Jahren nach der Schankwirtschaft von B. in der Rammnstraße 20, bestellte einen Magenbitter und ließ sich, bevor er ihn noch getrunken hatte, den Schlüssel zu dem im Gausfür gelegenen Koffert geben. Als der Gast, der einen Arm im Spindelbande trug, nach einer Viertelstunde noch nicht zurückgekehrt

war, sah sich ein Sohn des Wirtes nach ihm um und fand ihn be-
sinnungslos auf dem Platz liegen. Ein Schuhmann wollte ihn nach
dem Krankenhaus am Leben bringen, er starb aber schon unterwegs
in der Droschke. Der Tot ist mittelgroß und hat eine Blase.

Bermittelt wird seit Sonnabend, den 15. Mai, eine 87 Jahre alte
Frau, mit rotfarbtem Linsengesicht und dunklem Kopf bekleidet. An
der linken Hand trägt sie einen Trauring und an den Ohren kleine
goldene Ohringe. Ihr Name ist Henriette Henning geb. Koch.
Wohnungen nimmt jedes Polizeibureau entgegen oder direkt Henning,
Landberger Str. 108.

Im Berliner Aquarium ist nach der Neubesehung das rechte
der unteren drei Vajallbeden zu einem der angezeigten Reo-
wasserbassin geworden. Am ersten fällt bei Durchmusterung des
Inhalts eine eigentümliche Erscheinung auf, die sich der Ueinge-
weichte nicht zu enträtseln vermag. An einem etwa 20 Zentimeter
hohen, bleisfarbenen, oben einen Kranz langer bunter Fäden tra-
genden Stiel hängt ein Klumpen etwa fingerlanger, schalenför-
miger, aber durchsichtiger Gebilde, die der Kundige als die gallert-
artigen, weißlichen Eihüllen oder Eierschläuche, in welchen die
Eier zu mehreren Längsreihen geordnet liegen, von einem Zinten-
fisch, und zwar des Kalmar (Volligo), erkennt, während der Stiel
die einem durch anmutige Nierenfäden ausgezeichneten Röhren-
wurms zur Wohnung dienende und von diesem selbstgebaute Höhle
darstellt. Diese „Epirographis“ mit dem anhängenden Eierklumpen
wurde durch die Sammler der Zoologischen Station Romo in der
Adria erlangt. Außer diesen Erscheinungen hat dasselbe Becken
unter anderem einige Mooskorallen aus den Gattungen *Plutka*
und *Phryzium* aufgenommen, welche aber nicht als Einzelstü-
cke, sondern, da die letzteren sehr klein sind, als blatt- oder tafelför-
mige Kolonienstücke sich zeigen.

Feuerwehrrachrichten. Der 16. Böschung hatte in der Schweden-
straße 1 zu tun. Dort brannte der Inhalt von Kellerwerkstätten,
Türen und anderes unter großer Qualmentwicklung, so daß die
Wehr längere Zeit zu tun hatte. Der 20. Zug wurde nach der
Burgstraße 23 alarmiert, wo auf offener Straße Holzwolke brannte.
Auf dem Hamburger Güterbahnhof an der Invalidenstraße 50-51
brannte das Dach eines Lagerbühnen, das beim Leeren in Brand
geraten war. In der Schreinerstraße 38 brannten Preßklofen in
einem Laden und Langestraße 30a sowie Wilsstraße 6 Möbel und
Gardinen. Der 12. Zug wurde nach der Winterfeldstraße 10 ge-
rufen, wo auf dem Dache Gras brannte. Der kleine Prariebrand
konnte schnell gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf.
Sorge der Hausbesitzer um die kleinen Gewerbetreibenden. Der
Beschluss der städtischen Verkehrsdeputation betreffend Einrichtung
eines weiteren Wochenmarktes auf der Schülerpromenade in Nixdorf
liegt den Hausbesitzern in der dortigen Gegend schwer im Magen.
In mehreren Protokollverhandlungen, zu denen „die Interessenten“, d. h.
nicht etwa die Hausfrauen, sondern die Hausbesitzer und Gewerbe-
treibenden eingeladen waren, bemühte man sich, die Schädlichkeit der
Wochenmärkte in hygienischer und wirtschaftlicher Beziehung nachzu-
weisen. Dieselben betonen, die noch vor wenigen Monaten durch den
Wahlrechtserwerb befunden haben, wie sie die Interessen der kleinen
Geschäftsleute wahrnehmen, indem sie dieselben fast alle in die dritte
Abteilung verketten, haben plötzlich ihr warmes Herz für die um
die hohen Ladenmieten und um ihre Existenz ringenden Gewerbe-
treibenden erweicht. „Man dürfe nicht einseitig die Existenz einer
großen Anzahl Gewerbetreibender aufs Spiel setzen, deshalb wäre
für diese Gegend eine Markteinrichtung abzulehnen.“ Auch die an
dieser Stelle befindliche Kirche würde durch den Wochenmarkt leiden,
wurde von einem in der Versammlung anwesenden Pfarrer betont,
und weitere Gründe sollen noch in einer Petition an die städtischen
Körperschaften angeführt werden.

Wenn auch Wochenmärkte nicht als das Ideal einer Großstadt
anzusehen sind, so können dieselben doch bei genügender Waren-
kontrolle der Behörden für die ärmere Bevölkerung von Nutzen sein,
da die dort feilgehaltenen Waren nicht durch die hohen Ladenmieten
belastet werden. Einseitig wäre es, wenn von den städtischen
Körperschaften mit Rücksicht auf die vielen leerstehenden Läden der
Verren Eigentümer von derartigen Einrichtungen Abstand genommen
würde.

Schöneberg.
Die letzte Stadtverordnetenversammlung war nur von kurzer
Dauer. Zunächst gab der Rämmerer einen Ueberblick über den
Rechnungsablauf des Jahres 1908, den er als einen sehr
glünstigen bezeichnete. Das Jahr 1908 hat einen Ueberfluß von
222 628 M. gebracht, der hauptsächlich durch Mehreinnahmen im
Steueretat (150 000 M.) und Verleseretat (86 000 M.) entstanden ist.
Beim städtischen Krankenhaus ist eine Ersparnis von 19 000 M.
erzielt worden.

Sodann nahm die Versammlung Kenntnis von der Antwort
der königlichen Regierung auf die vom Magistrat eingelegte Be-
schwerde gegen das Verbot der Benutzung der
Schaubühnen durch den Arbeiter-Turnverein.
Stadtv. Rüter (Soz.) bemängelte bei dieser Gelegenheit, daß der
Magistrat der Stadtverordnetenversammlung noch immer keine Vor-
lage zur Errichtung einer eigenen städtischen Turnhalle gemacht habe.
Die Stadtverordnetenversammlung habe schon vor längerer Zeit
den Magistrat um eine solche Vorlage ersucht. Bürgermeister
Blankestein teilte mit, daß der Magistrat der Errichtung einer
eigenen städtischen Turnhalle zugestimmt und die näheren Arbeiten
der Hochbauverwaltung überwiesen habe. Schwierigkeiten wären noch
bei Beschaffung eines geeigneten Grundstücks vorhanden.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Fe-
bruar d. J. betr. rechtzeitige Benachrichtigung über den Schul-
ausfall bei besonderen Anlässen ist der Magistrat beigegeben.
Er hat eine Eingabe an die königliche Regierung gerichtet, in der
verlangt wird, daß künftig die Schulen über den Ausfall des Unter-
richts bei Empfängen, Paraden und festlichen Gelegenheiten mindestens
24 Stunden vorher benachrichtigt werden und daß die Volksschulen
bei derartigen Gelegenheiten mit den höheren Schulen gleich be-
handelt werden.

Den Bedingungen zur Ausschreibung der Verpachtung des
Anschlagewesens wird zugestimmt.
Angenommen wird ein Antrag, worin der Vorsteher ersucht
wird, soweit es tunlich ist, die Stadtverordnetenversammlungen nur alle
vierzehn Tage abzuhalten.

Charlottenburg.
Vaterverein für freie Erziehung (Verein freier Kinder-
garten). Heute Mittwoch bei gutem Wetter Waldausflug
nach der Jungfernheide. Treffpunkt Kaiser-Friedrich-Denkmal um
2 1/2 Uhr nachmittags. Für die folgenden regelmäßigen Mittwoch-
ausflüge finden besondere Ankündigungen nicht mehr statt.

Wilmerdorf.
Die Stadtverordnetenversammlung hält heute abend 8 Uhr in der
Victoria-Luisen-Schule, Ullmannstraße, eine Sitzung ab. Aus der
Tagesordnung sei hervorgehoben die Erörterung der Frage, wie die
Kosten für die Unterhaltung der Bürgersteige zu verteilen seien, und
eine Interpellation, die sich auf Angriffe bezieht, welche im „Berliner
Tageblatt“ gegen die städtische Verwaltung erhoben worden sind.

Rummelsburg.
Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde die
Regulierung und Pflasterung der Krumbühler Straße gegen einige
Summen beschlossen. Der beantragte Erlaß einer Gebührenordnung
für den Vorhangen Friedhof wird wegen einer gewissen Unklarheit
über die Berechnungszeitdauer der Belegung von noch freien Wahl-
stätten bei Erdbegräbnissen an den Gemeindevorstand zurückverwiesen.
Gleichzeitig soll das Ortsstatut für den Rummelsburger Gemein-
friedhof einer diesbezüglichen Umarbeitung unterzogen und der

Gemeindevertretung etwaige Abänderung auch dieses Ortsstatuts
unterbreitet werden. — Die Wahl der Mitglieder zu den einzelnen
Kommissionen und Deputationen wird, nachdem unsere Vertreter be-
mängelt hatten, daß sie entsprechend ihrer Zahl in einigen
Kommissionen nicht genügend berücksichtigt worden sind, ausgesetzt
und die ganze Vorlage zur nochmaligen Durchsicht an den Gemein-
devorstand zurückverwiesen. In der Eingemeindungsangelegenheit
Rummelsburgs nach Berlin wird wegen der derzeitigen Ausichtslosig-
keit der Erhaltung der bedrohlichen Genehmigung beschlossen, die in
dieser Sache mit der Stadt Berlin bereits gepflogenen Verhandlungen
nicht weiter zu führen.

Unter Verschiedenem gibt der Bürgermeister bekannt, daß der
Schulhaftenzeit mit der Stadt Berlin zumgunsten der Gemeinde
verlaufen sei. Die von der Gemeinde Rummelsburg von Berlin
für die Jahre 1905, 1906 und 1907 geforderten 18 000 M. für jedes
Jahr sind somit endgültig verloren und müssen die Beträge, welche
bereits in den einzelnen Etats eingelegt waren, für die beiden letzten
Jahre nunmehr anderweitig gedeckt werden. Nach dem Eingange
der Urteilsgründe wird die Gemeindevertretung noch besonders zu
dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Unser Vertreter Müller rügte
es hierauf, daß die bereits im März beschlossenen Gehalts- und
Lohnerhöhungen für Beamte und Arbeiter noch immer nicht zur
Auszahlung gekommen sind. Eine Antwort ist der Bürgermeister
unserem Genossen aus sehr notwendiger Interpellation schuldig
geblieben. — Dem Schöffen Stiebig war bei der Stadtberatung
durch einen Antrag der Finanzkommission nahegelegt worden,
entweder sein Schöffenamt regelmäßig zu verwalten oder
aber dasselbe niederzulegen — dieser Antrag war wegen
der damaligen Abwesenheit des Herrn Stiebig zu einer der nächsten
Sitzungen vertagt worden; als Genosse Müller den Schöffen Stiebig
nunmehr ersuchte, sich zu diesem Antrage äußern zu wollen, lebte
dieselbe eine Rechtfertigung in öffentlicher Sitzung ab. In der
folgenden geheimen Sitzung erklärte derselbe dann ganz naiv, daß
er immer nur gefehlt habe, wenn er geschäftlich verhindert gewesen
sei, im übrigen hätten auch andere Schöffen ebenso oft gefehlt.
Wäre er aber nicht in dieser Form gedrängt worden, so hätte er
vielleicht sein Amt niedergelegt —, so tue er es aber nun nicht. Die
bürgerlichen Vertreter nahmen diese Erklärung mit Stillschweigen
entgegen.

Steglitz.
Familienausflug. Es wird nochmals auf den morgen (Himmels-
fahrtsfest) stattfindenden Familienausflug nach der Radnower Schleife
hingewiesen.
Treffpunkt: Wannseebahnhof unten (Kuligshof), Abfahrt resp.
Wormich 8 1/2 Uhr früh bis Bahnhof Jellendorf. Für Nachzügler
nachmittags 2 Uhr Treffpunkt in der Radnower Schleife (Restaurant
„Waldschänke“).
Der Bildungsausschuß.

Röpenitz.
Der Zusammenbruch des Röpenitzer Vorschuhvereins ruft große
Erregung in Röpenitz und Umgebung hervor. Nach mehreren ver-
geblichen Versuchen ist der Grünstraße 4 domizilierende Verein mit
einem Fehlbetrag, der auf 760 000 M. geschätzt wird, zusammen-
gebrochen. Vom Amtsgericht Röpenitz ist der Konkurs eröffnet
worden. Der Röpenitzer Vorschuhverein hatte schon lange mit
finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Den letzten Anlaß zum
Zusammenbruch gab jedoch die Anzeige, die der Rentier Schrader
aus Adlershof wegen einer verhältnismäßig kleinen Summe gegen
den Verein erstattete. Schrader, der, ohne Mitglied des Vereins
zu sein, Gelder bei ihm hinterlegt hatte, wollte sein Re-
sultat von 1000 M. erheben, erhielt jedoch nach allerlei
Ausflüchten des Mandanten den Bescheid, daß die Summe
„zurzeit nicht verfügbar sei“. Die von ihm erstattete Anzeige
hatte das Einschreiten des zuständigen Gerichts zur Folge, das die
Gläubiger und Bestände mit Beschlagnahme belegte. Die Bestände sollen in-
folge Vergebens von Bausparern und Hypothekern nur sehr gering
sein. Der Verein besteht aus 600 Mitgliedern, die fast durchweg
dem Röpenitzer Mittelstand angehören und jetzt für den Schaden
haften müssen. Zu diesen 600 Mitgliedern treten aber noch etwa
200 frühere Vereinsmitglieder, die in letzter Zeit ausgeschieden,
aber nach den Statuten noch bis zur Dauer von zwei Jahren
haftpflichtig sind. Auch Depots, unter denen sich viele Einlagen von
kleinen Sparern befinden, sollen angegriffen oder verpfändet sein.
Die Beteiligten hoffen trotz alledem noch auf eine Sanierung des
Vorschuhvereins. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern.
Die Erregung in den betreffenden Kreisen ist um so größer, als dem
Röpenitzer Vorschuhverein bisher großes Vertrauen entgegengebracht
wurde.

Friedrichshagen.
Die Einführung des Kfz-Verkehrs ist nunmehr auch für
Friedrichshagen verfügt worden. Durch eine von dem Regierungs-
präsidenten bestätigte Bestimmung tritt in dem genannten Vorort
am 24. Mai der frühere Geschäftsplan in Kraft.

Tegel.
Som Automobil überfahren wurde am Montag das zehnjährige
Töchterchen des Arbeiters Ude, Helligensee. Das Mädchen war auf
dem Nachhausewege auf der nach dem Bahnhof Helligensee führenden
Straße begriffen, als ein mit vier Herren besetztes Automobil heran-
kam, das Mädchen ergriff und erheblich verletzte. Die Kleine mußte
sodort in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Alt-Glienitz.
Aus der Gemeindevertretung. Das Mitglied der Schuldeputation
Herr Dr. Lindhorst hat sein Amt niedergelegt. Bei der hierzu not-
wendigen Ersatzwahl wurde von unseren Genossen Genosse Winkel-
mann vorgeschlagen. Gegen diesen Vorschlag wandte sich der Ge-
meindevorsteher; er verwies darauf, daß die Regierung einen Sozial-
demokraten für die Schuldeputation doch nicht bestatigen würde und
deshalb noch einmal gewählt werden müßte. Genosse Gerlach er-
widerte, daß dieser Einwand kein Grund sein könne, die Wahl eines
Sozialdemokraten nicht vorzunehmen, es müsse der Regierung ge-
zeigt werden, daß die Gemeinden sich eine solche Veror-
mung auf die Dauer nicht gefallen lassen. Den bürger-
lichen Gemeindevorsteher schien indes der Einwand des Ge-
meindevorstehers genügend genug, sie ließen es auf eine
Probe mit der Regierung erst gar nicht ankommen. Bei der vor-
genannten Wahl mittels Stimmzettel wurde der Regierungsrat
Schrader gewählt. Auf den Genossen Winkelmann entfielen vier
Stimmen und auf den Genossen Kaiser eine. Hierauf brachte Ge-
nosse Winkelmann die Züchtigung des Schülers Stenzel durch den
Lehrer Schrader zur Sprache, worüber wir kürzlich berichteten, und
fragte an, ob die Schuldeputation über diesen Fall schon verhandelt
hätte. Die Frage mußte verneint werden, denn die Schuldeputation
hat sich mit diesem Fall noch nicht beschäftigt. Der Gemeindevor-
steher versprach, daß in der Sache sobald als möglich Bericht er-
stattet wird. Der Fall zeigt offenbar, wie notwendig
gerade die Mitwirkung von Sozialdemokraten in der
Schuldeputation ist. — Die freiwillige Feuerwehr hat sich, nachdem
sie Anschaffungen an Geräten gemacht, an die Gemeindevertretung
gewandt und das Geld für die Anschaffungen gefordert. Genosse
Gerlach rügte es, daß die Leitung der Feuerwehr solche Gerätschaften
mache, noch ehe sie sich der Zustimmung der Gemeindevertretung
versichert habe. Für die durch das Hochwasser Geschädigten be-
willigte die Vertretung 30 M. Auch hiergegen wandten sich unsere
Genossen, indem sie betonten, daß die Ueberweisungen auf das
Konto des Staates zu setzen seien, der es an den nötigen Sicher-
heitsmaßnahmen fehlen lasse. Im übrigen könne bei den Reichen
gesammelt werden, nicht aber bei einer so armen Gemeinde.

Nädersdorf.
In einer öffentlichen Versammlung referierte am Sonntag der
Abgeordnete Genosse Stadthagen über das Thema: „Ein-
-

hundert Millionen neuer Steuern“. Die Versammlung war gut be-
sucht. Im Anschluß an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag
wurde auf die Notwendigkeit gewerkschaftlicher und politischer Orga-
nisation hingewiesen.

Vermischtes.

Schiffskollision. Einer Meldung aus Aushaven zufolge kollidierte
in der geirigen Nacht der abwärts kommende Fischdampfer „Hollstein“
bei Brunsbüttel mit einer holländischen Tjalk, die er zum Sinken
brachte. Die Mannschaft wurde gerettet und in Brunsbüttel ge-
landet.

Ein Todesurteil. Wie aus Elbing, 18. Mai, berichtet wird,
verurteilte gestern das dortige Schwurgericht den Javaliden
Ferdinand Hein, der am 20. Januar dieses Jahres den Bürger-
meister von Marienburg, Dr. Kunze, in seinem Amtszimmer mit
dem Messer erlöchen hatte, wegen Mordes zum Tode. Die „Elbinger
Zeitung“ meldet, daß Hein Berufung einlegen will.

Fingerriß wurde gestern morgen auf dem Hofe des Land-
gerichts in Nordhausen der Anwalt Joseph Heimbrodt aus Rengelrode,
der zwei Kinder seines Dienstherrn ermordet hatte.

Typhus. Der seit zwei Monaten in Algier herrschende Typhus
ist jetzt zum Stillstand gekommen. Es sollen gegen 100 Personen
der Krankheit zum Opfer gefallen sein.

**Zentralverband der freien Händler, Hausierer und Verio-
Berufsgenossen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.**
Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 20. Mai, vormittags 9 Uhr, Verjam-
lung bei Dr. Dreier, Neue Friedrichstr. 35. Gäste willkommen.
**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heinrich
Heine“.** Heute abend 9 Uhr bei Bolze, Nollendorfstr. 8: Sitzung.
Verein ehemaliger Beamter (Abteilung B). Heute abend 8 1/2 Uhr
im „Kolonialer Hof“, Kolonialer Str. 10/11: Mitgliederversammlung.
Les- und Diskussionsklub Baumhauenerweg. Heute abend 9 Uhr
im Lokal von Goergens, Baumhauener Str. 27: Sitzung. Gäste, durch Mit-
glieder eingeführt, haben Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkundsche Andet Lindenstraße Nr. 3, zweiter
Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 100 Jahre alt, ist
wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr
Sonabend beginnt die Ehrenkundsche um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein
Buchs und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Die Ehrenkundsche
wird nicht erwidert. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage
vergehen. Gütliche Fragen trage man in der Ehrenkundsche vor.

Aufschrift. Das Zeichen bedeutet A: Anfang, O: Ende, im Zu-
sammenhang: Christus ist Anfang und Ende. — G. N. 100. Rein, nur
privat. Gelegenheit hierzu finden Sie im Annoncenblatt des „Vorwärts“. —
G. N. 3. Das halten wir nicht für möglich. — Geige 1000. Wieviel
legen Sie das Instrument einem Hochmann vor. Dem wird die Be-
urteilung besser möglich als uns. — M. N. 20. Die Bestandsstellung ist
1910. Der dort die Baulichkeiten ausführt, ist uns nicht bekannt. Wie-
leicht legen Sie die Fragen Ihrem Gewerkschaftsvorstande vor. — G.
N. 18. Der Bezug von Jnvalidegeld an sich ist kein Hindernisgrund.
— M. N. 118. Eine solche Polizeiverordnung gibt es nicht. — G. N. 65.
Die Landesversicherung ist zur Zahlung einer solchen Unterstützung im
Antrag berechtigt, aber nicht verpflichtet. — G. N. 100. Leider ja. —
M. N. 1871. Leider ist in diesem Falle eine Widerleistung nach dem
Gesetze unzulässig. — M. N. 15. Rein. — M. N. 100. In dem Falle
würden wir es für geraten halten, der Hülle eines Anwalts sich zu
bedienen. Bedenken Sie sich an einen Anwalt, zu dem Sie Ver-
trauen haben; bestimmte Personen zu empfehlen, lehnen wir
grundsätzlich ab. — G. N. 1000. Rein. — G. N. 28. Ein
Antrag auf Rückzahlung wäre leider ausrichtlos. — M. N. 2. Rein.
— M. N. 24. 1. Falls nicht Diebstahl, sondern Unterschlagung an-
genommen wird, wäre Geldstrafe, sonst nur Gefängnis möglich. Wenn das
Gericht annimmt, daß Mädchen habe annehmen, sei sei zu der Handlung
berechtigt, so erfolgt Verurteilung. 2. und 3. Ein Antrag der Herrschaft
ist erforderlich. 4. Das ist belanglos. 5. Bis zum Tage der Entlassung ist
der Lohn zu zahlen. Zuständig ist das Amtsgericht. Das genaueste ist in
diesem Fall, das Mädchen ersucht die Herrschaft um Rücknahme des Straf-
antrags. — M. N. 3. 1. Im „Vorwärts“ vom 28. März ist ausführlich
dargelegt, welche Rechte bei der Einkommenssteuer-Berücksichtigung zulässig
sind. 2. Hier wird die Kirchensteuer bei einem Einkommen von 1200 M.
an erhoben. — M. N. 12. 1. und 2. Ja. Die Mutter würde selbst zu
klagen haben. Unwahrscheinlich ist es, daß sie sich das Armenrecht bewilligen läßt.
— Kinderanträge. Wir können Ihrem Wunsch nicht entsprechen.

Eingegangene Druckschriften.

„In Freien Städten“. Heft 18 und 19. Verlag Buchhandlung
Vorwärts. Jede Woche ein Heft zu 10 Pf. Zurzeit erscheint: K e n n t w o r t e ,
historischer Roman von Walter Scott. Außerdem eine realistische Satire
H e t t e r m a n n s: „Trinität“.
Kommunale Praxis. Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-
sozialismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Jede Woche ein Heft.
Preis pro Quartal 3 M. Heft 18 und 19 sind erschienen. Probenummern
gratis und portofrei vom Verlag.
Freienwalde bis zum Baake und Umgegend. Von Jul. Straube.
75 Pf. Selbstverlag, Berlin SW. 15.
Jahresbericht des Arbeitersekretariats zu Krefeld 1908.
77 Seiten. Selbstverlag.
**Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse der Gastwirte und be-
wandter Gewerbe zu Berlin 1908.** 22 Seiten. Selbstverlag.
Streitlichter zur Aufklärung in der Weinstenerfrage. Von
Verbandsdirektor Harrer Johann. 30 Pf. L. Rier, Paulinus-Druckerei
G. m. b. H.
Das Biogenetische Grundgesetz Ernst Haeckels und seine Gegner.
Von Dr. H. Schmidt. Gebunden 2,50 M. Neuer Frankfurt Verlag,
Frankfurt a. M.
Ausstellungsbriefe von Fr. Kammann. Kart. 3 M., geb. 4 M. Buch-
verlag der „Hilfe“, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.
Prostitution beim Theater. Von Volkmar v. Lepel, Schauspielver-
lag Volkswort in Jülich. Preis 1 M.
Lasclate ogli spranza. Entwicklung unserer Großstädte
mit besonderer Berücksichtigung Berlins. Von Ulfhard. A. Boll, Berlin,
Geornstr. 23.
Neue Demokratie. Von G. Jepsen. 3 M. H. W. Verlag, Berlin W. 30.
Hausungelose Gesellschaft. Roman von H. Bang. Band 8 von
Hilfers Bibliothek. S. Fischer, Verlag, Berlin. Geb. 80 Pf., geb. 1 M.
Darwins Lehre. Ihr heutiger Stand und ihre wissenschaftliche und
kulturelle Bedeutung, von Geheimrat Prof. Dr. W. Baddeley, und Darwin
als Mensch von Prof. Dr. H. G. Anna. 50 Pf. Berlin W. 57. Verlag
des Deutschen Monatsheftes.
Wegand, Deutsches Wörterbuch. In der neuesten für Deutsch-
land, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Rechtschreibung. Neu
bearbeitet von R. v. Baldner, G. Dietl und R. Kant. Herausgegeben von
H. Dietl. Verlag A. Töpelmann in Gießen. 2 Halbfranzbände 12 M. oder
in 12 Lieferungen zu 1,00 M.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel
den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag;
Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr
reichlich, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend,
Geschäft schleppend, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr etwas reichlich,
Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft
ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte:
Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise fast unverändert.

Witterungsübersicht vom 18. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in Celsius	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in Celsius
Schwandau	761,5	SE	5	bedeckt	7	Caparanda	768,0	NO	2	wolkig	4
Quandburg	764,5	SE	5	wolkig	7	Petersburg	768,0	SE	2	bedeckt	6
Berlin	765,5	SE	6	bedeckt	8	Scilly	768,5	SE	2	bedeckt	11
Frankfurt a. M.	768,5	SE	4	wolkig	10	Aberdeen	768,5	SE	1	bedeckt	6
Hamburg	768,5	SE	4	wolkig	12	Paris	768,5	SE	1	wolkig	9
Wien	766,5	SE	2	bedeckt	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. Mai 1909.
Bieland heiter, nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei gleich-
mäßig lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau



Ich werde nur mit
Urania
Salon-Oel gefüllt

Das beste Petroleum.
Überall erhältlich!



Central-Leihhaus nur allein Jägerstraße 71

Ecke Kanonierstr.

hochelegante Monatsanzüge u. Paletots zu herabgesetzten Preisen wegen Lagerüberfüllung.

Durch Ankauf von Gelegenheitsposten, welche billig erworben sind, sind wir in der Lage, Frühjahrspaletots, auch Monatsanzüge, Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- u. Knabenanzüge, auch Teppiche zu äußerst billigen Preisen abzugeben, u. ist die Auswahl in den schönsten Mustern speziell in dies. Jahre eine außergewöhnl. große.

Moderne Frühjahrspaletots u. Anzüge, Maß-Anzüge Monatsgarderobe 9, 10, 12, 15, 20, 25 Prima.

Auch morgen Himmelfahrtstag geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

10. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 18. Mai vormittags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

10118 49 296 854 715 [3000] 950 11025 106 357 74
509 18 122 56 844 12011 296 274 93 578 634 [1000] 812
13125 401 336 54 84 [500] 749 813 921 24 14480 530
[3000] 827 884 901 12 15 47 80 15120 43 205 88 533 613
38 88 125 19 16010 410 21 73 837 17128 369 610 23 821
[1000] 23 [500] 18041 [3000] 213 418 46 [500] 651 732
908 218 19429 528 20 833 [500] 900
20047 547 872 21128 137 408 54 623 94 22082 246
619 428 456 64 [1000] 946 90 23320 50 482 615 18 875
24124 268 [1000] 402 293 708 828 62 25064 206 460 607
630 61 78 795 934 24 26307 14 258 [500] 924 27009 [500]
59 93 268 622 [1000] 544 28049 259 248 611 737 983 [1000]
20127 74 78 423 560 566
30042 [500] 218 [500] 781 879 906 54 31048 [500]
215 208 455 741 [3000] 32044 [500] 126 205 329 [500] 439
71 33044 519 519 416 712 814 34127 [3000] 79 215 25 308
89 448 35022 782 509 36020 104 218 25 [500] 84 326
425 549 822 783 878 37070 182 736 306 36194 207 216
27 19 [1000] 682 728 79 873 84 928 39186 203 324
40043 40 116 50 781 485 624 90 932 41022 25 216
31 [500] 227 48 422 [1000] 636 702 854 42064 422 529 781
679 [500] 928 74 43015 46 43 140 54 82 88 [500] 650 706
55 [500] 72 44079 [500] 169 171 [500] 221 74 692
98 45915 [500] 247 774 855 [500] 46208 129 232 [500]
611 658 892 47917 219 20 30 553 626 730 850 950 48306
624 901 799 49219 483 904 92 607 712 78 931
50055 244 246 470 [500] 581 80 673 972 51097 81
367 601 702 57 [500] 1000 [500] 89 21 249 960 612 60 864
[1000] 55 53958 90 107 28 93 239 847 219 51177 517
[500] 55 417 52 55098 807 490 592 841 52 56379 [1000]
425 541 [500] 914 57143 55 200 65 274 887 58276 320 35
446 53 721 92 827 41 59343 405 718 937
60427 62 784 905 61385 92 480 536 62010 [500]
129 228 32 71 497 971 783 915 63918 283 535 419 44 24
[1000] 814 21 934 64300 220 [1000] 442 54 79 247 646 65090
[500] 107 224 321 632 82 76 786 994 744 66351 90 518 41
785 582 106 127 233 67 [500] 321 500 706 827 987
68204 3 92 488 800 69290 201 84 819 808 27
70048 261 427 500 71116 50 62 69 205 22 44 [1000]
331 429 93 [500] 718 956 72064 291 264 451 693 721 823
[3000] 924 51 73092 121 274 320 328 74093 325 80
487 569 452 741 917 29 88 75097 373 422 76027 77706
41 852 954 72 [500] 90 78303 91 187 264 843 929 79 88
79385 116 [1000] 410 74 806 [500] 69 645 785 841 983
80041 [1000] 206 [500] 483 509 608 [1000] 46 732 974
81306 33 229 65 351 415 21 229 828 82340 404 391 816
78 83023 64 278 328 324 64 625 749 90 961 84148 857
85340 287 474 603 [1000] 876 957 [500] 80 86035 128 81
477 [1000] 928 [1000] 20 87028 564 418 531 39 729 833 96
88046 206 657 728 [3000] 29 201 89185 [300] 338 50 [5000]
882 27 918 44
90108 205 20 84 93 890 987 91044 74 79 83 247 83
943 999 92250 849 42 [5000] 815 [500] 93262 40 67
848 94055 237 791 888 [3000] 903 95092 144 49 82 [5000]
212 74 96188 [1000] 220 99 [3000] 425 40 266 635 706 74
664 71 92180 [500] 81 97001 348 429 326 991 98321 450
69 351 [1000] 99204 01 120 284 488 757 82 815
100187 124 212 12 17 549 618 69 920 58 [1000] 89
101414 [3000] 81 871 612 [500] 73 726 823 102061 181
449 19 217 678 831 985 103028 [1000] 142 92 234 [5000]
607 76 731 104161 217 28 338 487 [3000] 650 772 235 81
641 81 105023 [500] 60 156 227 451 99 815 53 63 107076
221 201 11 698 728 108907 38 501 [1000] 608 689 715
49 872 [500] 844 109390 580 [1000] 772 812
110077 209 [3000] 901 402 33 727 809 37 111095
813 112251 482 703 [500] 61 [500] 825 63 113050 120
114186 218 470 870 927 115311 147 [3000] 50 201 893
542 85 807 116043 121 87 279 569 689 761 922 117024
11 770 [1000] 428 28 79 624 [500] 741 [5000] 200 118081
244 [500] 228 81 527 632 [3000] 749 119300 629 [3000]
69 [3000] 827 948
120010 122 289 60 885 121063 [1000] 123 122148
479 773 123079 [1000] 120 88 [1000] 291 549 586 95
754 [5000] 890 [3000] 124199 428 53 644 891 983 125123
84 96 208 51 85 440 629 79 725 856 126021 28 188 81
206 234 53 505 24 [500] 608 718 818 127001 191 482 681
850 128148 85 85 406 543 910 82 129054 284 506 [500]
89 725 845 93
130021 73 221 223 [3000] 429 655 799 [3000] 95 811
79 [3000] 131101 240 913 47 132097 299 413 638 77
208 807 950 67 133043 414 789 863 134037 [1000]
206 871 459 267 42 814 135022 816 88 306 451 576 [1000]
618 [500] 19 748 997 136143 257 300 18 [1000] 47 473
207 600 764 81 922 959 [1000] 137345 [500] 421 587 730
882 809 88 138017 445 58 848 781 584 607 23 139007
8 291 [1000] 21 443 71 600 781 849 96
140004 272 885 728 899 839 141177 [500] 212 [500]
21 [1000] 482 519 [500] 89 688 94 92 142145 90 420

10. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 18. Mai nachmittags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

151041 329 75 222 623 875 [500] 923 83 152123
29 57 [1000] 65 221 51 415 50 322 852 15346 89 520
97 615 778 846 919 154077 159 [5000] 291 207 79
688 729 60 84 828 983 155022 45 145 545 650 771 97 802
22 77 156222 217 30 229 49 456 564 93 625 747 830 900
158227 206 89 869 159129 244 579 [500] 733 838 849
160151 97 408 889 933 161099 986 [500] 94 477
981 703 959 [1000] 162009 95 129 448 023 31 70 [500] 744
821 928 163209 300 223 68 [500] 81 708 811 98 644
164187 266 75 762 903 165027 30 858 [500] 972 167144
281 342 497 614 [500] 85 788 874 954 168228 305 43
[1000] 511 905 905 48 169093 79 [500] 665 728 850 87
170100 88 129 215 396 484 [5000] 651 740 811 924
171104 606 70 868 172151 227 452 [1000] 88 246 715 673
173088 248 85 804 604 785 901 174058 188 212 81 89 389
175083 121 204 99 207 481 604 75 176013 18 11 [3000]
53 63 156 240 78 300 621 710 25 79 95 956 [500] 87 [1000]
177811 455 [3000] 542 45 76 671 75 178177 308 407 73
789 811 45 179122 58 67 234 282 450 575 781
180192 275 613 70 768 860 947 181099 123 87
284 691 200 989 182810 81 549 607 29 124 81 183122
479 90 720 46 901 67 184077 [3000] 203 22 252 475 515
918 23 [1000] 90 185208 307 425 88 206 707 186017 81
[1000] 227 585 96 807 729 187015 91 115 [500] 68 407
252 [500] 709 28 83 188048 162 406 387 719 858 169184
236 91 461 722 65 85 891
190358 76 890 780 191091 [3000] 97 581 854
192098 [500] 122 228 418 859 193085 147 236 331 [500]
689 92 [5000] 785 [5000] 935 194020 76 217 [3000] 846
195055 101 48 18270 5 258 [1000] 196005 306 369 94
600 794 [5000] 956 197190 575 323 924 198008 50 47 291
555 434 58 784 892 914 19 29 [500] 58 84 199287 708
[5000] 2 [500] 72
200091 164 222 280 473 227 604 87 819 [3000]
201947 189 206 28 436 [500] 96 783 809 45 955
202919 801 56 263107 [1000] 233 38 655 881 929 204144
87 [1000] 219 89 407 [500] 644 749 50 827 71 205116
277 798 827 206167 322 [3000] 75 422 806 207179 200
277 208181 [5000] 365 451 626 663 [5000] 209095 147 50
[1000] 2 [500] 72
210027 214 99 380 90 445 682 856 211106 291 529
212156 488 [500] 91 97 670 84 775 81 781 920 [500]
854 210027 11 48 89 213 911 19 95 214014 219 414 844
213005 11 48 89 213 911 19 95 214014 219 414 844
[500] 710 84 814 [1000] 68 90 885 771 888 217148 489 500
216183 [500] 264 69 89 885 771 888 217148 489 500
[500] 774 [5000] 801 71 289 218027 274 570 [1000] 450
[3000] 660 219012 125 [3000] 88 283 281 965 221234 [500]
220046 66 80 [3000] 129 228 78 965 221106 291 529
704 977 222078 95 498 72 223001 240 417 705 82 840
83 107 224043 [1000] 221 312 323 [1000] 019 45 225077
421 [500] 75 226077 209 14 445 49 811 66 227340 47 90 634
29 66 320 224 98 85 229020 485 247 825 88 784 940
715 888 923 96 85 229020 485 247 825 88 784 940
230213 244 418 542 700 933 231114 304 60 647 851
60 232108 233488 99 519 780 233084 201 11 348 73
422 308 613 244 418 542 700 933 231114 304 60 647 851
[500] 918 236153 89 [3000] 262 132 34 56 74 223 27 243 69
83 [500] 237083 81 238022 132 34 56 74 223 27 243 69
494 798 963 239033 258 483 553 992
240200 58 424 591 [500] 617 751 [500] 333 241020
106 944 [1000] 454 945 789 806 242150 65 240 243017
292 411 96 518 618 706 [1000] 967 244008 53 25 654 74
764 813 972 245168 211 234 76 425 505 878 900 246518
771 [500] 508 509 247353 [500] 67 83 513 248019
44 807 723 63 831 920 58 99 249047 125 70 204 [5000]
44 71 [500] 89 402 70 65 528 28 61 781 [500] 966
250355 461 77 87 555 608 251071 719 [1000] 484
873 968 23 [500] 25 252017 278 290 485 253014 41 198
[3000] 302 44 420 261 630 [5000] 743 844 936 254103
[500] 93 333 83 738 [1000] 255033 88 177 479 591 625
89 256106 375 482 519 692 257154 649 78 [1000]
85 887 96 [1000] 258024 129 460 543 49 619 849 259181
261 608 760
260143 227 781 851 [500] 261182 480 584 780 911
71 262009 223 99 341 51 85 [1000] 821 49 82 841 263269
855 952 71 264208 574 77 [1000] 727 82 265262 818
907 266085 115 81 243 [500] 82 272 417 25 30 60 62 70
[500] 704 22 267083 808 52 53 444 648 62 [500] 742 686
59 268081 [1000] 166 76 81 324 829 84 811 [1000] 489
269042 79 208 [500] 515 627 880 940
270026 116 842 488 578 703 997 271053 115 237
488 744 58 272517 483 73 573 84 625 273019 [1000]
207 94 [1000] 428 77 22 909 274147 249 315 441 50 508
635 275084 129 130 410 505 15 679 923 276025 275 628
978 277084 176 338 [1000] 427 457 63 278187 258 91
856 [500] 763 64 279070 118 77 333 71 79 555 719 [500]
960 32 [1000]
280047 488 677 747 281019 155 303 305 478 580
622 873 [3000] 4 282189 890 835 96 283179 295 473 91
700 40 26 284072 148 84 422 [500] 677 760 809 285091
128 271 282 764 917 40 286267 426 64 824 29 749 89 819
903 [500] 90 287126 302 43 [500] 435 [3000] 581 895
Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie & 200000 M.
1 Gewinn & 200000, 1 & 200000, 1 & 150000, 1 & 100000,
1 & 75000, 2 & 50000, 3 & 40000, 12 & 20000, 20 & 15000,
49 & 10000, 91 & 5000, 1351 & 2000, 2153 & 1000, 3210
& 500.

10. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 18. Mai nachmittags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

82 148 [500] 223 329 428 708 12 36 900 1210 453 66
628 925 888 92 2455 545 624 [1000] 805 27 [500] 75 [500]
963 90 [500] 3694 197 604 373 655 756 832 44 4251 324
606 658 51 692 5372 825 6232 328 481 524 807 7475 535
75 [1000] 77 629 703 829 843 48 8471 843 637 9106 239
32 421 77
10229 577 537 97 782 968 83 11658 112 [3000] 89
80 218 [3000] 212 42 [500] 99 [500] 547 606 31 83 120253
200 262 243 531 32 461 13286 526 782 90 850 887 14198
233 625 727 [1000] 873 [1000] 73 15133 293 609 700 59
939 99 16012 [500] 301 52 447 [1000] 217 906 17596
18126 [1000] 84 297 496 721 855 81 904 19027 64 174
400 [500] 83 702 11 64 822 85
22029 [1000] 117 240 807 447 [500] 83 614 78 862 945
21002 26 77 83 203 446 63 22271 652 975 23368 196
[500] 38 272 72 32 376 [500] 509 12 63 628 29 790 24189
238 610 728 829 49 25145 [1000] 338 518 63 78 546 790
616 26027 117 277 82 850 57 27082 [500] 416 861 859
77 56 28125 313 408 318 29145 290 524 60 77 695 771 602
30150 217 20 25 280 443 37 96 268 [1000] 834 49 31019
751 812 32120 [500] 411 38 670 [500] 738 89 33021
619 736 [500] 819 [3000] 34083 123 [1000] 450 874 613
[500] 921 330209 151 610 328 36109 292 93 841 832 36
37167 99 215 230 723 650 38184 [1000] 519 81 787 87
816 915 39153 206 729 32 94 77
42027 25 427 57 500 722 233 41248 277 [3000] 484 206
81 42123 83 585 640 78 864 918 43000 169 231 [500]
275 554 675 780 84 [1000] 840 56 918 44327 32 400 27
45119 230 480 521 86 807 46005 249 517 464 617 718
[3000] 80 [500] 801 47100 28 263 [3000] 767 842 818
48401 21 658 900 49125 296 57 84 692
50177 283 [1000] 280 40 82 486 778 59 920 51052
290 377 425 59 629 880 [500] 948 88 89 52005 223 885
637 606 702 7 977 [500] 95 97 53005 25 207 34 359 423
603 921 35 86 959 54648 125 [1000] 727 54 39 374 77
470 900 89 53009 15 [1000] 122 232 322 [5000] 804 [500]
56349 494 802 3 57128 251 523 525 58054 [500] 83
142 291 32 55 330

